

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Kampf dem Atomtod!

Papst Franziskus sagte am 15. Januar auf einem Flug nach Chile vor Journalisten: „Ich habe Angst vor einem Atomkrieg.“ Derlei Befürchtungen sind nicht grundlos: Die NATO und ihre Führungsmacht, die USA, haben spätestens mit dem Warschauer NATO-Gipfel von 2016 ein neues atomares Wettrüsten begonnen. Die Drohung Donald Trumps, die KDVR mit „Feuer und Wut“ zu zerstören, bleibt akut. Am 2. Februar stellte das Pentagon nun offiziell die neue Atomwaffenstrategie der USA vor, deren wesentlicher Inhalt bereits am 12. Januar, wenige Tage

vor der Papst-Reise nach Südamerika, bekanntgeworden war. Das Dokument markiert den offiziellen Beginn der neuen atomaren Hochrüstung des Westens.

Wie das den Alltag betreffen wird, war am 13. Januar auf Hawaii zu erfahren, als dort Atomalarm ausgelöst wurde. Erst nach langen 38 Minuten wurden die Bewohner informiert, daß es sich angeblich um einen Fehler gehandelt habe.

Das Papier des Pentagons führt zurück in die gefährlichsten Zeiten des kalten Krieges. Es ist von einer Denkweise

getragen, die damals die Sowjetunion, heute Rußland und China, ausschließlich als Ziele eines atomaren Erstschlags betrachtet. Wie in den 50er und 60er Jahren haben die Generäle ein „gap“, eine Lücke in der eigenen Bewaffnung im Vergleich zu Rußland ausgemacht. Mit den Tatsachen hat das

nichts zu tun, wie das russische Außenministerium am 3. Februar erklärte. Das ist richtig. Allein in Westeuropa liegen nach russischer Schätzung etwa 200 sogenannte taktische US-Atombomben, darunter etwa 20 in der Bundesrepublik, während Rußland alle Atomwaffen ähnlichen Kalibers auf das eigene Territorium zurückverlegt hat.

Die angebliche Lücke dient als Rechtfertigung für die Absicht, die atomare Rüstung der USA mit der Summe von mehr als einer Billion US-Dollar in den kommenden drei Jahrzehnten zu erweitern. Es sollen neue

Atomwaffen entwickelt werden, neue U-Boot-Raketen mit atomaren Sprengköpfen, neue atomar bestückte Marschflugkörper. Der tatsächliche Grund dafür ist:

Der US-Imperialismus und seine atomaren Vasallen, darunter die Bundesrepublik, fühlen sich stark genug, in diesem Zeitraum das strategische Gleichgewicht zwischen ihnen auf der einen sowie Rußland und China auf der anderen Seite zu ihren Gunsten aus der Balance zu bringen.

Wer ist der Urheber solcher Pläne, in wessen Interesse liegen sie? Die militärische Kaste der USA und der NATO, die Rüstungsindustrie und die heute mit ihnen verflochtene Finanzindustrie bilden nicht mehr nur einen „militärisch-industriellen Komplex“, wie ihn 1960 der scheidende US-Präsident Dwight D. Eisenhower als Machtzentrum in Washington benannte,

sondern einen militärisch-industriellen Finanzkomplex. Ohne die Hedgefonds-Manager, die Chefs von offiziellen Banken und der riesigen Schattenbanken ist ein solch langfristiges militärisches Konzept nicht vorstellbar. Diese Leute spielen wie damals mit der Eliminierung eines großen Teils der Weltbevölkerung, letztlich mit der Vernichtung der Menschheit. Der Entsetzensschrei bleibt aber aus. Nicht zuletzt deswegen, weil hinter diesem Machtkomplex auch die Milliardäre der Internetkonzerne stehen. Diese verhindern, daß Nachrichten solcher Art ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gelangen. Sie sorgen vielmehr dafür, daß angebliche oder wirkliche Affären Trumps und vor allem rassistische und fremdenfeindliche Emotionen alles andere in den von ihnen beherrschten Medien überdecken. Rußland und China haben rasch, aber besonnen und entschieden auf die US-Pläne reagiert. Die Bundesregierung tut so, als sei sie beunruhigt, obwohl sie in Warschau 2016 für das neue atomare Wettrüsten gestimmt hat. Wir alle müssen entschieden mehr tun, um Merkel, Schulz und Co. eine andere Politik aufzuzwingen.

Arnold Schölzel



Aus dem Inhalt



Der Tod ist ein Meister aus Deutschland	3
Solidarität kennt keine Grenzen	6
Brasiliens Rechte im Jagdfieber	7
Franziskus und der erste „Welttag der Armen“	8
Eine starke Linke ist unverzichtbar	9
Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk	11
Vor 50 Jahren: Vietnam-Kongreß in Westberlin	14
Lenin: „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“	16
Kampf um Meinungsvielfalt oder um Profit?	19
Das Programm der Marx-Engels-Stiftung	20
Theo Pinkus: Erinnerung an Egon Erwin Kisch	20
Armin Stolper: Ukrainisches Märchen	21
Allen Kindern gleiche Bildung!	22
Zur Dialektik von Vertrauen und Kontrolle	23
Insel der gegenwärtigen Vergangenheit	24
Wie Rußland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist	25
„RotFuchs“ – Fertig zum Versand	26
Sturmvogel der Revolution – Maxim Gorki	27
Zum Internationalen Frauentag	30
Gisela Steineckert – Hand aufs Herz	31

Beilage: Abrüsten statt aufrüsten!

Allen Leserinnen und Autorinnen, Mitarbeiterinnen beim Druck, Aktivistinnen beim Versand, Helferinnen bei der Vereinsarbeit auf zentraler und regionaler Ebene Dank und Anerkennung zum 8. März. Ihr könnt Euch darauf verlassen, daß für uns wie bisher jedes Jahr auch künftig 365 Frauentage hat.

Herzliche Grüße!

„RotFuchs“-Redaktion und Vorstand des Fördervereins

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

Sondierungsvertrag und Abrüstung

Frieden, Völkerrecht und Völkerverständigung, die sich an der Entspannungspolitik von Willi Brandt orientiert, sind nicht mehr Leitgedanken deutscher Politik.

Wesentliche Punkte einer Friedenspolitik fehlen:

- Entspannung oder Politik gemeinsamer Sicherheit
- Friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Rußland
- Abrüstung oder mindestens Rüstungskontrolle
- Atomwaffen abschaffen oder wenigstens reduzieren
- UN stärken

Nach unserem Eindruck wird die Politik der bisherigen großen Koalition fortgesetzt:

- Die Konfrontationspolitik der NATO gegenüber Rußland wird weiter aktiv mit vorangetrieben. Deutsche Truppen bleiben an der Westgrenze Rußlands, wider alle historische Vernunft.
- Der Aufrüstungskurs geht weiter. Auf der Tagesordnung bleiben die zwei Prozent Bruttosozialprodukt für Rüstung, die Ausweitung des Rüstungsetats auf bis zu 75, ja 80 Milliarden Euro. In dem Sondierungspapier heißt es schon fast schamhaft: die Bundeswehr bekommt alles, was sie braucht.
- Die US-Atomwaffen bleiben in Deutschland, die Modernisierung dieser Waffen findet die Unterstützung der neuen großen Koalition.

Es bleibt beim Nein zum Atomwaffenverbotsvertrag.

- Zivile Konfliktbearbeitung bleibt das Stiefkind, gefördert wird sie nicht. Sie soll sogar durch die sogenannte vernetzte Sicherheit völlig entkernt werden, bedeutet doch diese die Unterordnung ziviler Maßnahmen unter militärische. Das Primat des Militärs wird festgeschrieben.

Was steht in der Vereinbarung?

- Mehr Soldaten nach Afghanistan und Mali. Diese katastrophalen Kriegseinsätze sollen fortgesetzt, ja intensiviert werden. Es ist nicht schwer vorherzusagen, daß alle Interventionseinsätze, die unter NATO- und EU-Führung mit aktiver deutscher Beteiligung stattfinden, im März verlängert werden.
- Die Aussage „Europa als Friedensmacht ausbauen“ wird durch die aktive Unterstützung der umfassenden Militarisierung Europas konterkariert. PESCO sei nur als Stichwort genannt.
- Die Aussage: Wir wollen keine automatisierten Waffensysteme, wir entwickeln aber die Euro-Drohne, ist – höflich gesagt – ein Widerspruch; in der Realität wird die Kampf-drohne angeschafft.

Kein Satz zur Bekämpfung der Fluchtursachen ist das Papier wert, auf dem er geschrieben steht, solange einer der wesentlichen Gründe der Flucht, nämlich die von uns unterstützten, ja aktiv vorangetriebenen Kriege

nicht beendet werden. Die Fluchtursache NATO/EU-Kriege muß überwunden werden, um eine Rückkehr der Geflüchteten – verbunden mit Reparationen für die von uns zu verantwortenden Schäden – vorzubereiten. Es bleiben „unsere“ neokoloniale und neoliberale internationale Handels- und Ressourcenpolitik und die Folgen der von der „Ersten Welt“ maßgeblich zu verantwortenden Klimaveränderung, die Menschen zur Flucht zwingen. Solidarität mit den Flüchtenden ist deshalb auch immer Friedenspolitik – nationale und internationale. Wir lehnen die Migrationspolitik der großen Koalition strikt ab. Sie ist eine AfD-light-Politik.

Die Rüstungsexportpolitik – der Stop zur Unterstützung des Jemen-Krieges ist sicher zu begrüßen – läßt alle Möglichkeiten des „Weiter so“ zu, ja, durch das Verlagern auf die EU-Ebene besteht die große Gefahr, daß die schon jetzt völlig unzureichenden deutschen Rüstungsexportrestriktionen noch weiter ausgehebelt werden.

Fazit: Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind Militarismus, Aufrüstung und Konfrontation.

Die Friedensbewegung ist gefordert: Laßt uns den Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten!“ als Antwort auch auf diese Vereinbarung hin zu einer breiten Bewegung entwickeln. Wir sehen uns spätestens bei den Ostermärschen.

Reiner Braun und Willi van Ooyen

Stoppt den Krieg in Syrien!

In einem am 30. Januar veröffentlichten Appell des Vorstands der DKP heißt es:

Die DKP verurteilt den Einmarsch des türkischen Militärs in Syrien. Die fortgesetzten Angriffe stellen eine eklatante Verletzung der staatlichen Souveränität Syriens dar und sind eine erneute Eskalation des seit 2011 andauernden Krieges.

Unsere Solidarität gehört den Opfern dieser Angriffe. Viele von ihnen sind nach Afrin geflohen und werden nun erneut zu Opfern der Aggression eines NATO-Staates. In Syrien und für die kurdische Bevölkerung in Syrien kann und muß ein Weg der politischen Autonomie unter Wahrung der territorialen Integrität Syriens gefunden werden. Von Anfang an wurde die Eskalation vom US-Imperialismus und seinen regionalen und europäischen Verbündeten von außen angeheizt: Durch die politische, finanzielle und militärische Unterstützung von bewaffneten Gruppen und dschihadistischen Terrororganisationen sollte Syrien zerteilt werden. Einige jener Milizen, wie die sogenannte „Freie Syrische Armee“, kämpfen nun an der Seite des türkischen Militärs gegen die nordsyrischen Kurden in Afrin.

Trotz der Erfolglosigkeit seines Plans hält der Westen am grundsätzlichen Ziel fest, den Nahen und Mittleren Osten anhand ethnischer und religiöser Linien zu spalten, die Staaten zu zerteilen und damit die Völker zu unterwerfen. Er zielt insbesondere auf die Beherrschung Syriens, Irans, Iraks, der Palästinensergebiete und die Zerschlagung der libanesischen Hisbollah. Dabei kann sich der US-Imperialismus nicht nur auf die verbündeten Golfstaaten und Israel verlassen, sondern insbesondere auf die EU, die seit sieben Jahren die barbarischen Wirtschaftssanktionen gegen Syrien und damit vor allem gegen die Zivilbevölkerung aufrecht erhält. Die deutsche Bundesregierung verfolgt gemeinsam mit der US-Regierung bis zum heutigen Tage das Ziel, unter Verletzung der nationalen Souveränität die syrische Regierung zu stürzen. In diesem Zusammenhang sind auch die Bundeswehrein-sätze in Jordanien und dem Mittelmeer zu sehen. Sie müssen beendet, die deutschen Soldaten müssen abgezogen werden. Die DKP stimmt nicht in den Chor derjenigen mit ein, die der Russischen Föderation die Schuld am türkischen Einmarsch zuweisen. Von der russischen Regierung zu verlangen,

das NATO-Mitglied Türkei zu Lande oder in der Luft militärisch aufzuhalten und damit die Ausrufung eines NATO-Bündnisfalles zu riskieren, ist politisches Abenteuerum. Die Bemühungen Rußlands um eine Friedenslösung für Syrien bei Wahrung seiner territorialen und staatlichen Integrität unter Einschluß der nordsyrischen Kurden haben bislang erfolgreich die Pläne des US-Imperialismus und der EU in der Region durchkreuzt. Währenddessen haben die USA völkerrechtswidrig über ein Dutzend Militärstützpunkte in Nordsyrien errichtet. Der Plan der US-Regierung, eine 30 000 Soldaten starke Truppe der mit ihnen verbündeten kurdischen YPG an der Grenze zur Türkei zu bewaffnen, stellte eine zusätzliche Provokation dar.

Die DKP bleibt dabei: Frieden für Syrien kann nur erreicht werden, wenn die territoriale und staatliche Integrität Syriens gewahrt und ein friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben aller Volks- und Religionsgruppen garantiert wird. Dies erfordert den sofortigen Abzug aller sich völkerrechtswidrig in Syrien befindlichen Einheiten, insbesondere der der Türkei und der USA samt ihrer Verbündeten.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland

Ende des vergangenen Jahres berichtete der Deutschlandfunk über ein angeblich neues Geschäftsmodell der Rüstungsfirma Heckler & Koch. Künftig wolle man Waffen nur an als „grüne Länder“ bezeichnete NATO-Mitglieder bzw. an der NATO nahestehende Länder liefern. Mit diesem Etikettenschwindel soll zum einen eine Imagekorrektur vorgenommen und zum anderen eine Verschleierungstaktik angewendet werden.

Die Bundesregierung hat von Januar bis April 2017 Exporte von Pistolen und Gewehren im Wert von ca. 22 Mio. € genehmigt. Im Jahre 2016 waren es erst 4 Mio. €. Diese Exportgenehmigung war ganz auf Heckler & Koch zugeschnitten. Die Rüstungsschmiede exportiert Pistolen, Maschinenpistolen, Sturmgewehre, Präzisionsgewehre und Maschinengewehre, die als Kleinwaffen eingestuft werden und bei den Diktatoren dieser Welt sehr beliebt sind. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von „Brot für die Welt“, verweist auf die verheerenden Folgen des übermäßigen Exports deutscher Kleinwaffen. Sie bezeichnete dieses Arsenal als „neue Massenvernichtungswaffen“. Die Bundesregierung sei unmittelbar mitschuldig daran, daß im Jemen unter anderem auch durch deutsche Waffen mehr als 10 000 Menschen ums Leben gekommen sind.

Obwohl die deutschen Rüstungsexportrichtlinien Waffenexporte in die Konfliktregionen untersagen, exportiert Deutschland u. a. in das Pulverfaß Naher Osten sowie nach Indien. Allein im dritten Quartal 2017 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsgüter mit einem Volumen von 148 Mio. € an Saudi-Arabien. Beide Länder sind keine NATO-Mitglieder, und darüber hinaus steht Indien mit Pakistan seit nunmehr 70 Jahren im Dauerkonflikt. Mit 54 % ist 2016 über die Hälfte aller Einzelgenehmigungen für Exporte in solche Länder erteilt worden.

Rüstungsgegner stufen Heckler & Koch als das tödlichste Unternehmen in der Geschichte der BRD seit 1945 ein. Die Firma habe über zwei Millionen Tote zu verantworten, so der kritische Aktionär Jürgen Grässlin. Als der Vorstandsvorsitzende, Norbert Scheuch, auf eine kritische Bewertung des Geschäftes hinwies und verkündete, sich an die Vorgaben der Bundesregierung halten zu wollen, die eine „Selbstbeschränkung“ vorsahen, wurde er zwei Wochen später entlassen. Der Manager klagt jetzt gegen seinen Rausschmiß vor dem Landgericht Rottweil. Nach dessen Entlassung äußerte sich Dieter John, Aufsichtsratsvorsitzender von Heckler & Koch, daß man weiterhin die „Grüne-Länder-Strategie“ verfolgen werde. Man wolle sich aus den Krisenregionen dieser Welt zurückziehen. Man muß schon abergläubisch sein, um diese Ankündigung ernst zu nehmen.

Jürgen Grässlin fordert die Einrichtung eines „Opferfonds“ durch die Firma. Mit dem Geld sollen die Opfer und ihre Familien entschädigt werden, die durch Waffen des Rüstungsherstellers verletzt, traumatisiert oder getötet wurden. Diesbezüglich will sich die Firma jedoch nicht festlegen. Selbst wenn der Export eingeschränkt werden sollte,

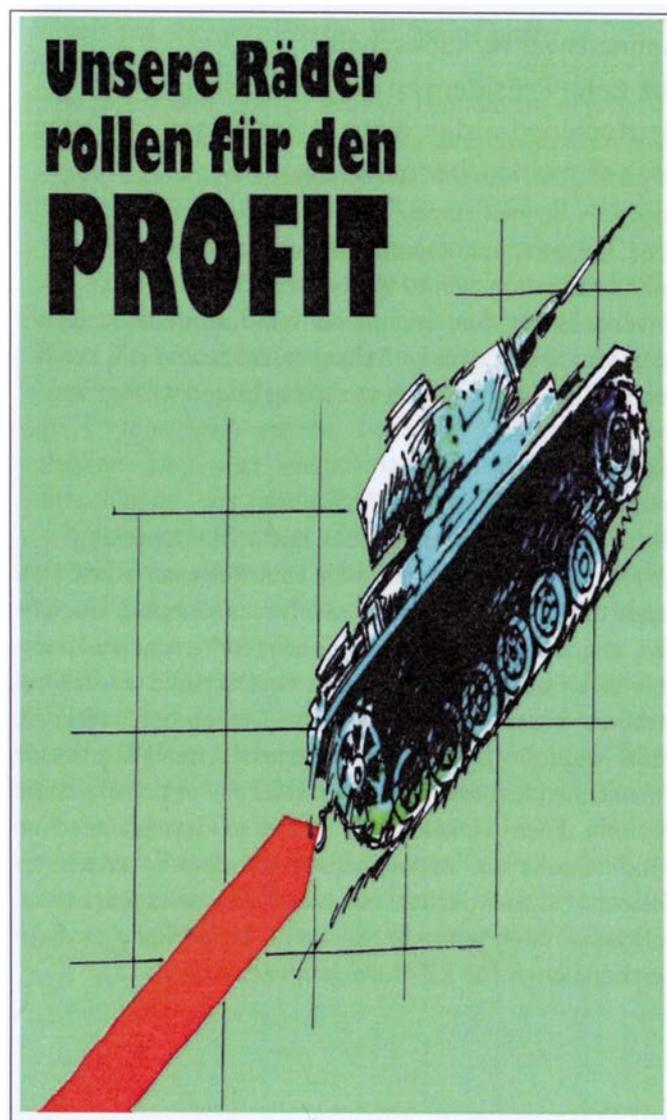
wovon niemand ausgeht, bleibt die Bundeswehr einer der wichtigsten Kunden. Kürzlich hat das Unternehmen angekündigt, das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) mit 120 000 Sturmgewehren und entsprechendem Zubehör auszurüsten. Auch aus Frankreich gab es einen Auftrag für mehr als 100 000 Sturmgewehre an Heckler & Koch. Grässlin meint, Frankreich sei nicht das Problem, aber wer könne kontrollieren, ob die Waffen – einmal in den Händen afrikanischer Truppen, wie z. B. in Mali – nicht an Milizen und Söldner weiterverkauft werden?

Heckler & Koch hat bei der Bundesregierung einflußreiche Lobbyisten. Wenn die Bundeswehr eine Ausschreibung veröffentlicht, wird diese den technischen Anforderungen der Firma Heckler & Koch angepaßt. Aus diesem Grunde hatte sich der Waffenhersteller Sig Sauer aus Schleswig-Holstein unter Protest aus der Ausschreibung zurückgezogen. Hier wird deutlich, wie der militärisch-industrielle Komplex in der BRD funktioniert. Der Wehretat der Bundesrepublik ist von 35,1 Mrd. € 2016 auf ca. 37 Mrd. € 2017 gestiegen. Für 2018 sind ca. 38,5 Mrd. € vorgesehen. Auch hier wird die Firma Heckler & Koch mit entsprechenden Aufträgen versorgt werden.

Um die Vorgaben der Bundesregierung zu umgehen, hat das Unternehmen eine Politik der Expansion in den US-amerikanischen Bundesstaat Georgia eingeleitet, wo für 23 Mio. US-Dollar eine Fabrik für Pistolen sowie Jagdgewehre gebaut wird. Dann soll zum einen der Export von den USA aus getätigt werden, und zum anderen sollen die USA selbst, einer der größten und wichtigsten Absatzmärkte für Heckler & Koch, direkt versorgt werden. Fast 40 % ihres Gesamtumsatzes von gut 200 Mio. € machte das Unternehmen 2016 mit Verkäufen auf dem US-Markt. Das ist zweimal soviel wie 2015. Heckler & Koch will die Kapazitäten drastisch erhöhen, weil in den USA eine Exportkontrolle faktisch nicht existiert. Von dort aus kann die Firma dann in alle Länder exportieren. Beobachter haben den Verdacht des illegalen Exports des G36-Sturmgewehrs nach

Mexiko, wo 2014 die „Kleinwaffen“ gegen Studenten eingesetzt und 43 Kommilitonen mit G36-Gewehren von Heckler & Koch erschossen wurden. In den Jahren 2006 bis 2009 hatte das Unternehmen insgesamt 16 Lieferungen des Sturmgewehrs G36 samt Zubehör nach Mexiko getätigt. „Die Gewehre und Zubehörteile sollen mit Kenntnis der sechs früheren Mitarbeiter von Heckler & Koch in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein, die nicht von deutschen Exportgenehmigungen umfaßt waren.“ Offensichtlich ist das Geschäft durch Vermittler zustande gekommen. Einer der beiden Geschäftsführer ist der Jurist Peter Beyerle, der bis zu seinem Ruhestand im November 2005 Präsident des Landgerichts Rottweil war. Davor war er Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Stuttgart. Gegen ihn läuft ein Prozeß. Zu den Verhandlungen ist er bisher jedoch nicht erschienen. Das Gericht begründet das mit dem Mangel an Räumlichkeiten. Niemand glaubt jedoch, daß er jemals verurteilt wird ...

Dr. Matin Baraki



Aus: Lutz Jahoda/Reiner Schwalme: Lustig ist anders, Norderstedt 2007

Kriegswaffen made in Germany – ein Exportschlager

Traurig, leider dennoch wahr: Deutschland produziert und exportiert alles, was schwimmt, rollt, schießt und explodiert. Auf dieser einzigartigen Ethikliste rangiert „Made in Germany“ gegenwärtig nach China an vierter Stelle und dominiert immer noch mit „Kleinwaffen“ wie Gewehren, Pistolen und Handgranaten, die nicht selten in falsche Hände geraten. Sogar in Mexiko schießen inzwischen die Truppen der Drogenbosse mit deutschen Waffen.

Die Gewinne dieser deutschen Waffenfirmen und Zweckverbände bewegen sich in Milliardenhöhe. Es gibt zwar ein Kriegswaffenkontrollgesetz, es gibt einen Bundessicherheitsrat, der den Waffenfirmen, aber auch dem Bundeswirtschaftsministerium auf die Finger schauen soll, notfalls auch dem Außenministerium, wenn es sich, wie in einigen Fällen bereits zu beobachten war, friedensgefährdend darstellte. So zeigt bislang die Erfahrung, daß auch die parlamentarischen Kontrollen mehr oder weniger nur als Alibifunktion vorhanden sind, weil leider selten hilfreich.

Ehe mich hinterrücks die regierungsunfreundliche Rüge trifft, doch bitte keinen Blödsinn zu verbreiten, will ich schnell bestätigen, daß es selbstverständlich Exportkontrollen gibt, die nur leider enden, sobald die Waffen in den jeweiligen Empfangsländern angekommen sind. So ist zu bestätigen, daß uns das jeweilige Empfangsland zwar eine Endverbleibserklärung unterschreibt, mit der sich die verantwortlichen Instanzen in diesem unserem Lande gern und schnell zufriedengeben, weshalb immer wieder damit gerechnet werden muß, daß der Schwarze Peter politischer Verantwortung, wie man es auch dreht und wendet, dem Kanzleramt eines Tages doch noch auf die Türschwelle fallen wird. Empfangsländer haben zwar Eigenverantwortung, aber eben auch Eigeninteressen. Da müssen sich Geschäfts- und Bequemlichkeitsgründe in Berlin mit blauäugigem Vertrauen gut mischen, doch über kurz oder lang ein böses Erwachen zur Folge haben.

So what?, werden dann die unter Druck geratenen Verantwortungsbereiche sagen. Wozu haben wir Qualitätsmedien und dort hochbezahlte Experten, die sich mit derlei Problemen auskennen? Ja, wahrhaftig, solche Vertuschungsstrategen gibt es. Allerdings gibt es auch hellwache Kapazitäten auf der Gegenseite. „Tagesschau aktuell“ hat es seit geraumer Zeit immer schwerer, Nachrichten so hinzuschaukeln, daß sie letztlich, bei aller Schiefelage der Fakten, doch noch irgendwie zugunsten transatlantischer Sichtweise vorzeigbar sind. Bei größeren Schwierigkeiten im Prozeß glaubhafter Umgestaltung wird seit kurzem der bequemste Weg praktiziert. Dumm nur – und für die Redaktionen peinlich –, daß auch dies bemerkt wurde.

Lutz Jahoda

Gegen die Formierung eines militaristischen Kerneuropas

Mit dem Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“¹ beziehen derzeit Tausende Friedensaktivistinnen und -aktivisten – unter ihnen Gewerkschaftsvorsitzende, Künstler, Wissenschaftler, Hochschullehrer, Politiker der Linken, der SPD und der Grünen – Stellung gegen die Absichten der Bundesregierung, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln: auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). Die Unterzeichner fordern: militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Rußland, verhandeln und abrüsten.

Damit wendet sich der Aufruf auch gegen die rasant fortschreitende Militarisierung auf europäischer Ebene. Seit im Juni 2016 die „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ (EUGS) veröffentlicht wurde, wird die Debatte über die „Zukunft der Europäischen Verteidigung“ vor allem von den politischen Akteuren in Berlin, Brüssel und Paris vorangetrieben. In dem von der EU-Kommission nachgeschobenen „Reflexionspapier“ wurden drei Szenarien für die Militärpolitik skizziert, die auf „strategische Autonomie“ zielen und es der EU auf lange Sicht ermöglichen sollen, nicht nur „an der Seite ihrer Hauptverbündeten“, sondern bei Bedarf auch „allein zu handeln“.

Folgende Ziele stehen im Mittelpunkt: *Erstens* soll eine „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (Permanent Structure Cooperation, PESCO) aktiviert, *zweitens* eine „Koordinierte jährliche Überprüfung der Verteidigung“ (CARD) über einen systematischen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten über ihre Verteidigungspläne institutionalisiert und *drittens* ein Europäischer Verteidigungsfonds (EVF) geschaffen werden. Aus dem EU-Haushalt sollen künftig jährlich 1,5 Milliarden Euro für die Rüstungsforschung und -entwicklung bereitgestellt werden, um Anreize zu schaffen, die Rüstungsindustrie EU-weit stärker als bisher zu verschmelzen.

Auf dem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der EU-Mitgliedstaaten Mitte November in Brüssel begann die Notifizierung für die geplante engere Militärkooperation.² Die abschließende Entscheidung zur Gründung der PESCO wurde auf der Ratssitzung am 11. Dezember 2017 getroffen. Sie erfolgte auf der Grundlage des Artikels 42 sowie des entsprechenden Protokollvermerks 10 des Vertrags von Lissabon als offizielle EU-Struktur.

Da die Forderung nach einem hochgerüsteten Kerneuropa mit einer gemeinsamen EU-Armee nicht nur im scheidenden Großbritannien und in den kleinen EU-Staaten wie Zypern, Malta oder Portugal, sondern auch in Ländern wie Polen und Schweden umstritten ist, da sie nicht nur ökonomisch,

sondern auch militärisch weiter steigenden Einfluß Deutschlands befürchten, sollen nun im Rahmen von PESCO „willige“ Mitgliedstaaten sich in losen Koalitionen verbinden, um spezielle militärische Fähigkeiten kollektiv bereitzustellen.

Die an PESCO teilnehmenden Staaten sollen „ihre Kapazitäten und Fähigkeiten“ bei der Europäischen Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) melden, um sie dann „im Rahmen der neuen Verteidigungskooperation“ jederzeit nach Bedarf zusammenführen zu können. Die Addition dieser einzelnen militärischen Bestandteile könnte langfristig die nach wie vor im Raum stehende EU-Armee ersetzen.

Mit den geplanten Maßnahmen wird die Verschmelzung europäischer Streitkräfte ergänzt, die Berliner Militärpolitiker auch im Rahmen der NATO vorantreiben, u. a. mit der Unterstellung fremder Streitkräfte unter deutsches Kommando und der Bildung sogenannter Fähigkeits-Cluster. So weist das Bundesverteidigungsministerium darauf hin, daß PESCO dem 2014 im britischen Newport beschlossenen „Framework Nations Concept“ der NATO ähnlich ist. Auch hier werden „Projekte, die nicht mit allen Partnerstaaten umgesetzt werden können, im kleineren Verbund realisiert“.³ Beide Konzepte seien „nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung“ gedacht.

Wie die Autoren der Studie „Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der NATO“, vorgelegt von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), formulieren, soll es künftig möglich sein, „drei multinationale Divisionen mit jeweils bis zu fünf schweren Brigaden in den Einsatz zu bringen“. Dabei sollen zwei dieser drei Divisionen „aus deutschen Divisionsstäben und -strukturen“ wie beispielsweise ein „Luftwaffen-Einsatzverband“ und ein „deutsch dominiertes Marinekommando für die Ostsee“ gebildet werden.⁴

Dazu gehört auch der Aufbau von Fähigkeits-Clustern wie die Kooperationsvereinbarung zwischen Deutschland und Ungarn von Mitte Oktober zur Schaffung eines gemeinsamen Transportzuges, der im Jahr 2020 einsatzfähig sein und 2025 Kompaniestärke erreichen soll. Darüber hinaus kooperiert die deutsche Marine mit der niederländischen Marine, und ein neues Kommando im maritimen Operationszentrum in Glücksburg (Flensburger Förde) soll künftig die operative Kontrolle über deutsche und polnische U-Boote übernehmen. Die SWP-Autoren schlußfolgern: „Zu Lande, zu Wasser oder in der Luft wäre die Rolle Deutschlands in diesen Verbänden und Strukturen signifikant.“

Die ideologische Vorarbeit für die Militarisierung der EU wird u. a. von Denkfabriken wie den NATO-Exzellenzzentren (Centres of Excellence, COE) geleistet. So liegt der Schwerpunkt des „Air Power Competence

Center“ (JAPCC) im niederrheinischen Kalkar auf der Analyse sowie der Weiterentwicklung der Kriegführung im Luft- und im Weltraum. Das „Operations in Confined and Shallow Waters (CSW)“ in Kiel entwickelt Grundsätze und Verfahren für maritime Operationen in Randmeeren und Küstengewässern und wirkt mit an der Erstellung des neuen Anti-U-Boot-Krieg-Konzepts der Allianz.

Einen weiteren zentralen Stellenwert nehmen die Pläne des Aufbaus einer militärischen EU-Kommandozentrale ein. Die im Frühjahr von der EU beschlossene Kommandozentrale soll sich jedoch auf die Koordination sogenannter Beratungs- und Ausbildungseinsätze beschränken, was den Befürwortern gemeinsamer EU-Militäreinsätze nicht genügt. Man müsse sich mit dem Beschluß keineswegs abfinden, beruhigt das European Institute for Security Studies (EUISS) in Paris, da sich die Frage nach dem Ausbau der Zentrale zu einem vollumfänglichen militärischen Hauptquartier in absehbarer Zeit unweigerlich stellen werde.

Zu den maßgeblichen Treibern von PESCO gehören die deutsche Oberbefehlshaberin Ursula von der Leyen, die sich am 18. Oktober vom kommissarischen Bundeskabinett der auslaufenden großen Koalition grünes Licht für eine deutsche Beteiligung geben ließ, und das französische Ministère des Armées. Mit dem vom französischen Verteidigungsministerium Mitte Oktober veröffentlichten militärpolitischen Grundsatzdokument „Revue stratégique“ öffnen sich Frankreichs Streitkräfte „in einem bislang nicht gekannten Maße für Kooperation in Europa“, so die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.⁵

Ab 2020 sollten die Europäer über eine einheitliche Verteidigungsdoktrin verfügen

und fähig sein, „gemeinsam auf glaubwürdige Art und Weise intervenieren zu können“, fordert das Ministère des Armées. Dazu müsse eine „europäische Interventionsinitiative“ (Initiative européenne d'intervention) gestartet werden, für die nach den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron eine „neue, je nach Einsatzlage zusammengesetzte europäische Interventionstruppe“ von den „willigen und militärisch fähigen“ EU-Staaten gebildet werden soll.

Wie nötig die EU mehr Zusammenhalt hätte, ließ von der Leyen in der „Strategischen Vorausschau 2040“ ihres Ministeriums herausarbeiten. In dem internen, 102 Seiten umfassenden Papier wurden von Bundeswehrstrategen sechs sicherheitspolitische Zukunftsszenarien durchgespielt, darunter im schlimmsten Fall der Zerfall der EU. Für die CDU-Politikerin ist PESCO eine „große Chance“, dem entgegenzuwirken.

Es ist zu befürchten, daß das Vorgehen der kommissarischen Bundesregierung⁶, richtungweisend ist für den weiteren Weg in Richtung EU-Armee. Eine demokratische Beteiligung ist weder bei der Einrichtung des militärischen Kerneuropas noch bei seiner weiteren Ausgestaltung gewünscht. Und dies, obwohl es bei der Entscheidung für die Schaffung eines militärischen Kerneuropas um eine Reihe von bindenden Verpflichtungen für die teilnehmenden Nationalstaaten geht.

Im Rahmen der PESCO werden zum Beispiel Vorgaben gemacht, die die Ausrichtung der Bundeswehr, den Einsatz der Soldaten, die Kooperation bei Forschung und Aufrüstung, die Transportkapazitäten in Militäreinsätzen und vor allem die Finanzierung dieser Vorhaben betreffen. So soll die Bundesregierung bis zur Ratsentscheidung im Dezember

einen nationalen Umsetzungsplan für die entsprechenden militärischen Verpflichtungen vorlegen.

All dies wird womöglich ohne eine Entscheidung durch den am 24. September neu gewählten Bundestag über die Bühne gehen, obwohl die umfangreichen finanziellen Implikationen massive Auswirkungen auf den Entscheidungsspielraum der nationalen Parlamente bei deren Haushaltsberatungen haben. Damit soll eine öffentliche Diskussion vermieden werden.

Otto König / Richard Detje
(Aus: „Sozialismus“, 11/2017)

- 1 www.abruesten.jetzt
- 2 Vgl. Claudia Haydt: PESCO ist kein Fisch, IMI-Standpunkt 2017/034
- 3 PESCO: Das Ziel fest im Blick. www.bmvg.de 6. 11. 2017
- 4 Vgl. Rainer L. Glatz/Martin Zapfe: Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der NATO, SWP-Aktuell 62, August 2017
- 5 Claudia Major/Christian Mölling: Pragmatisch und europäisch: Frankreich setzt neue Ziele in der Verteidigungspolitik, DGAP-Standpunkt, Oktober 2017
- 6 Nur in wenigen Bereichen laufen die Koalitionsgespräche so geräuschlos wie bei der Verteidigung. Die Ausweisung der „Reizziffer“ des Anstiegs der Militärausgaben auf zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung sei nicht zwingend erforderlich, schließlich sei die Richtung – der kontinuierliche Anstieg des Verteidigungsetats – entscheidend, da die NATO diese Selbstverpflichtung als Ziel auch erst für 2024 ausgegeben habe.

Für neue Kriege

Rosige Zeiten für die Rüstungsindustrie: Die 100 größten Waffenschmieden der Welt konnten ihren Umsatz mit Kriegsgerät laut SIPRI-Angaben im vergangenen Jahr auf satte 374,8 Milliarden US-Dollar steigern. Mehr als zwei Drittel davon wurden von US-Konzernen erwirtschaftet; aber auch deutsche Firmen kamen nicht zu kurz: Rheinmetall etwa verzeichnete 2016 einen Umsatzanstieg um annähernd 14 Prozent. Und: Mit einem weiteren Wachstum der Branche ist fest zu rechnen. Seit dem Jahr 2002 hat der Umsatz der 100 größten Rüstungskonzerne bereits um 38 Prozent zugenommen, und er liegt nur deswegen etwas unterhalb des Höchstwertes aus dem Jahr 2010, weil die Vereinigten Staaten nach dem Irak-Krieg und der Reduzierung der Truppen in Afghanistan eine kleine Verschnaufpause einlegten und zugleich die EU trotz vollmundiger Ankündigungen noch nicht so recht in die Gänge kam. Beides ändert sich nun.

Die Vereinigten Staaten stocken ihren Rüstungsetat wieder massiv auf. Er müsse in Zukunft um durchschnittlich 20 Milliarden bis 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöht werden, hieß es kürzlich in einer Studie der „Rand Corporation“; ansonsten werde man nicht hinreichend auf die aktuell drohenden Kriege vorbereitet sein. Die da wären?

Erstens der Krieg gegen den Dschihadismus, der mit der Rückeroberung der IS-kontrollierten Territorien in Syrien und im Irak gewiß nicht beendet sei, so die Autoren des Papiers.

Zweitens ein möglicher Waffengang gegen Nordkorea, drittens bis fünftens müsse man Vorsorge für etwaige Kriege gegen Iran, Rußland oder China treffen. Zu den Wünschen der Stiftung gehört neben der Modernisierung der Nuklearwaffen die Entwicklung von Systemen, die die feindliche Luftabwehr ausschalten können; das braucht man für Angriffskriege.

US-Präsident Donald Trump hat unlängst eine erste kräftige Erhöhung des Militäretats durchgesetzt. Kann er seine Pläne realisieren, dann wird sich allein die Zunahme des Wehrhaushalts bis 2027 auf 683 Milliarden US-Dollar summieren.

Auch die EU startet in eine Ära massiver Aufrüstung.

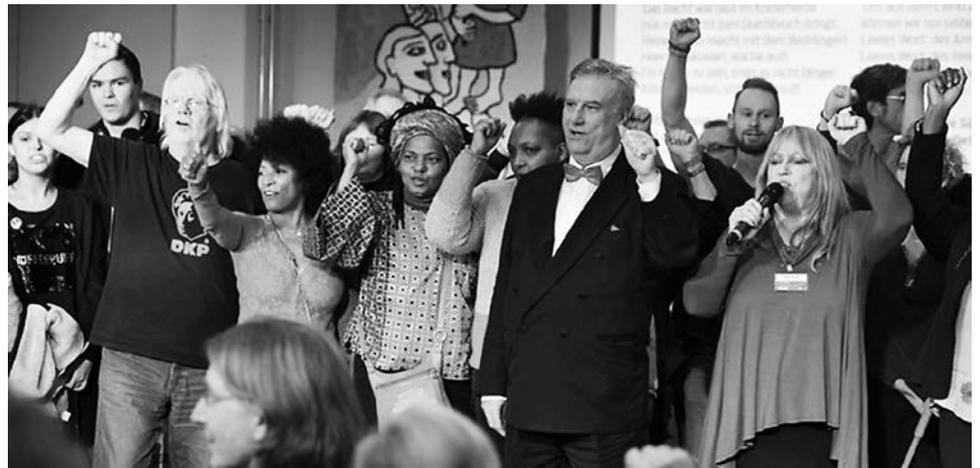
Mit dem jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro schweren EU-Verteidigungsfonds will Brüssel Investitionen in die Rüstungsforschung und -entwicklung in einem Wert von 5,5 Milliarden Euro initiieren. Einsatzschwerpunkte sind das nördliche Afrika und der Mittlere Osten. Hinzu kommt, wengleich im NATO-Rahmen, die Stationierung der Bundeswehr und der Streitkräfte weiterer EU-Staaten in Osteuropa – gegen Rußland.

Jörg Kronauer
(Gekürzt aus „junge Welt“, 11. 12. 2017)

Internationale Stimmen vom LLL-Wochenende in Berlin

Solidarität kennt keine Grenzen

Der kubanische Journalist und Philosoph Enrique Ubieta brachte es in seiner Rede über kubanische Einsätze in Afrika auf den Punkt: „Revolutionen können nicht exportiert werden, aber genauso wenig kann Solidarität begrenzt werden auf einen Stadtteil, eine Region oder ein Land.“ Daß Solidarität keine Grenzen kennt, zeigte sich in den Wortbeiträgen der Rosa-Luxemburg-Konferenz, in den Gesprächen zwischen den Teilnehmern, in der Jahresauftaktveranstaltung der DKP und natürlich auf der traditionellen Demonstration. Einen der Höhepunkte der Konferenz bildete die Manifestation „Solidarität mit Venezuela“, an der William Castillo (Stellvertretender Außenminister der Bolivarischen Republik Venezuela), Carolus Wimmer (Internationaler Sekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas) und Luis Britto García (Essayist und Publizist aus Venezuela) teilnahmen. Per Akklamation verabschiedete die Konferenz die „Berliner Erklärung“, in der die Konferenz ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem bolivarianischen Venezuela bekräftigte. Die DKP konnte bei ihrer Abendveranstaltung viele internationale Gäste begrüßen, neben Adel Amer (Generalsekretär der KP Israels) nahmen Ramón Ripoll (Botschafter der Republik Kuba), Chu Thu Hang (Sekretärin der Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam), Selma Schacht (Stellvertretende Vorsitzende der Partei der Arbeit Österreichs) und die bereits auf der Konferenz aufgetretene Delegation Venezuelas teil. Auch die griechische KKE, die Türkische Kommunistische Partei und die Portugiesische Kommunistische Partei waren vertreten. Adel Amer ging in seiner Rede auf die sich zuspitzende Situation in Israel ein und betonte, daß nur in einem solidarischen Miteinander mit den Palästinensern Frieden in der Region möglich sein wird (siehe auch den Appell von PVP und KPI, RF 241,



Rosa-Luxemburg-Konferenz und Demonstration

Fotos: r-mediabase.eu

S. 6). Auch Ramón Ripoll setzte in seinem Grußwort den Fokus auf Solidarität – und zeigte sich verwundert, daß in Deutschland Frauen weniger verdienen als Männer.

„Solche eklatanten Menschenrechtsverletzungen haben wir in Kuba lange überwunden.“

M. D.

(UZ, 19. Januar 2018)

Berliner Erklärung

Die XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz verabschiedete die Erklärung „Solidarität mit Venezuela bleibt unsere Sache“. Eine neunköpfige Delegation aus Venezuela nahm an der Konferenz teil und berichtete über die Situation in ihrem Land.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 13. Januar 2018 in Berlin bekräftigen ihre Solidarität mit dem revolutionären bolivarianischen Prozeß in Venezuela. Wir fordern ein Ende der ausländischen Einmischung insbesondere der USA und der Europäischen Union – einschließlich der deutschen Bundesregierung – in die inneren Angelegen-

heiten der Bolivarischen Republik Venezuela. Venezuela hat seit dem Regierungsantritt von Hugo Chávez 1999 einen Weg eingeschlagen, das Land unabhängig vom Einfluß der imperialistischen Mächte zu machen und sich mit den anderen Ländern Lateinamerikas und der „Dritten Welt“ zu verbünden. Das proklamierte Ziel der revolutionären Kräfte ist der Aufbau des Sozialismus. Es ist die Aufgabe des Volkes und der Regierung Venezuelas, die auf diesem Weg auftauchenden Probleme und Hindernisse zu überwinden und Differenzen selbstbestimmt zu lösen. Wir vertrauen darauf, daß sie weiter dieses Ziel verfolgen und werden uns für den

Erfolg der Bolivarischen Revolution einsetzen. Unsere Aufgabe hier ist es deshalb, für die Aufhebung der durch die EU gegen Venezuela verhängten Sanktionen einzutreten. Wir wenden uns gegen die Kampagne der meisten Medien, in denen die Realitäten Venezuelas einseitig und verzerrt dargestellt werden. Zudem fordern wir ein Ende der Unterstützung der reaktionären Opposition Venezuelas durch die Bundesregierung, die EU und die USA. Es lebe der revolutionäre bolivarianische Prozeß in Venezuela!

Hoch die internationale Solidarität!

Berlin, den 13. Januar 2018

Brasiliens Rechte im Jagdfieber

Mit dem Urteil gegen den früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva bleibt Brasilien kaum noch eine Wahl. Daß sich Lula im Herbst erneut um das höchste Amt im Staat bewerben darf, ist unwahrscheinlich. Eine Kammer des Bundesgerichts in Porto Alegre bestätigte am 24. Januar in der Berufungsverhandlung die im Juli 2017 wegen Korruption und Geldwäsche verhängte Haftstrafe gegen den Politiker der Arbeiterpartei PT. Der Arbeit des Ermittlungsrichters Sérgio Moro, der mit seinem Team die Skandale um den Petrobras-Ölkonzern aufklären soll, stellten die drei Rechtswahrer Bestnoten aus. Jeder für sich kam zu dem Schluß, daß Lula nicht nur neuneinhalb – so lautete das Strafmaß vorher –, sondern exakt 12 Jahre und einen Monat lang zu brummen habe. Auf den Straßen rund um das Gerichtsgebäude ging es laut zu. Tausende seiner Anhänger protestierten dort dagegen, daß der in ihren Augen beste Präsident in der Geschichte ihres Landes zum Verbrecher gestempelt wird.

Die Figur Lula spaltet die Gesellschaft. Für die reichen Eliten und jene, die ihnen nachplappern, ist Lula ein Haßobjekt. Dazu beigetragen hat die Dauerkampagne der von fünf noblen Familien kontrollierten Leitmedien mit unzähligen Schlagzeilen und Titelseiten, die Lula in ein dunkles Licht rücken. Die „sozialen“ Netzwerke im Internet werden von einem faschistischen Mob mit Schmähungen und erfundenen Nachrichten („fake news“) systematisch eingedeckt. Hierbei tun sich auch kleine Gruppen von Marketingspezialisten hervor, wie der Movimento Brasil Livre (MBL), die sich als „soziale Bewegungen“ tarnen und die „freie Marktwirtschaft“ preisen. Hinter diesen Formationen stehen große Geldgeber.

Der Ausnahmepolitiker Lula ist, trotz aller Kompromisse, die er mit der „Wirtschaft“ während seiner Regierungsjahre 2003 bis 2010 geschlossen hat und auch künftig wieder schließen würde, für die Strippenzieher des Geldadels ein Problem. Zwar konnten sie seine Nachfolgerin Dilma Rousseff per Amtsenthebungsverfahren im Kongreß 2016 ausbooten und mit Michel Temer ihre Marionette im Präsidentenpalast installieren, aber Lula blieb der mit Abstand populärste Politiker im Land. Was nicht nur daran liegt, daß diese Berufsgruppe in den Augen der Bevölkerung durch eine Serie von Skandalen diskreditiert ist – vorneweg Temer selbst und der Wahlverlierer von 2014, Senator Aécio Neves von der großbürgerlichen PSDB. Schmiergeldboten dieser Herren sind vor den Augen der Öffentlichkeit hochgegangen, an klaren Beweisen für kriminelle Machenschaften mangelt es auch sonst nicht. Für die Justiz bleiben sie jedoch vorerst immun. Dafür sorgt der Nationalkongreß, den die Lobbys der Waffennarren, der bigotten Frömmel und des großen

Agrobusiness beherrschen. Saubere Westen gibt es dort nur wenige.

Lulas Lobby hingegen sind vor allem die sogenannten kleinen Leute. Bei seinen Touren durchs Land, vor allem durch den lange rückständig gehaltenen Nordosten, jubeln ihm die



Im Visier der Klassenjustiz: Brasiliens Volk soll den populären Linkspolitiker Lula nicht erneut wählen dürfen

Massen zu. Während die Misere wächst, der Hunger in viele Familien zurückgekehrt ist, verbindet man hier seinen Namen mit sozialen Programmen und den 24 öffentlichen Hochschulen, die während der PT-Ära neu gegründet wurden. Für die im Herbst dieses Jahres anstehenden Präsidentschaftswahlen wäre Lula nach allen Umfragen klarer Favorit. Damit gefährdet er den Kurs, den Brasilien nach dem parlamentarischen Putsch eingeschlagen hat. Auf der Agenda stehen rabiate neoliberale Reformen, Privatisierungen und Ausverkauf an das internationale Kapital. Es erhält nun ungebremst Zugriff auf die gewaltigen natürlichen Ressourcen Brasiliens wie Erdöl und Trinkwasser. Außenpolitisch wurde das Land wieder an die Leine des Weißen Hauses gelegt. Viermal in Folge hatte das Programm der Rechten bei Präsidentschaftswahlen den kürzeren gezogen. Lulas Prestige trug auch noch nach seinen beiden Amtszeiten dazu wesentlich mit bei. Die Anklagen – es sind etliche, mit denen er nun überzogen wurde –, sollen ihn moralisch diskreditieren, der lange Arm des Gesetzes soll ihn aus dem Spiel nehmen. Mit Rechtsfindung hat das nur wenig zu tun. Hohe Justizkreise – sie gehören zu den privilegiertesten Schichten – sind selbst aktiv in die politische Intrige verwickelt. Sergio Moros „Lava Jato“-Ermittlergruppe aus Curitiba, welche Korruptionsfälle rund um den Ölkonzern Petrobras untersucht, darf sich als Staat im Staat auführen und arbeitet den Konzernmedien zu. Zum US-amerikanischen FBI steht sie in einem Dienstleistungsverhältnis. Das in Porto Alegre bestätigte Urteil gegen Lula baut auf der Behauptung auf, daß er als Gegenleistung für politische Gefälligkeiten vom Baukonzern OAS eine Luxusimmobilie erhalten habe. Das Apartment in Guarujá hat den Eigentümer nie gewechselt. Der Schuldige stand von vornherein fest. Überzeugungen genügen, um Lula öffentlich als „Oberkommandierenden einer

kriminellen Organisation“ an den Pranger zu stellen. Von Beginn an zielte der Staatsstreich neuen Typs auch auf seinen Kopf.

Was ein politischer und ein Justizskandal ist, nennt hierzulande die „Tagesschau“ den „vorläufigen Höhepunkt des Korruptionsskandals, der das Land seit fast vier Jahren erschüttert“. Die offizielle Politik hat die Legitimität der Temer-Regierung nicht in Frage gestellt, die Institutionen dort würden funktionieren. Doch auch die Stimmen derer, die Brasiliens demokratischen Kräften beistehen, mehren sich. Die Partei Die Linke spricht von einem „politischen und unfairen Prozeß“, die Absicht dahinter sei erkennbar. Die Brasilianer sollten „ihre Regierung endlich wieder selbst wählen dürfen“. Auch SPD-Politiker brechen nun ihr langes Schweigen und kritisieren Lulas Verurteilung mit deutlichen Worten.

Unmittelbar nach dem Urteil erklärte die Arbeiterpartei, daß Lula ihr Präsidentschaftskandidat bleibe, daß sie keinen „Plan B“ verfolge. Eine neue Etappe des Kampfes um die Demokratie beginne. Nicht in den Gerichtssälen, sondern „hauptsächlich auf den Straßen“ soll dieser geführt werden. Die Situation spitzt sich nach Porto Alegre weiter zu. Lula mußte auf Anweisung eines Bundesrichters bereits seinen Paß abliefern und darf das Land nicht verlassen. Ende Januar konnte er deshalb nicht an einer UN-Konferenz in Äthiopien zum Kampf gegen den Hunger teilnehmen. Die Bestätigung der Haftstrafe durch alle drei Richter macht es der Verteidigung schwer, deren Vollstreckung noch abzuwenden. Muß Lula ins Gefängnis, würden dies Millionen zu Recht als Gewaltakt empfinden, der sich gegen sie richtet. Das Festhalten an Lula ist für die PT ein notwendiger Akt der Solidarität und die richtige politische Antwort. Sein Recht auf eine Kandidatur verteidigen auch die anderen Linkskräfte des Landes. Ob auf dem Wahlzettel – was nur durch massenhaften Protest zu erreichen sein wird – oder nicht: Der Name Lula steht für ein Brasilien, das allen eine bessere Zukunft verspricht. Die Reaktion fürchtet und verfolgt ihn, weil er eine Symbolfigur ist. „Hände weg von Lula!“ muß zur Losung fortschrittlicher Menschen in aller Welt werden.

Peter Steiniger

Das Urteil gegen Lula ist nichts anderes als ein Anschlag auf die Demokratie. Jetzt ist internationale Solidarität mit dem PT, den sozialen Bewegungen und den fortschrittlichen Kräften in Brasilien notwendig. Auch muß Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, damit sie der autoritären Rechtsentwicklung in Lateinamerika ihre Unterstützung entzieht.

Bernd Rixinger

(Kovorsitzender der Partei Die Linke, MdB)

Franziskus und der erste „Welttag der Armen“

Papst Franziskus hat in einer Botschaft den 19. November 2017 zum „Welttag der Armen“ erklärt. Er ruft die Katholische Kirche auf, mit diesem ersten „Welttag der Armen“ eine Tradition zu begründen, „die ganz konkret zur Evangelisierung der Welt von heute beiträgt“. Papst Franziskus ist ein von der Befreiungstheologie und vom lateinamerikanischen Christentum geprägter Jesuit. Die „Option für die Armen“ steht mit seinem Apostolischen Schreiben

„Evangelii Gaudium“ vom 24. November 2013 am Beginn seines Pontifikats (13. März 2013). In Fortführung der von Karl Marx und Friedrich Engels vor fast 170 Jahren im Kommunistischen Manifest begründeten Gedanken verurteilt Papst Franziskus den unüberbrückbaren Abgrund zwischen Reichtum und Armut als Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung: „Ebenso wie das Gebot, ‚Du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ‚ein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet. [...] Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg.“ Papst Franziskus weiter: „Wir haben neue Götzen geschaffen.

Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“ Für Papst Franziskus ist die Armut brutale und dennoch straffrei bleibende Gewalt, er sieht „eine neue, unsichtbare, manchmal virtuelle Tyrannei“, die den Menschen einseitig und unerbittlich ihre Gesetze und ihre Regeln aufzwingt: „Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen.“

Zu den reichsten Ländern der Welt gehört die DR Kongo. In der Erde von Kolwezi finden sich viele weltweit gefragten Mineralien, Kupfer und Kobalt zuhauf. In den 30er Jahren haben die belgischen Kolonialherren mit der Ausbeutung vom Copperbelt begonnen, von jenem Kupfergürtel, der sich auf einer Hochebene von Sambia bis in den Südosten des Kongo erstreckt. Und heute? Massen von kongolesischen Kindern, Frauen und Männern schufen fürs nackte Überleben im Bergbau, dessen Abwässer in Flüsse und Seen geleitet werden. Krebserkrankungen treten massenhaft auf, die Mißbildung von Kindern sind epidemisch. Konzernen wie Apple, Samsung oder LG ist es ebenso gleichgültig wie den Käufern ihrer Produkte, wie diese blutigen Erze auf den Markt gekommen sind. Riesengewinne aus dem kongolesischen Elend werden von dem von Ivan Glasenberg geführten Schweizer Rohstoffkonzern

Glencore, vom Rohstoffhändler Dan Gertler aus Israel und vom korrupten kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila angehäuft. Jüngst veröffentlichte „Paradise Papers“ nennen diese Namen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist heute – in unterschiedlicher Ausprägung – die vorherrschende. Zu dieser Not und Elend, Sklaverei und Kriege bedingenden Wirtschaftsordnung gehören zum Beispiel auch die Profite der

aus niederträchtigen Interessen ausgebeutet werden, niedergetrampelt von der perversen Logik der Macht und des Geldes. Diese grausame und nie vollständige Liste ist man gezwungen angesichts einer Armut zusammenzustellen, die die Frucht sozialer Ungerechtigkeit sowie moralischen Elends, der Habgier weniger und der allgemein verbreiteten Gleichgültigkeit ist.“ Kann ein Papst wie Franziskus die Welt verändern? Vor ihm sind nur Johannes XXIII. mit „Pacem in terris“ (1963) und Paul VI. mit „Populorum progressio“ (1967) mit Zielsetzungen im Interesse der ganzen Menschheit hervorgetreten. Johannes XXIII. hat die Vatikanideologie der Verteufelung des Marxismus aufgegeben, ohne anhaltenden Erfolg. Die Botschaften dieser beiden Päpste haben weder den US-Völkermord in Vietnam noch andere offene und versteckte imperialistische Kriege, noch die mörderischen Repressalien in Lateinamerika oder die Fünftens Kolonnen in den vormals sozialistischen Ländern verhindern können. Immerhin haben sie ermöglicht, daß es zu einem Zusammenwirken von vielen Katholiken, Angehörigen anderer Glaubensbekenntnisse und Nichtgläubigen gekommen ist.

Daß die Vermenschlichung des Menschen erst im Sozialismus zu verwirklichen ist, wird von Papst Franziskus zwar nicht ausdrücklich angesprochen, doch ist es die Konsequenz seiner Kritik an der menschlichen Selbstentfremdung als Folge der kapitalistischen Tyrannei.

Gerade wegen seiner revolutionären Erneuerungssicht wird gegen Papst Franziskus inner- und außerhalb der Kirche voreingenommen und offen feindselig mobilisiert. Innerhalb der katholischen Kirche bleibt es nicht bei der publizierten brüderlichen Zurechtweisung, vielmehr hat das in Spanien gegründete Opus Dei (Werk Gottes) die Front der Gegner mit dem Hauptziel organisiert, endgültig den Sieg über den Kommunismus festzuschreiben. Benedikt XVI., wahrlich ein würdiger Repräsentant der korrupten deutschen Kirche, hat die faschistischen Reliquien Spaniens aktiviert und zugleich Vertreter der Befreiungstheologie wie in El Salvador den Interessen des Imperialismus geopfert. Auch außerhalb der katholischen Kirche gibt es Kräfte, welche schon die Nachfolge von Papst Franziskus vorbereiten. In der Geschichte der Menschheit ist die katholische Kirche mit ihren als „Stellvertreter Gottes auf Erden“ auftretenden Päpsten nicht in der Lage gewesen, die Welt tatsächlich zum Besseren zu verändern. Papst Franziskus ist aus seinem Mitgefühl und seinem Mut für Gerechtigkeit heraus aber bemüht, das Christentum in der katholischen Kirche mit den authentischen Worten wieder in den Vordergrund treten zu lassen, daß Hab und Gut allen gehört. Der „Welttag der Armen“ ist ein glaubwürdiges und Hoffnung machendes Zeichen dafür.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler



Armut hat viele Gesichter

Foto: r-mediabase.eu

gelegentlich als philanthropisch auftretenden, gigantisch reichen Familie Sackler, die mit den in ihren Pharmaunternehmen hergestellten Schmerz- und Betäubungsmitteln breite Bevölkerungsschichten der USA süchtig gemacht hat. Im längst wieder Kriege führenden Deutschland



werden die aber Millionen Gewinne aus den todbringenden Waffenexporten begleitet von prekären Arbeitsverhältnissen, Minijobs aufgrund der Digitalisierung oder von Harz-IV-Degradierung und fataler Kinderarmut. Das alles lasse sich, so meinen manche Linke, mit humanistischen Appellen transformieren.

Papst Franziskus verallgemeinert, die Armut fordere tagtäglich heraus, „indem sie uns mit Tausenden Gesichtern anschaut, die gekennzeichnet sind von Schmerz, Ausgrenzung, Mißbrauch, Gewalt, Folter, Gefängnis, von Krieg, vom Entzug von Freiheit und Würde, fehlenden Bildungschancen und Analphabetismus, Gesundheitsnotlagen und Arbeitslosigkeit, Menschenhandel, Sklaverei, Exil, Elend und erzwungener Migration. Die Armut hat das Gesicht von Frauen, Männern und Kindern, die

ZUR DISKUSSION

Eine starke Linke ist unverzichtbar

In Zeiten wachsender Kriegsgefahr und einer erstmals in Fraktionsstärke im Parlament vertretenen Rechten einerseits und der geschwächten und zu oft mit sich selbst beschäftigten Linken haben wir Aktivisten unterschiedlicher Organisationen gebeten, ihren Standpunkt zu aktuellen Fragen zu äußern.

Der erste Beitrag stammt von Ellen Brombacher, Mitglied des Sprecherrats der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke.

Wir brauchen – gerade in Anbetracht des gefährdeten Friedens und rechter Gefahren – eine starke Linkspartei. Stark sind wir, so betonten wir auf der jüngsten Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform (KPF), wenn wir unverwechselbar gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen und ebenso gegen die Schaffung einer EU-Armee und gegen die NATO. Stark sind wir, wenn wir uns für die sozialen Belange all jener einsetzen, die zu den Benachteiligten dieser Gesellschaft gehören oder morgen dazu gehören könnten. Stark sind wir mit klarem antifaschistischem, antirassistischem, internationalistischem Profil – der Solidarität verpflichtet. Stark sind wir, wenn wir unsere Geschichte nicht verleugnen – kurz gesagt: Stark sind wir, wenn wir als linke, sozialistische Kraft kenntlich sind und zugleich im Alltag als Kümmerer-Partei wahrgenommen werden – besonders in den Kommunen.

Und stark sind wir, wenn wir das uns Einende in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und nicht das Trennende. Wir brauchen weder ambivalente Bemerkungen in puncto Asyl- und Flüchtlingspolitik, noch benötigen wir ein Konzept für eine sogenannte linke Einwanderungsgesetzgebung, und wir wollen keine Abschiebungen, erst recht nicht aus Bundesländern, in denen wir mitregieren.

Wir brauchen auch keine Mitgliederentscheidung zum bedingungslosen Grundeinkommen. Wozu ohne Not Themen in den Mittelpunkt der Debatte rücken, die die Partei inhaltlich spalten? Wir brauchen kein zweites Göttingen, wo die Züge aufeinander zurasen und der Crash immer wahrscheinlicher wird. In Göttingen ist es noch einmal gutgegangen.

Wir brauchen auch keine Diskussionen über nicht näher definierte linke Sammlungsbewegungen. Wer einen Internetanschluß hat,

sollte sich die Zeit nehmen, mal ein Stündchen unter dem Stichwort „The European“ zu suchen. Der Chef ist ein Herr Wolfram Weimer. Er hat eine beachtliche journalistische Karriere hinter sich: Chefredakteur der Printmedien „Die Welt“, „Berliner Morgenpost“ und „Focus“. 2004 gründete er das Magazin „Cicero“ und ist dort bis heute Gründungsherausgeber. Der Mann ist alles andere als ein Linker. „The European“ ist alles andere als ein linkes Medium, und die meisten Macher und Autoren desselben sind zumindest Konservative. Da wird schon einmal Frau von Storch verteidigt, und Hans Werner Sinn äußert sich in der Sache komplex asozial. Aber – in einer Hinsicht gibt sich Herr Weimer sehr linkenfreundlich. Er steht einer von Oskar Lafontaine angeregten linken Sammlungsbewegung – drücken wir es zurückhaltend aus – ohne erkenntliche Skepsis gegenüber. Einige Auszüge aus seinem Artikel vom 2. Januar 2018 seien zunächst zitiert: „Der Ex-SPD-Vorsitzende empfiehlt eine historische Notoperation: ‚Wir brauchen eine linke Sammlungsbewegung, eine Art linke Volkspartei, in der sich Linke, Teile der Grünen und der SPD zusammenschließen.‘ Lafontaines Forderung hat Gewicht, weil er häufig genau das sagt, was Millionen linksorientierter Menschen in Deutschland denken. Lafontaines Vorschlag (birgt) politische Wucht, weil er einen politischen Großtrend adressiert. Emmanuel Macron hat mit seiner neuen Sammlungsbewegung Frankreichs Politik revolutioniert, von Bernie Sanders in der USA über Jeremy Corbyn in Großbritannien und Beppe Grillo in Italien bis Jean-Luc Mélenchon in Frankreich haben Linkspopulisten bewiesen, daß Sammlungsbewegungen neue Machtstrukturen moderner Demokratien schaffen können. ‚Das Parteiensystem, so wie es heute besteht, funktioniert nicht mehr‘, sagt Lafontaine. ‚Wir brauchen eine Neuordnung.‘ Nur so könne es wieder eine linke Machtoption geben, verkündet er, und viele ahnen, daß er damit richtig liegen könne.“

Damit es auch der Letzte versteht, zitiert Wolfram Weimer noch einmal Oskar Lafontaine „Es gibt das Potential für eine linke Mehrheit bei den Wählern. Die Leute warten geradezu auf eine solche Option.“ Weimer merkt zugleich an, Lafontaines Sammlungsbewegung solle in der Linkspartei „für helles Entsetzen“.

Es mag an den Feiertagen gelegen haben, daß ich dieses helle Entsetzen bisher noch nicht so richtig feststellen konnte. Zu wissen, was in Deutschland Millionen linksorientierter Menschen denken oder aber ahnen, entzieht sich meinen Erkenntnismöglichkeiten ohnehin. Und was denn da kreiert werden soll, Bewegung oder eine Art Partei, weiß ich nach dem Studium der verschiedenen Äußerungen auch nicht. Das betrifft auch das „Spiegel“-Interview mit Sahra Wagenknecht vom 13. 1. 2018. Ich ahne nur, daß hier der Wunsch nach notwendigen breiten Bündnissen artikuliert werden soll. Aber warum wird es dann so nicht benannt? Ich weiß nur eines wirklich aus nicht wenigen Gesprächen mit Mitgliedern und Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei: Es

geht die Angst um, die Partei könne sich spalten oder auch gespalten werden. Begeisterung für eine undefinierte linke Sammlungsbewegung konnte ich bisher nicht wahrnehmen, auch nicht auf der Bundeskonferenz der KPF am 4. 12. 2017, auf der wir uns zum Thema wie folgt äußerten: „Soll eine solche Sammlungsbewegung Die Linke ersetzen oder sie stärken? Und welche Rolle sollte Die Linke in einer solchen Bewegung spielen? Im Rahmen welcher Strukturen? Sollen – wie andernorts praktiziert – Menschen per Mausclick im Internet Mitglied werden, ohne jede Verbindlichkeit, noch nicht einmal zur Beitragszahlung verpflichtet? Und wie würde es bei solchen ‚Strukturen‘ mit der innerparteilichen Demokratie aussehen? Könnten die Mausclicker mehr sein als Manövriermasse für die Spitzenleute einer solchen Sammlungsbewegung? Oder soll es gar keine Strukturen geben, was eigentlich schlichtweg unmöglich ist? Wir wissen: Das Bedürfnis nach linken Bündelungen ist unter vielen Mitgliedern unserer Partei naturgemäß groß. Doch noch einmal die Frage: Würden linke Kräfte – insonderheit Die Linke – mittels einer solchen Sammlungsbewegung gestärkt, oder soll eine linke Kraft durch eine neue ersetzt werden? Für Letzteres stünden wir als Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei Die Linke nicht zur Verfügung.“

Diese Position kann auch heute nur bekräftigt werden. Wir haben eine linke Partei. Die ist alles andere als perfekt. Unsere kritischen Positionen sind hinlänglich bekannt. Aber ebenso, wie wir uns das Recht zur Kritik nicht nehmen lassen, schweigen wir nicht, wenn wir Die Linke gefährdet sehen. Wenn unsere Partei durch irgendwelche falschen Schwerpunktsetzungen – erinnert sei noch einmal an den Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen und die Konzeption für eine linke Einwanderungsgesetzgebung – oder durch Experimente geschwächt oder gar zerstört wird, wird es in diesem Land über lange Zeit keine relevante linke Kraft mehr geben. Eine, die außerparlamentarisch und parlamentarisch wahrgenommen werden kann.

Die Gründung der Linkspartei vor zehn Jahren war ein notwendiger Schritt. Wir konstituierten uns als eine Partei des demokratischen Sozialismus, die einen Systemwechsel anstrebt. Von einer Katalysatorfunktion in sozialdemokratischer Suppe war seinerzeit eher nicht die Rede. Nun sind wir bemüht, die Mühen des politischen Alltags zu bewältigen. Die Bundestagswahlresultate der Linkspartei zeugten weder von bemerkenswerten Fortschritten, noch waren sie ein eklatanter Rückschlag. Sie erfordern vielmehr eine ehrliche Analyse, die nicht den Anspruch erhebt, die sogenannte Flüchtlingsfrage ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen. Mit solch einer Analyse und klarer Orientierung auf den Friedenskampf, den Antifaschismus und eine antikapitalistische Sozialpolitik sollten wir den Leipziger Parteitag im Juni 2018 vorbereiten.

Ellen Brombacher, Berlin

Die „RotFuchs“-Familie gratuliert

Heiner Brendel

der am 25. März seinen 70. Geburtstag begeht. Bescheiden im Hintergrund, bewältigt Heiner mit großem zeitlichem Aufwand und absoluter Zuverlässigkeit die breitgefächerten Logistikaufgaben des In- und Auslandsversands. Lieber Heiner, Dein Engagement ist für den „RotFuchs“-Förderverein unverzichtbar. Wir bedanken uns bei Dir herzlich und wünschen Dir beste Gesundheit.

Geld macht Politik – ein Kapitel Politökonomie

Einige Angaben zum besseren Verständnis politischer Entscheidungen: Sieben Millionen Euro spendeten Wirtschaftsverbände und Private im vergangenen Jahr an Parteien. Wer spendete an wen? Und wieviel? Und warum? Dreiviertel des Geldes gingen an CDU/CSU und FDP ... Die Nichtregierungsorganisation LobbyControl kritisiert seit längerem, daß Firmen oder vermögende Einzelpersonen durch gezielte Spenden die Wahlkampfbudgets von Parteien erheblich aufbessern und damit den Wahlausgang beeinflussen.

- Gleich zwei Summen gingen Ende vergangenen Jahres vom **Arbeitgeberverband Südwestmetall** in Höhe von 150 000 € auf das Konto der CDU und 110 000 € auf das Konto der FDP.
- Die **Evonik Industries AG** aus Nordrhein-Westfalen verteilte ihre Spenden von jeweils 80 000 € im November auf die Konten von CDU und SPD.
- Der **Verband der Chemischen Industrie** aus Frankfurt am Main teilte seine Gelder ebenfalls auf, allerdings in aufsteigender Folge: Im August gingen 70 000 € an die SPD, 75 000 € an die FDP und 150 000 € an die CDU.
- Eine Großspende über 300 000 € erhielt im Juli die FDP aus München – von der **FKH Beteiligungs SE**.
- 100 000 € erhielt die FDP von der **Droege Group AG**, deren Geschäft der Kauf und Verkauf kleinerer Unternehmen ist.
- Gleich zweimal bedachte die **R+W Industriebeteiligungen GmbH** die FDP – im Sommer mit 150 000 € und im April mit 56 310 €.
- Die **Daimler AG** gab im April jeweils 100 000 € an CDU und SPD.
- **Ralph Domermuth**, einer der führenden Internetunternehmer, spendete im Mai 500 000 € an die CDU.
- Hans-Georg Näder, geschäftsführender Gesellschafter des Prothesenherstellers **Otto Bock**, einst in der CDU und heute in der FDP, zahlte im Verlauf des Jahres zusammen 200 000 € an die FDP und im September 100 000 € an die CDU.
- Der Unternehmer **Arend Oetker** spendete im Februar 110 000 € an die CDU.
- Die **Dr. August Oetker KG** überwies im Juli 68 000 € an die CDU.
- Über zwei Summen des ehemaligen Vorsitzenden des **Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)**, Hans Joachim Langmann, durfte sich ebenfalls die CDU freuen. Im Juni gab er der Partei 300 000 € und kurz darauf nochmals weitere 70 000 €.
- Weitere 83 535 € flossen zur CDU von Hans Horst Grosspeter, einst Mitinhaber und Chef der **Quarzwirke GmbH** im nordrhein-westfälischen Frechen.
- Wie 2016 so spendete auch der Stuttgarter Unternehmer **Andreas Lapp** der CDU – diesmal wurden im September 100 000 € verzeichnet.
- Der Arzt und einstige Gründer der **Helios-Kliniken**, Lutz Helmig, beglückte die FDP im Januar mit 300 000 €.
- Auch der Unternehmer **Georg Jakob Kofler** zeigte sich gegenüber der FDP spendabel – mit 60 000 € im März.

- Der Berliner Bauunternehmer **Klaus Groth** spendete der CDU im September 100 000 €.
- Klaus Groth ist auch Inhaber der **VHB Grundstücksverwaltung und Beteiligung GmbH & Co. KG**. Über sie gab Groth bereits im Juni 100 000 € an die CDU.
- Aus der Familie der BMW-Erben Quandt, eine der reichsten der Bundesrepublik, spendete die Unternehmerin **Susanne Klatten** (eine geborene Quandt) im Juni 50 001 € an die CDU und dieselbe Summe an die FDP.
- Ihr Bruder **Stefan Quandt** machte es genauso und überwies in gleicher Höhe jeweils an CDU und FDP.
- Die Unternehmerin Ibeth Biermann, die einst mit ihrem Mann Hans-Georg Biermann 1955 die „**GESellschaft für Internationale Patentverwertung mbH**“ gründete, spendete der CDU im November 200 000 €.
- Der Unternehmer Christoph Alexander Kahl aus Köln gab der CDU 100 000 €, ausgewiesen im Bundestagsbericht im Januar. Kahl ist Chef der **Immobilien-Investmentfirma Jamestown** und gehört zu den regelmäßigen Spendern der CDU.

- Der Millionär und **Unternehmer in der Bauholzbranche Ralf Pollmeier** spendet seit Jahren an die SPD. Im August überwies er 100 000 €.

Und dann gibt es da noch jene merkwürdige Gesetzeslücke, von der derzeit die AfD profitiert. Offiziell hat die rassistische Partei im Jahr 2017 zwar keine einzige Großspende erhalten. Aber über millionenschwere Unterstützung konnte sie sich trotzdem freuen – dank eines dubiosen „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“. Wie schon bei den letzten Landtagswahlen organisierte der Verein auch zur Bundestagswahl im September eine großangelegte und entsprechend teure Wahlkampagne für die AfD – von kostenlosen Zeitungen in Millionenaufgabe über Google-Anzeigen und Videos bis hin zu Großplakaten. Woher das viele Geld dafür stammt, liegt völlig im dunkeln. Zwischen der AfD und dem Verein hat es selbstverständlich keinerlei Absprachen gegeben – denn sonst wären entsprechende Ausgaben ja meldepflichtige Parteispenden ...

Gestützt auf eine Aufstellung des Bundestagspräsidenten



Elegie zum Parlauf der Herren Gabriel und Schulz

Der eine der Herren war immer dafür, der andere niemals dagegen. Welch jammervoll traurige, glanzlose Kür, um so gut wie nichts zu bewegen.

Die beiden sind darin mehr als perfekt, bewundernswert verlässlich. An den Genossen ist alles defekt, um nicht zu sagen häßlich.

Arbeiterführer – welch ein Wort aus stolzen Gründertagen –, ist, wie wir sehen, ab sofort der SPD zu versagen.

Lutz Jahoda

Friedensvertrag von Brest-Litowsk

In seiner Rede vom 8. November 1917, in der das Dekret über den Frieden begründete, erklärte W. I. Lenin schon im ersten Satz: „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.“ Die Sowjetmacht ging davon aus, daß die Notwendigkeit des Friedens sowohl für die russischen Arbeiter und Bauern als auch für die „überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, S. 239) bestand. „Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkern unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg ... zu für ausnahmslos alle Völkern gleich gerechten Voraussetzungen ein Ende machen.“ (a. a. O., S. 240)

Im Dekret über den Frieden wurde zugleich genau definiert, welchen Frieden die Sowjetregierung als gerecht und demokratisch anerkennt. „Friede ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkern) und ohne Kontributionen.“ (Ebenda) Dabei wurden eine Reihe grundlegender Prinzipien für eine neue Außenpolitik entwickelt. Dazu gehörte die völlige Zurückweisung jeglicher Form der Aggression, die Bestätigung des Prinzips der Selbstbestimmung der Nationen, die Unzulässigkeit jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker und Staaten, die Verurteilung des Kolonialismus und die Forderung nach Gleichheit der großen und kleinen Völker.

In den Vorschlägen der Sowjetmacht fanden eine vollkommen neue Außenpolitik und Diplomatie ihren Ausdruck. Es wurden nicht nur neue Grundprinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen eingeführt, die sich grundsätzlich von der Außenpolitik und Diplomatie der imperialistischen Mächte unterschieden. Neu war vor allem auch der Adressatenkreis, an den sich die

Sowjetregierung mit ihren Vorschlägen wandte. Sie richteten sich nicht nur an die Regierungen, sondern auch an die Völker der kriegführenden Gruppierungen und besonders an die bewußten Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands.

Am 8. November 1917 wandte sich das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mit einer Note an die Botschafter der mit dem zaristischen Rußland verbündeten

von Industrie und Handel in den Interessen gegenüber Rußland. Beide waren jedoch mit der sich verschärfenden inneren Lage in Deutschland und mit der Antikriegsstimmung des deutschen Volkes und im Heer konfrontiert. Beide fürchteten den Einfluß der Revolution in Rußland auf Deutschland und seine Armee. Beide waren deshalb für einen Gewaltfrieden. „Ich brauche nicht zu betonen“, schrieb Hindenburg, „daß Verhandlungen mit



Eintreffen der russischen Delegation in Brest-Litowsk

Mächte. Der Text des Dekrets über den Frieden wurde beigelegt. Es wurde ersucht, das Dekret als „offiziellen Vorschlag zum unverzüglichen Waffenstillstand an allen Fronten und zum sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen, als Vorschlag, mit dem sich die bevollmächtigte Regierung der Russischen Republik gleichzeitig an alle kriegführenden Völker und ihre Regierungen wandte, zu betrachten“. (Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR, Bd. 1, Moskau 1957, S. 17, russ.) Die Regierungen der Mächte der Entente (bis dahin Verbündete Rußlands) ignorierten die Vorschläge der Sowjetregierung über den demokratischen Frieden. Nach einer Beratung der Diplomaten beim amerikanischen Botschafter (9. November) beschlossen sie, auf die Note der Sowjetregierung nicht zu antworten und mit ihr keine Kontakte aufzunehmen. Sie demonstrierten damit, daß sie den Kampf gegen die Sowjetmacht begonnen hatten. Sie wollten nicht, daß Rußland aus dem Krieg ausscheidet. Rußland sollte weiter die Truppen Deutschlands und des Viererbundes an der Ostfront binden. (Während des Krieges waren zeitweise mehr als die Hälfte dieser Truppen an der Ostfront im Einsatz.) Gleichzeitig sollte die völlige Erschöpfung Rußlands erreicht werden. Sie betrachteten Rußland als Kanonenfutter. Parallel dazu begannen sie die Kräfte der Konterrevolution zu unterstützen und die Intervention vorzubereiten. Diese Situation wollte das kaiserliche Deutschland ausnutzen und reagierte anders. Zwar gab es Widersprüche zwischen der Gruppe der Militärs und der Gruppe

der russischen Terrorregierung meinen politischen Überzeugungen sehr wenig entsprachen. Wir waren jedoch gezwungen, vor allem mit den faktischen Machthabern Großrußlands einen Vertrag zu schließen. Übrigens ging dort damals alles so drunter und drüber, daß ich persönlich nicht an eine lange Dauer der Terrorherrschaft glaubte.“ (Hindenburg: Aus meinem Leben [russ. Ausgabe 1922]. Zitiert nach: Geschichte der Diplomatie, Bd. II, Berlin 1948, S. 371)

Unter diesem Gesichtspunkt gab Deutschland am 14. November 1917 eine zustimmende Antwort auf den Vorschlag der Sowjetmacht und erklärte sich bereit, Verhandlungen über den Waffenstillstand zu beginnen.

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten unterstrich am 16. November an die Regierungen der Entente und der USA gewandt, daß die „Sowjetmacht nach einem allgemeinen und nicht nach einem Separatfrieden“ strebt. (Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrags, Berlin 1967, S. 38) Schon am 15. November 1917 wandte sich die Sowjetregierung an die Regierungen und Völker aller kriegführenden Länder mit dem Vorschlag, sich den Friedensverhandlungen anzuschließen. „Sollten die verbündeten Völker ihre Vertreter nicht entsenden, so werden wir mit den Deutschen allein die Verhandlungen führen. ... Sollte jedoch die Bourgeoisie der verbündeten Länder uns zum Abschluß eines Separatfriedens zwingen, so fällt die Verantwortung voll und ganz auf sie.“ (a. a. O., S. 37) Sowjet-

Unsere herzlichsten Glückwünsche gelten dem Historiker und „RotFuchs“-Autor

Dr. Kurt Laser

aus Berlin, der am 29. März seinen 80. Geburtstag begeht. Wir bedanken uns bei Dir, lieber Kurt, für Deine über viele Jahre für den RF verfaßten Beiträge und Artikel, mit denen Du dazu beiträgst, die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung Jüngeren zu vermitteln und sie in unserem Bewußtsein wachzuhalten. Für die Zukunft alles Gute und bestmögliche Gesundheit!

rußland war schließlich gezwungen, die Verhandlungen mit dem deutschen Block am 3. Dezember 1917 allein zu beginnen. Am 15. Dezember wurde der Waffenstillstandsvertrag für 28 Tage zwischen Sowjetrußland und Deutschland sowie seinen Verbündeten unterzeichnet.

Die Verhandlungen über einen Friedensvertrag wurden am 22. Dezember 1917 begonnen. Nach langwierigen Verhandlungen, die durch ultimativ vorgetragene Forderungen der deutschen Seite erschwert wurden, setzte es Lenin gegen den Widerstand Trotzki und der „linken Kommunisten“ durch, daß am 3. März 1918 der Friedensvertrag zwischen Rußland auf der einen Seite und den „Mittelmächten“ Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei auf der anderen Seite unterzeichnet wurde. Dem Sowjetstaat wurden sehr harte Bedingungen diktiert. Er mußte rund eine Million Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 46 Millionen Menschen abtreten. Die Sowjetmacht wurde verpflichtet, unverzüglich die Demobilisierung des Heeres und der Flotte einschließlich der neu gebildeten Truppenteile der Roten Armee durchzuführen. Sie mußte einen Friedensvertrag mit der konterrevolutionären Ukrainischen Zentralrada abschließen und den Friedensvertrag der Mittelmächte mit dieser respektieren.

Den Herrn vom deutschen Degen, vom deutschen Stahl und vom deutschen Geld war das aber noch immer nicht genug. Am 16. Mai 1918 fand in Düsseldorf eine Beratung statt, an der August Thyssen, Hugo Stinnes, Kirdorf, Hugenberg, Vögler, Klöckner, Röchling und andere, also die großen Monopole, teilnahmen. Sie erklärten, zusammengekommen zu sein, um über „die Behandlung des Geschäfts mit Rußland, der Ukraine, dem Balkan und den sogenannten Randvölkern“ zu beraten. „Im Laufe der Erörterung wurde mitgeteilt, daß Berliner und Hamburger Großbanken sowie Regierungsbehörde und Oberste Heeresleitung sich ebenfalls mit diesem Problem [dem Gedanken der wirtschaftlichen Erschließung der Ostgebiete] befaßten.“

„Als Voraussetzung für das Gelingen eines derartigen Unternehmens wurde von allen Seiten bezeichnet, daß die politische Stellung des deutschen Reiches in den östlichen Gebieten in nachhaltigster und jedenfalls viel weiter gehender Weise verankert werde, als es durch die bisherigen Friedensschlüsse erkennbar sei. Vor allem sei es unerlässlich, daß eine dauernde militärische Besetzung der europäischen Zufuhrstraßen nach dem Norden Rußlands durch Deutschland und seine Verbündeten erfolge. Es sei anzustreben, daß die Murman-Küsten sowie die Inseln der Ostsee, in erster Linie Ösel, die Ålands-Inseln und

auch Finnland selbst, in unserer militärischen Gewalt bleiben.“ (Zitiert nach Albert Norden: Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin 1954, S. 128 f.) Die deutschen marxistischen Linken, die der USPD lose angeschlossene Spartakusgruppe, verteidigten die Politik der Bolschewiki und entlarvten die Politik der deutschen Imperialisten und der „Regierungssozialisten“. Als Fazit von Brest nannte Karl Liebknecht damals: „Durch die russischen Delegierten wurde Brest zur weithin vernehmbaren revolutionären Tribüne. Es brachte die Entlarvung der Mittelmächte, die Entlarvung der deutschen Raubgier, Verlogenheit, Hinterlist und Heuchelei. Es hat das Verständigungsgeschwätz der ehrlich Harmlosen ad absurdum geführt. Und ein vernichtendes Verdikt über die deutsche ‚Mehrheits‘-Friedenspolitik gefällt ... Es hat in verschiedenen Ländern bedeutsame Massenbewegungen zu entfesseln vermocht. Und sein tragischer Schlußakt – die Interventionen gegen die Revolution, der neue Vormarsch gegen ein demoralisiertes, friedeneisendes Volk, das infame Friedensdiktat, dieser Beginn des nächsten Krieges – hat jede sozialistische Fiber aufgewühlt.“ (Annelies Laschitzka: Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten. Dietz-Verlag, Berlin 1982, S. 367 f.)

Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwiesch

Erinnerung an ein düsteres Kapitel der deutschen Geschichte Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk

Am 3. März jährt sich zum 100. Mal die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, der als Raubfrieden in die Geschichte eingegangen ist. Grund genug, daran zu erinnern, um was es ging, Anlaß, ein düsteres Kapitel der Geschichte des deutschen Imperialismus zu beleuchten.

„Das deutsche Schwert hat den Frieden mit Rußland gebracht“ – Kaiser Wilhelm II. sah in seinem Glückwunschtelegramm an Reichskanzler Hertling Grund zum Jubeln. Den hatte er auch, denn im Vertrag wurden dem gerade vier Monate jungen Sowjetstaat von den deutschen und den K.u.K.-Regimentern folgende „Friedensbedingungen“ aufgezwungen: Er mußte eine Fläche abtreten, auf der sich 34 Prozent der Gesamtbevölkerung, 54 Prozent der Industrieanlagen und 90 Prozent seiner Kohlengruben befanden.

Die Geschichte dieses unter brutalem militärischem Druck zustande gekommenen Friedensdiktates ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Kräfte der äußersten Reaktion Außenpolitik betreiben, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

Die Vorgeschichte des Brester Friedens begann mit dem 7. November 1917, dem Datum der Oktoberrevolution. Der am Tag darauf um die Welt gehende Funkspruch „An alle“ mit dem Leninschen Angebot eines sofortigen allgemeinen und annexionslosen Friedens stürzte Krone, politische und

militärische Führung der wilhelminischen und der Habsburger Monarchie in arge Verlegenheit. Sollte man sich mit Leuten an den Verhandlungstisch setzen, die die verhaßte Weltrevolution in Person darstellen und von denen Hindenburg vermutete, sie hätten nur „zufällig den Telegrafen in der Hand“?

Die Not der Stunde gebot es den Herren in Berlin um Hertling und seinen Außenminister Kühlmann ebenso wie der militärischen Führung um den „Helden von Tannenberg“, Hindenburg, und Generalquartiermeister Ludendorff (der sich später am versuchten Hitler-Putsch vom 9. November 1923 beteiligte), Lenins Friedensofferte nicht einfach unbeantwortet zu lassen: Die katastrophale Situation der Donaumonarchie, die kurz vor dem Kollaps stand, sowie wachsende Kriegsmüdigkeit unter den Volksmassen in Deutschland ließen es angebracht erscheinen, positiv zu antworten und dann den Zweifrontenkrieg in die Konzentration aller Kräfte auf die Westfront zu überführen. Die Heimatfront sollte durch Veröffentlichungsverbote und Pressezensur vor „Unwägbarkeiten“ geschützt werden.

Was man mit dem Angebot eines Friedens ohne Gebietserwerbung im Detail anzufangen gedachte, darüber geben die Verlautbarungen und Taten der deutschen Führung genügend Aufschluß: Basierend auf der schon in früheren Kriegsjahren entwickelten Strategie einer

Aufhetzung der Randvölker des ehemaligen Zarenreichs wollte die politische Reichsleitung mit lancierten, nur von einer winzigen Minderheit von meist deutschen Großgrundbesitzern getragenen „Unabhängigkeitserklärung“ die westlichen Randprovinzen des jungen Sowjetrußlands ablösen und sich nach einer Übergangszeit einverleiben. Hierüber kam es dann zu sehr scharfen Differenzen mit den Militärs, die nicht einsahen, warum man auf die direkte unverhüllte Annexion verzichten sollte.

Man sieht also: beileibe keine grundsätzlichen Kontroversen brachten Ludendorff und Kühlmann gegeneinander auf, nur die Frage des Vorgehens beim Landraub stand zur Disposition. Überhaupt kein Blatt vor den Mund nahmen Deutschlands Großindustrielle: „Volkswirtschaftliche Notwendigkeiten“ sollten beim Aushandeln der Friedensbedingungen berücksichtigt werden – das war der Tenor der Flut von Denkschriften und Eingaben: Die Papierfabrikanten wollten das baltische Nadelholz, den Eisen- und Stahlindustriellen lief bei dem Gedanken an die Erzgruben von Kriwoi-Rog das Wasser im Munde zusammen – kurz: ganz Sowjetrußland sollte nach dem Willen der Schlot- und Landbarone zur deutschen Wirtschaftskolonie werden.

F. Caron

(Gekürzt aus DVZ-Archiv)

70 Jahre Volkskongreß für Einheit und Frieden

Am 100. Jahrestag der deutschen Revolution von 1848, am 17. und 18. März 1948, tagte in Berlin der zweite Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Unter den fast 2000 Delegierten waren 312 aus den damaligen Westzonen Deutschlands. In der französischen, amerikanischen und britischen Zone war die Durchführung der Landeskongresse zur Vorbereitung dieser Tagung generell verboten worden. Die demokratischen Kräfte Deutschlands, die im deutschen Großkapital den Schuldigen an der nationalen Katastrophe des Faschismus und des zweiten Weltkrieges erkannt hatten, stemmten sich mit einer großen Kraftanstrengung der Wiederherstellung der Macht des Imperialismus in den Westzonen und damit der Spaltung Deutschlands entgegen. Der zweite Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden beschloß die Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid in ganz Deutschland in der Zeit vom 23. Mai bis zum 13. Juni. Entsprechend den in der Weimarer Verfassung von 1919 festgelegten Regeln konnte sich jeder wahlberechtigte Deutsche für dieses Volksbegehren eintragen.

14 776 000 Deutsche unterschrieben den Text des Volksbegehrens, in dem es hieß: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte zustehen sollen, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. Mai 1919 enthielt.“ 40 Prozent der wahlberechtigten Deutschen hatten sich damit für einen demokratischen Volksentscheid gegen die Spaltungsabsichten der westlichen Besatzungsmächte und der Parteien des deutschen Großkapitals ausgesprochen.

Diese Zahl ist um so bedeutender, als in den Westzonen die offizielle Durchführung des Volksbegehrens verboten war und von den Parteien nur die KPD dieses Begehren unterstützte. Dennoch unterschrieben zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen 750 000 Bürger. Doch Westmächte und Großkapital wollten etwas anderes als das deutsche Volk. Und CDU, FDP und die Führung der SPD leisteten dabei offene Hilfe.

Vom 23. Februar bis zum 6. März 1948 hatte in London eine Außenministerkonferenz der westlichen Besatzungsmächte und anderer kapitalistischer Länder Europas offen den Kurs zur Spaltung Deutschlands beschritten. Unter Ausnutzung der Abhängigkeit, in der die kapitalistischen Länder Westeuropas durch den Marshallplan zu den USA gerieten, setzte sich die Konzeption des US-Imperialismus durch. Mit Ruhr- und Besatzungsstatut, mit der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan, der Bildung der Trizone mit eigenen Verwaltungsorganen und dem

Beschluß, einen Parlamentarischen Rat zur Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung einzusetzen, wurde das Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition von 1945 durchbrochen. Alle in London getroffenen Vereinbarungen waren ein eindeutiger Bruch der Viermächte-Verantwortung für Deutschland – auf die sich die Bundestagsparteien so gerne berufen, wenn es ihnen gerade in den Kram paßt. Nach dem Potsdamer Abkommen waren alle Festlegungen über die Verwaltung Deutschlands Sache des alliierten

entstandene volkseigene Industrie, die kaum über Kohle, Stahl und andere Grundstoffe verfügt, soll damit zum Zusammenbruch gebracht werden. Im Juni folgt mit der Währungsreform der entscheidende Schritt der ökonomischen Spaltung Deutschlands. Alle diese Maßnahmen hätten die Spaltung Deutschlands nicht endgültig gemacht, wenn sich die demokratischen Kräfte unseres Landes einheitlich zur Wehr gesetzt hätten. Doch gerade in diesen Monaten verstärkte sich der Antikommunismus der SPD-Führer um Kurt

Schumacher, traten rechte Sozialdemokraten als Spalter der Gewerkschaften in Westberlin auf, standen sie in erster Reihe des Revanchismus gegen die Oder-Neiße-Grenze, gegen die Friedenspolitik der UdSSR und gegen die in der SED verwirklichte Arbeitereinheit.

Daß es bei einer anderen Politik möglich gewesen wäre, Großkapital und Spaltung zu stoppen, davon zeugt, daß der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Verstaatlichung der Kohleindustrie, der Landtag von Schleswig-Holstein noch im März 1948 die Durchführung einer Bodenreform beschloß, also Maßnahmen, die dem Potsdamer



Foto: Heilig

Kontrollrates, der durch die Festlegung auf Einstimmigkeit seiner Beschlüsse zugleich die einheitliche, antifaschistische und demokratische Entwicklung Deutschlands entsprechend den Kriegszielen der Anti-Hitler-Koalition und der nationalen Interessen unseres Volkes sichern sollte. Der Kontrollrat, durch diese Beschlüsse der Westmächte arbeitsunfähig geworden, stellte daraufhin am 20. März 1948 seine Arbeit ein.

Schlag auf Schlag erfolgten jetzt, gestützt auf die westlichen Besatzungsmächte, die Maßnahmen, die die Herrschaft des Großkapitals in den Westzonen sicherten – unter Inkaufnahme der deutschen Spaltung. Die kommunistischen Minister der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wurden vom CDU-Ministerpräsidenten ohne Befragen des Landtages entlassen, weil sie sich gegen die Unterstützung der Spaltungsmaßnahmen durch die westdeutschen Ministerpräsidenten ausgesprochen hatten. Es sind die bewährten Antifaschisten Hugo Paul und Heinz Renner. Statt dessen wird die Einsetzung alter Nazis in den Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat beschleunigt, werden Revanchismus und Antikommunismus auf höchste Touren angeheizt.

Am 1. März 1948 verfügen die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden die sofortige und vollständige Einstellung des Interzonenhandels mit der sowjetischen Besatzungszone. Die in Verwirklichung des Potsdamer Abkommens und des Volkswillens

Abkommen ebenso entsprachen wie den in der damaligen Ostzone bereits vollzogenen Maßnahmen.

Doch ihre Durchsetzung hing ab von der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und dem Bündnis aller Antifaschisten und Demokraten. Das aber scheiterte vor allem an der antikommunistischen Spaltungspolitik der Führung der SPD. Adenauer und die hinter ihm stehenden Kräfte des Großkapitals konnten damit das Kräfteübergewicht der Reaktion – gestützt auf die imperialistischen Besatzungsmächte – sichern. Nicht verhindern konnten sie, daß trotz aller Sabotage die antifaschistische Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone weiterging.

Die Kommunisten der Westzonen zogen aus den neuen Anforderungen des Kampfes die Schlußfolgerungen auf der Herner Konferenz der KPD. Die elf Landesverbände der KPD der Westzonen schlossen sich zusammen und bildeten den Parteivorstand unter der Führung Max Reimanns. In der Entschließung dieser Konferenz heißt es: „In jeder Frage, die die Zukunft unseres Volkes berührt, tritt die volksfeindliche und landesverräterische Rolle des deutschen Monopolkapitals immer deutlicher hervor. In nationaler politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zeichnet sich der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Clique der Konzernherren, Bankherren und dem ganzen deutschen Volk ab.“

Günter Judick
(UZ, 29. März 1978)

Vor 50 Jahren: Vietnam-Kongreß in Westberlin

In den Jahren 1967 und 1968 nahm auch in der Bundesrepublik und in Westberlin, den treuesten Vasallen der USA, deren Regierungen am widerlichsten die Politik jener imperialistischen Führungsmacht billigten, der Widerstand gegen den völkermörderischen Krieg der USA in Vietnam zu. Die Ostermärsche, getragen von Gewerkschaftern, Arbeitern, Christen, zur Illegalität gezwungenen Kommunisten, wuchsen, waren keine bloßen Osterspaziergänge mehr, sondern handfeste Widerstandsaktionen. Vor allem die Studentenbewegung schuf einen Höhepunkt der Solidarität mit dem vietna-

Unter dem Beifall der 3000 Kongreßteilnehmer konnte am ersten Abend das Ergebnis eines internationalen und nationalen Proteststurms und noch rechtsstaatlich denkender Richter verkündet werden: Das Verwaltungsgericht hatte das Demonstrationsverbot aufgehoben. Zu den Rednern und Teilnehmern des Kongresses, der unter dem Thema „Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus“ stand, gehörten der italienische Verleger Feltrinelli, Kurt Steinhaus, Walter Rudert von der FDJ Westberlin, der Pakistani Tariq Ali, die Schriftsteller Peter Weiss und Erich Fried,

müssen, und betonte mit einem Rekurs auf die marxistische Revolutions- und Klassentheorie die Rolle der revolutionären Partei in Asien, Lateinamerika und bei uns.

Die Stimmung am ersten Tag erreichte einen Höhepunkt, als Roger Slater und Robert Firth, zwei junge Amerikaner, ihre Gestellungsbefehle zur US-Army öffentlich verbrannten.

Im Unterschied zur Demonstration am nächsten Tag kennzeichnete den Kongreß schon das, was später zum Niedergang, zur Isolation des SDS führen sollte, nämlich realitätsferne, die Kräfte im eigenen Land falsch ein- und sich selbst überschätzende Arroganz. Beispielhaft war dafür, daß der SDS von diesem Kongreß seine Kampagne „Zerschlagt die NATO!“ ausrief, die natürlich von vornherein keine Aussicht auf Erfolg hatte und dementsprechend auch kläglich gescheitert ist. Oder daß in Mißachtung der vielfältigen Formen der Solidarität, vor allem der sozialistischen Staaten, mit einem verbalradikal Kraftakt nicht mehr der Kauf von Medikamenten für die vietnamesischen Kämpfer, sondern nur der von Waffen als revolutionär hingestellt wurde.

Das alles mindert nicht die Bedeutung des Kongresses, vor allem aber der Demonstration am 18. Februar. Trotz Parteiausschlußdrohungen marschierten an der Spitze neben Kommunisten bekannte SPD-Stadträte und sozialdemokratische Mitglieder. Unter den Bildern von Ho Chi Minh, Che Guevara, Lenin, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, diesen großen Internationalisten, unter Losungen wie „Amis raus aus Vietnam!“, „Johnson – Mörder“, „Ledernacken – Koffer packen“ und ähnlichen Sprechchören demonstrierten über 15 000 durch Westberlin in ungeheurer Disziplin und ließen sich auf keine Konfrontation mit der darauf eingestellten Polizei ein. Diese Demonstration konnte in unserem Land und in der Welt nicht übersehen werden. Sie stärkte die Kämpfer in Vietnam.

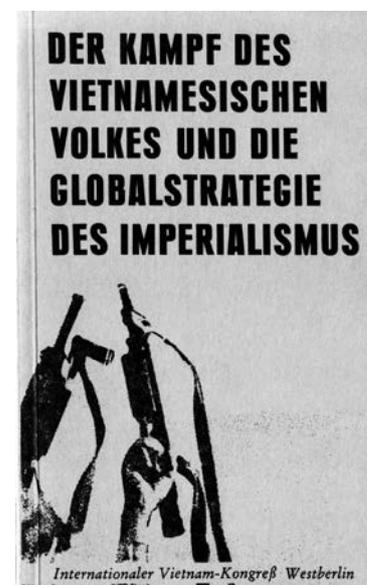
Herbert Lederer



mesischen Volk nach dem anderen. Sie leistete nicht nur Großartiges in der Theorie, wofür beispielhaft die Vietnam-Bücher des Marburger Wissenschaftlers Kurt Steinhaus stehen, der auch die strategische Aufgabenstellung des neuen Internationalismus der Studentenbewegung richtig formulierte. Mut, Phantasie, Vielfalt und Massenhaftigkeit zeichneten auch die Aktionen, insbesondere des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aus, der mit ganzem Herzen auf der Seite der vietnamesischen Revolution gegen deren Unterdrücker stand.

Unvergessen ist der Internationale Vietnam-Kongreß in Westberlin am 17./18. 2. 1968 in Westberlin, initiiert vom SDS, unterstützt von 44 Organisationen aus fast allen westeuropäischen Staaten. Mit Bussen kamen wir aus Westdeutschland, großzügig behandelt von den in ihrem Internationalismus solidarischen DDR-Grenzbeamten, obwohl mancher Demonstrant, der nicht nur antiimperialistisch, sondern auch noch antikommunistisch fühlte, Schlimmes befürchtet hatte. Der Westberliner Senat, unter Führung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, praktizierte Kumpanei in bekannter Frontstadtmanier zugunsten der Macht, die die Verbrechen in Vietnam ausübte, und hatte die für den Sonntag geplante Demonstration verboten. Aber auch dieser Versuch scheiterte.

Gilmore vom African National Congress aus Südafrika, Bahman Nirumand von den iranischen Studenten, ein Vertreter der griechischen Lambrakisjugend und einer der türkischen Sozialistengemeinschaft, der Chilene Salvatore, der belgische Trotzki Ernest Mandel und viele andere mehr. So auch Prof. Wulff, Vorsitzender des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees, damals bekannt geworden durch sein unter dem Pseudonym „Alzheimer“ geschriebenes Buch, das von seinen Erfahrungen als Arzt in Vietnam berichtete. Ungeteilt waren die antiimperialistischen Gefühle, die die Versammelten und Redner einten. Was die politischen Einschätzungen und das Maß an Realitätssinn anbetraf, gab es durchaus teils gravierende Unterschiede, die auch ausgetragen wurden. Einige, wie Rudi Dutschke, der auf diesem Kongreß zum erstenmal das Proletariat als mögliche revolutionäre Kraft entdeckte, was nur zu begrüßen war, nutzten den Kongreß, um lehrerhaft und antikommunistisch verklemmt den großen Rundschlag gegen die kommunistische Weltbewegung, insbesondere die regierende Arbeiterklasse in den sozialistischen Staaten, zu starten und mit den kommunistischen Parteien Lateinamerikas „abzurechnen“. Gerade an diesem Punkt meinte ich, einen Teil des Kongresses auf den Boden der Wirklichkeit zurückholen zu



Das Kongreß-Protokoll, herausgegeben vom SDS Westberlin und dem Internationalen Nachrichten- und Forschungsinstitut (INFI), 1968

Son My – 16. März 1968

Im Namen des amerikanischen Volkes und der Regierung der USA verurteilten auch deren Vertreter im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß den deutschen Faschismus wegen seiner Menschenfeindlichkeit, seiner Politik der verbrannten Erde, seiner Greuelthaten in den KZ, zum Beispiel in den Städten Babi Jar, Lidice, Maidanek, Oradour ... Keine dreißig Jahre später begeht der US-Imperialismus mit gleicher Kaltblütigkeit ebensolche Schandtaten in Vietnam in der Absicht, damit den Freiheitswillen des vietnamesischen Volkes brechen zu können. Ortschaften, Krankenhäuser und Fabriken werden bombardiert, Brük-

der anderen Dorfbewohner. Sie blieben wie durch ein Wunder unverletzt von den Kugeln und Granaten der Soldaten des Leutnants Calley, dessen Name durch die Weltpresse ging. Er wurde vor Gericht gestellt, zu „lebenslänglich“ verurteilt und von Ex-Präsident Nixon begnadigt. Er fand mächtige Verteidiger. Sie sitzen an den Schalthebeln der Macht und sind verantwortlich dafür, daß Söldner wie Calley ausgeschiedet werden, um zu morden. Gouverneur Maddox: „Gott sei Dank für Leutnant Calley und Gott sei Dank für Leute wie sie.“ Ein Senator aus Oklahoma erklärte, man könne „einem Soldaten nicht die Erschießung von Frauen und

– helfen dabei. Allesamt spüren die Unterstützung der Volksmacht. Zu tun gibt es genug. Neue und bessere Häuser werden errichtet. Der Damm, der das Ackerland vor Salzwasserbrüchen schützen sollte, wurde von US-Bombern völlig zerstört. Er muß erneuert werden.

Die Berge rings um Son My sind noch kahl. Die Vegetation hat sich noch nicht wieder erholt. Die Menschen brauchen zu essen. Deshalb muß das Ackerland so schnell wie möglich urbar gemacht werden.

Die junge vietnamesische Volksmacht beseitigt nicht nur die materiellen Schäden, die die US-Aggressoren verursachten. Die sozialen Folgen müssen überwunden werden: Zehntausende flüchteten aus den ländlichen Gebieten in die Großstädte, die bei weitem nicht so viele aufnehmen konnten. Arbeitslosigkeit, hohe Kriminalität, Prostitution, Rauschgiftsucht waren die Folge, gefördert durch unzureichende Bildungsmöglichkeiten.

Dieses Erbe gilt es auszulöschen. Viele Flüchtlinge sind schon in die Heimat zurückgekehrt oder wurden – mit einer Starthilfe vom Staat versehen – in anderen ländlichen Gebieten angesiedelt. Die Staatsorgane und die gesellschaftlichen Organisationen – zum Beispiel der Jugendverband – nehmen sich der Gestrauchelten an, um sie sozial wieder einzugliedern. Seit der Befreiung Südvietnams haben eine halbe Million Vietnamesen lesen und schreiben gelernt, und es besteht ein Programm, bis Ende 1977 das Alpha-



Dieses Bild vom Massaker der US-Soldaten nahm Fotograf Ronald Haeberle auf. Greise, Frauen, Kinder wurden, wie man sie gerade antraf, niedergeschossen.

ken gesprengt und auf ganzen Landstrichen die Vegetation mit chemischen Mitteln vernichtet, um der Bevölkerung die Ernährungsgrundlage zu entziehen. Zu den Grausamkeiten des US-Imperialismus gehören auch die Mاسaker von Son My; Ereignisse, die einem wieder in den Sinn kommen mit dem 30. Jahrestag des Nürnberger Prozesses und angesichts der Weigerung der USA, für den angerichteten Schaden in Vietnam aufzukommen. Wie war das damals am 16. 3. 1968 in Son My? Nguyen thi Duc, 76 Jahre, Bäuerin: „Wir saßen am Mittagstisch. Mein Sohn war im Garten. Die Amerikaner kamen zu uns und schossen gleich los. Mein Sohn war sofort tot. Dann kamen sie in die Hütte und schossen um sich. Ich kroch unter fünf Leichen meiner Angehörigen hervor und versteckte mich mit zwei Enkeln im Bunker. Die Amerikaner haben die Hütte angezündet, die Toten darin verbrannt und das Vieh getötet.“ Michael Terry, der das Gemetzel in Son My miterlebte, charakterisierte die Einstellung der US-Soldaten zu den vietnamesischen Zivilisten so: „Ein großer Teil der Soldaten hat das Gefühl, daß sie keine menschlichen Wesen sind. Wir haben sie einfach wie Tiere behandelt.“ Eine solche Ideologie gleicht der des Faschismus. „Einige Bewohner waren nicht einmal so alt, daß sie allein laufen konnten“, sagte Sergeant Michael Bernhardt. Sie trieben sie zusammen und schossen sie nieder. Sie schossen auf alles, was sich bewegte. Über 500 Menschen brachten sie in faschistischer Manier um. Es überlebten wenige. Sie lagen – oft schwer verletzt – unter den Leichnamen



Unbeschwert können diese Kinder nach dem Sieg wieder spielen und lachen.

Kindern vorwerfen, wenn der Feind vor allem aus Frauen und Kindern besteht“. Die Mörder von Son My steckten die Häuser in Brand. Was nicht brannte, wurde gesprengt. Von einigen Gebäuden stehen noch mahnend die Grundmauern. Hofften jene, hier das Leben ausgelöscht zu haben oder den Willen des Volkes? Weder das eine noch das andere ist ihnen gelungen. Vietnam ist frei. Son My entsteht neu. Die Überlebenden bauen ihr Dorf wieder auf – für sich und ihre Kinder. Andere, noch nicht Heimische – ehemalige Häftlinge eines wenige Kilometer entfernten Konzentrationslagers

betentum auszumerzen. In der DDR gibt es seit dem Sieg des vietnamesischen Volkes eine Losung: „Solidarität – jetzt erst recht!“ In diese Solidarität ist die materielle Hilfe beim Aufbau der nationalen Wirtschaft ebenso einbegriffen wie das Entsenden von Fachleuten, die Ausbildung junger Vietnamesen in DDR-Betrieben und Ausbildungseinrichtungen. Vietnamesische Kinder erholen sich in den Sommerferien in Pionierlagern der DDR-Kinderorganisation.

Wilfried Woesner
(„Jugend“, Berlin, 12/1976)

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Lenin: „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommenden Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

9. Mai 1974

Wladimir Iljitsch Lenin schrieb die Arbeit, die wir heute verstellen möchten, Ende Oktober 1919. Sie erschien wenige Tage später als Artikel in der „Prawda“ und ist nicht sehr umfangreich, für die Praxis aber außerordentlich wertvoll.

Eigentlich sollte diese Abhandlung – das weist er von Lenin dazu ausgearbeitete Plan aus – eine Broschüre über die Rolle und die Aufgaben der Diktatur des Proletariats in der Epoche des Überganges der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus werden. Doch die von Lenin zu leistende Arbeit zur Organisation der militärischen Verteidigung der Revolution verhinderte offenbar die Verwirklichung seiner Absicht.

Die Lage der jungen Sowjetrepubliken war zu dieser Zeit äußerst schwierig. Denikins Truppen marschierten auf Tula und Moskau. Petrograd war von weißgardistischen Truppen bedroht. In Sibirien wütete die geschlagene, aber noch nicht endgültig liquidierte Armee Koltschaks. Im Hinterland der Sowjetmacht hatte der Klassenfeind konterrevolutionäre Verschwörungen angezettelt. Ausländische imperialistische Interventen wie Konterrevolutionäre im Innern hofften, den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt erwürgen, seine Regierung mit Waffengewalt stürzen zu können. Rechte Sozialdemokraten – allen voran Karl Kautsky – unterstützten diese Pläne, indem sie in vielfältiger Weise den Bolschewismus verteufelten.

Unter Führung der Leninschen Partei verteidigten die Arbeiter und Bauern Rußlands in heroischem Kampf die proletarische Revolution. Mit jedem Sieg an den Fronten des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention schufen sie die Voraussetzungen für den friedlichen Aufbau des Sozialismus in ihrem Land.

Lenin, zutiefst überzeugt vom Sieg der gerechten Sache der Arbeiter und Bauern, widmete jede freie Minute der Ausarbeitung und theoretischen Durchdringung jener vielfältigen Probleme, die für die Perspektive des sozialistischen Aufbaus von weitreichender Bedeutung waren. Am 7. November 1919 wurde in der „Prawda“ nur ein Teil der geplanten Broschüre unter dem Titel „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ veröffentlicht. Lenin greift hier die von ihm bereits 1918 gegebene Charakteristik der Ökonomik Rußlands in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf, von der schon in der Sendung über das Leninsche Werk „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ die Rede war.

In dem Artikel „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ merkt Lenin zunächst, daß das Vorhandensein von fünf Wirtschaftsformen in Sowjetrußland eine durch die ökonomische Rückständigkeit dieses Landes verursachte Besonderheit ist. Und dann schreibt er: „Aber die Hauptkräfte – und die Hauptformen der gesellschaftlichen Wirtschaft – sind in Rußland die gleichen wie in jedem beliebigen kapitalistischen Land,

so daß diese Besonderheiten keinesfalls das Wesentliche betreffen können. Diese Hauptformen der gesellschaftlichen Wirtschaft sind: der Kapitalismus, die kleine Warenproduktion, der Kommunismus. Die Hauptkräfte sind: die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum (besonders die Bauernschaft), das Proletariat.“¹

Lenins Analyse der Wirtschaft in der Übergangsperiode zeigt, daß sich in den Erfahrungen Sowjetrußlands die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus widerspiegeln, Erkenntnisse, die nicht nur für Rußland, sondern allgemeingültig sind. Das bestätigt die historische Praxis aller Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion bringen daher – bei aller Spezifik der russischen Bedingungen – die Haupttendenzen einer ganzen historischen Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, zum Ausdruck. Der Weg des Oktober – das ist der gesetzmäßige Verlauf der Weltgeschichte. Auf diesem Wege schreitet heute bereits über ein Drittel der Menschheit voran. Früher oder später wird diesen Weg die gesamte Menschheit gehen.

Sicherlich, in der Übergangsperiode weist die sozialökonomische Struktur der Gesellschaft in den sozialistischen Ländern Europas, Asiens und Kubas jeweils spezifische Züge auf. Die verschiedenen Wirtschaftsformen spielen in den einzelnen Ländern eine unterschiedliche Rolle. Aber: die drei

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats März!

zum 93. Geburtstag

Helga Archut (Berlin) am 21. März

zum 91. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März
Heinz Birch (Berlin) am 9. März
Wilhelm Strunk (Neubrandenburg) am 10. März
Ulrich Fritz (Berlin) am 10. März

zum 85. Geburtstag

Manfred Volland (Strausberg) am 9. März
Helmut Braunschweig (Schorfheide) am 12. März
Gottfried Hamm (Graal-Müritz) am 15. März
Hans-Jürgen Krösche (Rostock) am 30. März

Manfred Wiesnewsky (Muldestausee/
Friedersdorf) am 31. März

zum 80. Geburtstag

Klaus Stachowiak (Cottbus) am 3. März
Hans-Joachim Eichler (Pfaffenhofen)
am 11. März
Peter Linzer (Berlin) am 17. März
Peter Rauscher (Berlin) am 28. März
Erwin Koppe (Jena) am 29. März

zum 75. Geburtstag

Volker Mieth (Auerbach) am 11. März
Helga Kirste (Bautzen) am 15. März
Woldemar Denski (Zülów) am 16. März

Christine Friedrich (Ottendorf-Okrilla)
am 20. März

Wolfgang Schlicht (Chemnitz) am 24. März
Bernd Passoth (Gera) am 26. März
Walter Grenzbach (Berlin) am 26. März
Reinhard Faust (Halle) am 31. März

zum 70. Geburtstag

Arno Palow (Frankfurt/Oder) am 12. März

zum 65. Geburtstag

Detlef Werner (Güstrow) am 8. März
Stephanie Meister (Halle) am 31. März

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



W. I. Lenin

Zeichnung: Werner Klemke

gesellschaftlichen Wirtschaftsformen – Sozialismus, kleine Warenproduktion und Kapitalismus, denen die Hauptklassen – Arbeiterklasse, Bauernschaft und Bourgeoisie – entsprechen, sind für alle Länder, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen haben und noch vollziehen, charakteristisch.

Diese Existenz verschiedener Wirtschaftsformen in der Übergangsphase führt mit Notwendigkeit zu Widersprüchen. Der Kapitalismus war zwar beseitigt, aber noch nicht völlig vernichtet, und die neue Gesellschaftsordnung kann nicht alle anstehenden Probleme gleichzeitig lösen. Lenin wies in dieser wie auch in anderen Arbeiten nach, daß – solange die kleine Warenproduktion als breite und tiefwurzelnde Basis des Kapitalismus bestehen bleibt – ein beharrlicher und konsequenter Klassenkampf geführt werden muß, bis die neue Gesellschaftsordnung endgültig gesiegt haben wird. Entscheidend dafür waren solche ersten Schritte der sozialistischen Umgestaltung wie Abschaffung des Privateigentums der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, staatliche Organisation und Leitung der Großproduktion in der Industrie u. ä. Maßnahmen. Bereits im November 1919, in seiner Analyse der Wirtschaft Sowjetrußlands, konnte also Lenin voraussagen, daß vom Standpunkt des ökonomischen Grundproblems – trotz aller noch vorhandenen Widersprüche – der Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus gesichert ist.

In diesem Zusammenhang entlarvte Lenin die dem Kapitalismus dienenden Phrasen von der „Demokratie überhaupt“, der „reinen Demokratie“ rechter Sozialdemokraten, die den Klassenkampf verabscheuen, die – wie Lenin ausführte – davon träumen, ohne Klassenkampf auszukommen. „Die Werktätigen“, schreibt er, „sind von den Gutsbesitzern und Kapitalisten, von denen sie jahrhundertlang unterdrückt und ausgebeutet wurden, befreit. Dieser Schritt vorwärts zur wahren Freiheit und zur wahren Gleichheit, ein Schritt, der seiner Großartigkeit, seinen Ausmaßen und seiner Schnelligkeit nach in der Welt ohnegleichen ist, wird von den Anhängern der Bourgeoisie (einschließlich der kleinbürgerlichen Demokraten) nicht in Betracht gezogen ... Den Werktätigen geht es aber gerade um die wahre Gleichheit, die wahre Freiheit (die Freiheit von den Gutsbesitzern und den Kapitalisten), und darum treten sie so fest für die Sowjetmacht ein.“²

Für die tatsächliche Demokratie, die reale Freiheit der Werktätigen, leistete die Sowjetmacht bereits in den ersten zwei Jahren ihrer Existenz mehr als alle bürgerlichen Republiken in über 100 Jahren. Wahre Freiheit für die Mehrheit des Volkes und

wahre Gleichheit lassen sich eben nur durch die Diktatur des Proletariats verwirklichen, mit deren Hilfe Ausbeutung und Unterdrückung durch die Gutsbesitzer und Kapitalisten beseitigt werden – diese Leninsche Aussage in dem „Prawda“-Artikel „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ bestätigt sich täglich millionenfach.

Die Erfahrungen der ersten Jahre des sozialistischen Aufbaus in Sowjetrußland regen Lenin in dieser Arbeit zur Darlegung eines weiteren, noch immer aktuellen Problems an, nämlich der theoretischen Klärung des Wechselverhältnisses von Ökonomie und Politik nach dem Sieg der sozialistischen Revolution. Ausgangspunkt ist für ihn der marxistische Grundsatz, daß die Ökonomie, die Produktionsverhältnisse der Menschen, letztlich alle gesellschaftlichen Erscheinungen, Theorien und Institutionen – darunter auch die politischen – bestimmen. Die Ökonomie ist die objektive Quelle ihres Entstehens. Politische Ideen und Institutionen liegen also in den ökonomischen Verhältnissen und Interessen der Menschen, ja ganzer Klassen, begründet.

Man muß jedoch folgenden Zusammenhang beachten: Durch die Produktionsverhältnisse hervorgebracht, wirkt die Politik auch auf die Ökonomie zurück. Sie kann die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft beschleunigen oder zu ihrem Hemmnis werden. Ökonomie und Politik sind folglich zwei ganz eng miteinander verbundene Seiten des gesellschaftlichen Lebens.

Ihr Wechselverhältnis hat unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen einen besonderen, von Lenin hervorgehobenen Aspekt. Bekanntlich beginnt die sozialistische Revolution mit der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse. Die siegreiche Arbeiterklasse nutzt den sozialistischen Staat für die Beseitigung der kapitalistischen und für die Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die Politik wird zur Waffe bei der ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Diese aktive Rolle der Politik findet ihren theoretischen Ausdruck in dem Leninschen Satz vom Primat der Politik über die Ökonomie, ausführlich und anhand zahlreicher konkreter Beispiele im Artikel „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ bewiesen. Lenin unterstreicht hier, daß ohne richtiges politisches Herangehen an die Ökonomie die Macht der Arbeiterklasse nicht gesichert und folglich auch nicht die ökonomischen Aufgaben gelöst werden können. Hat die marxistisch-leninistische Partei die politische Linie richtig ausgearbeitet und wurden bei ihrer Verwirklichung keine wesentlichen Abweichungen zugelassen, dann – so Lenin – werden die ökonomischen Fragen die hauptsächlich in der Politik, dann werden alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau konzentriert.

Lenin, der in der Übergangsperiode die ökonomische Umgestaltung in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Partei stellte, unterstrich mit Nachdruck, daß dies nur auf der Grundlage einer Politik möglich ist, die den Interessen der werktätigen Massen im eigenen Lande und im internationalen Maßstab entspricht. Primat der Politik über die Ökonomie bedeutet also im Leninschen Verständnis nichts anderes als erstens die Diktatur des Proletariats anzuerkennen, sie als Hauptwaffe für die Verwirklichung der grundlegenden ökonomischen Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen, für die Lösung der ökonomischen Aufgaben des Sozialismus einzusetzen. Zweitens ist es notwendig, auch an alle wirtschaftlichen Fragen politisch heranzugehen, d. h. vom Standpunkt der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Wissenschaft.

Quellen

- 1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 92
- 2) Ebenda, S. 96

Darum laßt uns alles wagen!

*Darum laßt uns alles wagen,
nimmer rasten, nimmer ruhn,
nur nicht dumpf so gar nichts sagen,
und so gar nichts woll'n und tun!*

*Nur nicht brütend hingegangen
Ängstlich in dem niedern Joch,
denn das Sehnen und Verlangen
und die Tat, sie bleibt uns doch!*

Karl Marx

Ist die Arbeitsproduktivität wirklich das Maß aller Dinge?

In manchen Diskussionen zu Theorie und Praxis der DDR-Wirtschaftspolitik spielt Lenins These, nach der die Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende sei für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung sei, eine große Rolle. (W. I. Lenin: Die große Initiative. LW Bd. 29, S. 416)

Mitunter wird betont, daß wir diese These nicht konsequent genug berücksichtigt hätten und deshalb den ökonomischen Wettstreit mit dem Kapitalismus nicht gewinnen konnten. Es gibt auch Auffassungen, nach denen unsere Wirtschaftspolitik viel zu stark auf Produktionsmenge an materiellen Gütern und somit auf ein Nacheifern kapitalistischer Praktiken ausgerichtet gewesen sei.

Beide Interpretationen laufen Gefahr einer gewissen Überbewertung einerseits und andererseits gewisser Mißdeutungen der Leninschen These andererseits.

Ich möchte hinterfragen, ob es sich dabei tatsächlich um eine wissenschaftlich belastbare, dauerhaft gültige Doktrin handelt, die auch heute noch als Meßlatte für den Systemvergleich gelten kann. Vielleicht hatte Lenin ein ganz anderes Verständnis zu der Problematik, als wir heute in die Formulierung hineininterpretieren. Oder muß sie als situationsbedingtes Postulat verstanden werden?

Denn wenn wir uns die damalige Zeit vergegenwärtigen, müssen wir erkennen, daß damals das Ringen um das nackte Überleben der Menschen die allerwichtigste Aufgabe überhaupt war und es ungeheurer Anstrengungen bedurfte, die Produktion von Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnraum usw. voranzutreiben. Diese Zwangssituation hat alle anderen Aufgaben so überragt, daß sich auch Lenins Sorge vorrangig auf die Problematik der Erzeugung und ständigen Steigerung der materiellen Produktion konzentrierte.

Dennoch unterstreicht Lenin, daß die zu errichtenden sozialistischen Produktionsverhältnisse künftig ihre Überlegenheit gegenüber den kapitalistischen beweisen müssen und beweisen können. Die Verkettung dieser beiden Seiten – einerseits also die taktische Aufgabestellung der schnellstmöglichen Überwindung der materiellen Not und andererseits die strategische Zielsetzung, die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise zu beweisen –, führt offensichtlich zu Verständnisschwierigkeiten. Lenin ging m. E. nicht davon aus, daß sich die Überlegenheit des Sozialismus auf Dauer nur an Kennziffern der materiellen Produktion messen lasse. Das jedoch könnte man aus dem eingangs benannten Zitat herauslesen.

Eine Lösung des Widerspruchs sehe ich in folgendem: Wenn wir heute über Arbeits-

produktivität reden, denken wir offensichtlich sofort an die betriebswirtschaftliche Kennziffer, als Verhältnis der im einzelnen Produktionsprozeß hergestellten Menge an Gebrauchswerten zu dem dazu verausgabten Arbeitszeitaufwand. Die immer weitere Optimierung dieses Verhältnisses ist zweifellos auch in einer künftigen sozialistischen Planwirtschaft eine wichtige Aufgabenstellung. Das bleibt eine der Grundvoraussetzungen für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Wenn man aber die Betrachtun-



gen auf diese betriebswirtschaftliche Ebene beschränkt, muß ich den Kritikern recht geben, daß der Kapitalismus dann weiterhin überlegen sein wird. Wir würden nie mithalten können (und vor allem nicht wollen), Produktionssteigerungen durch immer stärkere Intensivierung, Ausbeutung von Mensch und Natur, Manipulierung der Bedürfnisse der Menschen usw. zu erreichen, was sich ja auch alles „positiv“ auf die Kennziffer Arbeitsproduktivität auswirkt. Höherer Profit also = höhere „Arbeitsproduktivität“ – das kann nicht unser Maßstab sein.

Wenn es also darum geht, wie Lenin es im Sinn hatte, die Überlegenheit der neuen Gesellschaftsordnung zu begründen, darf man nicht bei der betriebswirtschaftlichen Kennziffernbetrachtung stehen bleiben. Vielmehr geht es darum, im Sozialismus das gesamte produktive Potential einer Gesellschaft, also die Produktionsmittel, die natürlichen Ressourcen und das Arbeitskräftepotential, so zu nutzen, daß damit ein höheres Ergebnis für die Befriedigung aller Bedürfnisse der Menschen und der Gesellschaft erreicht werden kann, als es der Kapitalismus je zu erzielen vermag. Das erfordert allerdings auch eine viel höhere Stufe der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, als der Kapitalismus hervorzubringen in der Lage ist. Aber auch wir hatten trotz aller Erfolge diese neue, höhere Stufe noch nicht erreicht.

Und wenn wir unter diesem Blickwinkel den Sozialismus-Kapitalismus-Vergleich beurteilen, so können wir feststellen, daß wir mit unserer Wirtschaftspraxis den Nachweis erbracht haben, daß der Wettstreit zugunsten

des Sozialismus ausgehen kann und ausgehen muß. Zu unterstreichen ist aber auch, daß sich die DDR-Wirtschaft schneller als die der BRD entwickelte, daß wir kein krisenhaftes Auf und Ab kannten, daß wir weder Arbeits- noch Wohnungslosigkeit hatten usw.

Trotz der bekannten Unzulänglichkeiten unserer Wirtschaftspraxis konnten wir nachweisen, daß der begonnene Weg Perspektive hat. Die Möglichkeiten bestehen darin, daß wir ökonomische Prozesse auf volkswirtschaftlicher Ebene optimieren und planmäßig umsetzen können, weil ein

viel größerer Spielraum effektiver Wachstumsvarianten erschlossen werden kann, als es auf enger einzelbetrieblicher Ebene möglich ist, daß wir nicht auf Begrenzungen und Einzelinteressen Rücksicht nehmen müssen, die durch die privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse gesetzt sind, daß wir durch vorausschauende Planung Verluste, die mit dem spontanen Wirken kapitalistischer Marktgesetze zwangsläufig verbunden sind, z. B. Krisen aller Art, vermeiden können, daß wir Arbeitslosigkeit ausschließen können, die im Kapitalismus nicht

nur enorme Vergeudung von Produktivkräften bedeutet (was sich übrigens nicht in der „Arbeitsproduktivität“ niederschlägt), sondern auch viele menschliche Tragödien, und vor allem, daß wir die Zielsetzung des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses neu definieren können. Natürlich geht es auch um immer weitere Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen aller Menschen, vor allem aber um solche Fragen wie soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, um Kultur, Sport, Persönlichkeitsbildung für jedermann usw.

Und all diese Zusammenhänge kann man eben nicht in einer ökonomischen Kennziffer „Arbeitsproduktivität“ zusammenfassen, schon gar nicht, wenn man sie auf die betriebswirtschaftliche Ebene reduziert. Dann müßte man schon eine Kennziffer „volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität“ erfinden. Ich meine, daß eine weitere Beschäftigung mit Lenins Zitat uns nicht wirklich weiterhilft. Der „Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“, wie ihn Lenin zu Recht voraussah, bedarf sachlicher, unvoreingenommener Bewertungen und nicht eines mathematischen Rechenexempels.

Nicht der Kapitalismus mit seinen Kennziffern und Maßstäben darf für uns Beurteilungskriterium unseres Denkens und Handelns sein, sondern wir müssen nach unseren eigenen Maßstäben darauf orientieren, alles – auch auf ökonomischem Gebiet – zu tun für die Würde und das Wohlergehen aller Menschen. Gerade dazu ist der Kapitalismus letztlich unfähig.

Dr. Peter Elz, Königs Wusterhausen

Kampf um Meinungsvielfalt oder um Profit?

Jedes Land hat ein Propagandaministerium, das die öffentliche Meinung „gestaltet“. In unserem Land heißt diese Institution Presse- und Informationsamt der Bundesregierung oder Bundespresseamt (BPA). Das BPA wurde am 16. September 1949 gegründet. Ihm steht ein beamteter Staatssekretär mit Machtbefugnissen eines Ministers vor, der gleichzeitig Regierungssprecher ist.

Das BPA hat offiziell zwei wesentliche Aufgaben: Einerseits versorgt es die Bundesregierung, den Bundespräsidenten und die Abgeordneten des Bundestages mit Informationen über die aktuelle Nachrichtenlage und die Behandlung politischer Themen in der Öffentlichkeit. Andererseits informiert es die Öffentlichkeit über politische Vorhaben und Meinungen der Regierung. Dazu bedient es sich aller klassischen und modernen Massenmedien. Ansprechpartner für das BPA sind zwei Gruppen von Massenmedien – private und staatliche (öffentlich-rechtliche) Medien.

Zu den größten privaten deutschen Medienunternehmen gehören neben Bertelsmann und Springer die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, Hubert Burda Media, Bauer Media Group, Funke-Mediengruppe und die Verlagsgruppe Weltbild. Der Konzentrations- und Zentralisierungsprozess in der Medienlandschaft ist noch stärker im deutschen Privatfernsehen/-rundfunk sichtbar. Die wichtigsten privaten Fernseh- und

Radiosender teilen sich zwei Großkonzerne, Bertelsmann und ProSiebenSat.1 Media.

Zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten gehören ZDF, ARD und Deutschlandradio. Ihre Existenz wird durch ein kompliziertes Geflecht von gesetzlichen Regelungen und Verträgen auf der Grundlage des Staatsvertrages für Rundfunk und Telemedien gesichert. Das Rundfunkrecht wird unter anderem durch den ARD-Staatsvertrag, den ZDF-Staatsvertrag, den Deutschlandradio-Staatsvertrag, den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag u. a. m. geregelt. Im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag ist unter § 8 der monatliche Beitrag in Höhe von 17,50 € festgesetzt. Es handelt sich hierbei um eine Zwangsabgabe, der kein Haushalt (Bürger) und kein Unternehmen entkommen kann. Nach Gründung der BRD betrug die Gebühren 2 DM, ab 1954 wurden es 5 DM mehr für Besitzer eines Fernsehgeräts. Seit 1970 steigt die Abgabe unaufhaltsam. Im Jahre 2016 nahmen die drei Rundfunkanstalten die gigantische Summe von 7,978 Mrd. Euro ein. 2017 sollten es rund 8 Mrd. € Einnahmen sein. Jetzt wird in der Politik darüber nachgedacht, die Gebühren ab 2020 weiter zu erhöhen, weil der Staatsfunk immer neue Gebiete im Internet erschließt. Das kostet natürlich mehr Geld. In diesem Zusammenhang ist eine regelrechte Schlammschlacht zwischen den Staats- und den privaten Medien entbrannt. Die Privaten werfen den Öffentlich-Rechtlichen

vor, sich als Herrschaftsinstrument benutzen zu lassen. Die öffentlich-rechtlichen Medien hätten im Rahmen der Neuverhandlungen des Telemedienauftrages im Rundfunkstaatsvertrag gern mehr Raum im digitalen Bereich. Dabei geht es der ARD und dem ZDF darum, ihre Angebote im Audio- und Videobereich zu ergänzen. Außerdem möchten sie umfangreiche Textangebote „kostenlos“ online zur Verfügung stellen.

Das widerspricht den Interessen der privaten deutschen Medienkonzerne. Sie verzeichnen nämlich mit der Entwicklung des Internets einen Rückgang des Absatzes bei Zeitungen und Zeitschriften. Ursache hierfür sind die sich ändernden Lesegewohnheiten, insbesondere die der jüngeren Menschen. Die Medienmonopole befürchten außerdem, daß ihnen Kunden im Internet wegläufen, wenn Staatsmedienkonzerne ihre Text- und anderen Angebote im Internet weiter ausbauen.

So meint der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und Vorstandsvorsitzender des Axel-Springer-Verlags, Mathias Döpfner, dazu in einer Pressemitteilung: „Wenn kein nachhaltig erfolgreiches digitales Geschäftsmodell etabliert werden kann, wäre bei weiter rückläufigem Printgeschäft ein Verlagssterben, eine Reduzierung der Vielfalt die Folge. Wenn dann irgendwann quasi nur noch öffentlich-rechtliche Online-Zeitungsangebote zur Verfügung stünden, dann und nur dann würde eine Art ‚Staatspresse‘ entstehen, ein Monopol, das von zentral erhobenen Gebühren lebte und unter der Aufsicht von Politikern aller Parteien stünde.“

Deutlicher kann man es wohl nicht sagen: Es geht um riesige Profite durch die Nutzung des Internets für die privaten Pressemonopole. Sie wollen unbedingt regeln, wer welche Inhalte in den Onlineangeboten zu welchen Bedingungen zur Verfügung stellen darf. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das Geld der „Zahler“ soll also zugunsten der Pressekonzerne neu verteilt werden, da das Geschäft der Printmedien rückläufig ist. Es ist ein Verteilungskampf ausgebrochen, der von einer Seite geführt wird, um die Staatsmedienmonopole zurückzudrängen. Die andere Seite will mehr Einnahmen mit der Erweiterung ihrer Angebote im Internet generieren. Es geht nicht darum, die „Vielfalt“ oder gar die Inhalte der Medien zu verbessern. Es geht ausschließlich um Finanzinteressen der marktorientierten Mediengruppen und deren politische Präferenzen. Egal wie dieser Kampf ausgeht, der „Konsument“ wird auf jeden Fall für die Nutzung von Massenmedien zahlen. Paul Sethe (bürgerlicher Journalist und Gründungsherausgeber der FAZ) schrieb schon im Mai 1965: „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“

Zentrales Steuerungsorgan für Propaganda und ideologische Beeinflussung durch die Herrschenden ist und bleibt das Bundespresseamt mit ca. 450 Mitarbeitern, das seit August 2010 durch Steffen Seibert, einen ehemaligen Journalisten des ZDF, geführt wird.

Dr. Ulrich Sommerfeld, Berlin

Buchtips



► Stefan Bollinger: Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Über deutsche Hysterie und ihre Ursachen

Seit einigen Jahren sind wir Zeugen einer Russophobie, die an die Hoch-Zeiten des kalten Krieges erinnert. Damals war „der Russe“ an allem schuld, heute sind es angeblich Putin und „sein Reich“. Woher rührt diese irrationale Aversion, mehr noch: Was wird damit bezweckt? Warum trommeln Medien, Politik und Wirtschaft in trauriger Gemeinsamkeit

gegen den „allbösen Feind“ im Osten? Der Politikwissenschaftler und Historiker Stefan Bollinger hat – anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 – das Verhältnis von Deutschen und Russen untersucht. Eine historisch-politische Untersuchung von aktueller Brisanz.

Verlag am Park, Berlin 2017. 192 Seiten, 14,99 €

► Emran Feroz: Tod per Knopfdruck

116 zivile Drohnenopfer gab es laut US-Administration bis Sommer 2016 – 1427 laut dem Bureau of Investigative Journalism. Nach Angaben ehemaliger US-Militärs seien sogar etwa 6000 „unrechtmäßig“ getötet worden. Seit Beginn des „War on Terror“ gehören US-Drohnen-Angriffe in Afghanistan, Irak, Pakistan, Somalia und vielen anderen Ländern zum Alltag. Allein in seinem letzten Amtsjahr autorisierte Barack Obama den Abwurf von 26 172 Bomben. Dabei wird die Anzahl der zivilen Opfer, die sogenannten Kollateralschäden, schlicht menschenverachtend heruntergespielt. Wie aber gelingt es den Verantwortlichen, das wahre Ausmaß dieser Katastrophe so zu minimieren? Welche Interessen stecken hinter diesen Angriffen? Und welche Rolle spielt Deutschland dabei?

Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2017. 256 S., 18 €

Das Programm der Marx-Engels-Stiftung

Nach einem mutmachenden Auftakt Ende Januar bietet die Stiftung im März u. a. folgende Veranstaltungen an: am 10. 3. eine Tagung zu „Industrie 4.0“ in Essen, am 17. 3. in Düsseldorf ein Seminar mit Stefan Siebert – mancher wird ihn als großartigen Zeichner und Karikaturisten kennen, Leser der „jungen Welt“ vor allem als Musikkritiker – zur Rolle von Kultur im Klassenkampf; am selben Tag, in Berlin, eine erste Veranstaltung dieses „Jubiläumsjahres“ zu 100 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD. Am darauf folgenden Wochenende geht es dann im Süden der Republik um „Jörg Ratgebs Herrenberger Altar und den Bauernkrieg“ (24. 3., Böblingen). Weitere Tagungen des Jahres thematisieren z. B. den Kampf um die Erinnerungskultur bei Straßennamen (20. 4., Hof/S.), die Entwicklung der VR China (20. 5., Marburg), Erfahrungen der DDR-Ökonomie (9. 6., Duisburg), Geschichte und

Gegenwart des deutschen Kolonialismus (16. 6., Hamburg), die DDR-Literatur (30. 9., Leipzig), das Jahr 1948 als entscheidende Zäsur für die deutsche Spaltung (13. 10., Berlin), Goethes „Faust“ (November, München). Und selbstverständlich wird die Marx-Engels-Stiftung auch beim UZ-Pressesfest am ersten Septemberwochenende in Dortmund wieder mit einem attraktiven Vortragsprogramm zu unterschiedlichen Themen mit von der Partie sein.

Die wachsende Zahl bundesweit stattfindender Tagungen hat sicher wesentlich dazu beigetragen, daß die Stiftung in den letzten Jahren die Zahl ihrer Mitglieder verdreifachen konnte: von knapp 60 Ende 2010 auf heute über 180. Völlig zufrieden ist der Vorstand mit der Entwicklung dennoch nicht: Noch gelingt es zu wenig, für die Veranstaltungen junge Menschen zu interessieren – und das spiegelt sich natürlich auch in der altersmäßigen

Zusammensetzung der Mitgliedschaft und der Neueintritte wieder. Vor allem in den neuen Bundesländern ist die ME-Stiftung, von Berlin abgesehen, bisher kaum präsent. Daß das nicht so bleiben muß, hat der Raum Stuttgart/Tübingen gezeigt, wo die Stiftung bis vor drei Jahren lediglich drei „stille“ Mitglieder und keine einzige Veranstaltung hatte. Aus den dreien sind inzwischen acht geworden, die sich regelmäßig treffen, um „Manöverkritik“ zu üben und in Abstimmung mit dem Vorstand die nächsten Vorhaben in der Region zu planen. Nachahmung höchst erwünscht! Bei Interesse an Informationen und evtl. Mitarbeit: Marx-Engels-Stiftung, Gathe 55, 42107 Wuppertal. Oder im Internet: www.marx-engels-stiftung.de. Wer der Stiftung seine Mailadresse mitteilt, wird über Änderungen und Ergänzungen des Programms regelmäßig informiert.

Gestützt auf Hermann Kopp (UZ)

Erinnerungen an Egon Erwin Kisch

In meinen Berliner Jahren vor 1933 war Egon Erwin Kisch (29. 4. 1885 bis 31. 3. 1948) schon der berühmte „rasende Reporter“. Die erste Sammlung seiner Reportagen erschien unter diesem Titel, der bald weitere im Erich-Reis-Verlag folgten. Kisch war aktives Mitglied des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller und eng mit der revolu-

tionären Arbeiterbewegung verbunden. In die Worte, die ihm verwehrt waren, mündlich zu äußern. Der überfüllte Saal dankte dem Schweizer.

Bei meinen Reisen nach Prag nach dem Kriege versäumte ich nie, in die Uliza Laboratore 22 zu gehen, um Kisch und seine Frau Gisela zu besuchen. So genau und wahrheitsgetreu seine Reportagen waren – sie gelten

wurde eine anerkannte Ethnologin und residierte, umgeben von indianischen Freunden und Besuchern aus Europa, im Staate Chiapas in San Cristobal Las Casas. Mit Mexiko, dem Kisch ein berühmtes Buch widmete, blieb er zeitlebens verbunden.

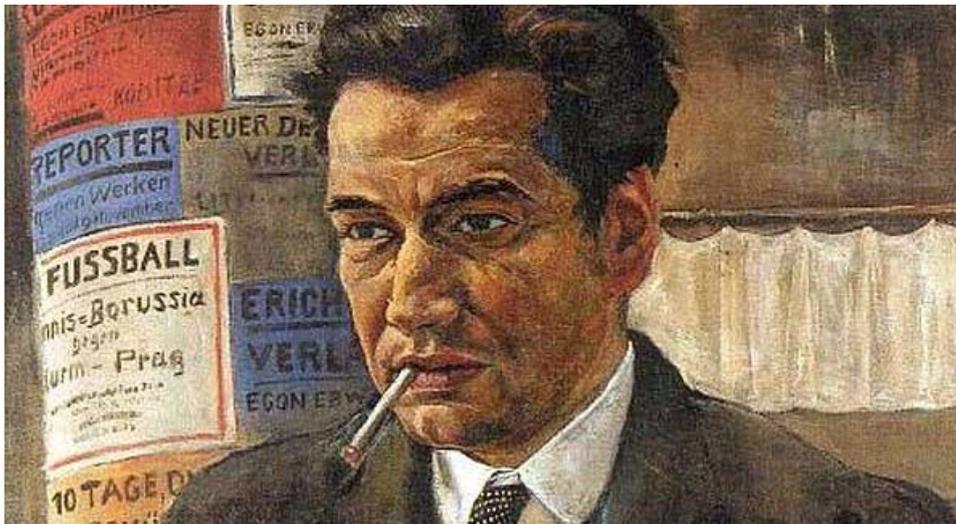
Mein letzter Besuch bei Kisch war kurz nach den Februar-Ereignissen 1948, wenige Wochen vor seinem Tode. Der Kommunist Gottwald war Ministerpräsident, und die ČSSR verließ die kapitalistische Welt. Für Kisch war es eine große Genugtuung, seine Heimatstadt, deren Menschen, Häuser und Winkel er so oft beschrieben hatte, als Hauptstadt eines Landes auf dem Weg zum Sozialismus zu erleben.

Kisch sprach von den Berliner Zeiten, von seinen Abenteuern in Mexiko und von Plänen, die er noch auszuführen gedachte, wenn er seine Gesundheit wiedererlangen würde. Er zeigte mir seine Bücherschätze, vor allem alte böhmische Literatur in deutscher Sprache, und schenkte mir mit großer Widmung die „Festschrift“ zu seinem 50. Geburtstag, den er in Mexiko feierte.

Ich hatte die Absicht, ihn bald wieder zu besuchen. Es sollte nicht mehr dazu kommen. Beim nächsten Prager Besuch war Gisela allein, Kisch war verstorben. Geehrt von den Journalisten und den Arbeitern in der ganzen Welt und vor allem von den Werktätigen der ČSSR. Sie hatten ihm eine Trauerdemonstration bereitet, wie sie Prag noch bei keinem Schriftsteller je gesehen hatte. Zehntausende – Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle – gaben dem „klassischen Journalisten“ das letzte Geleit.

Für mich war die Begegnung mit Egon Erwin Kisch ein großes Erlebnis und eine ständige Anregung, Erlebtes und für richtig Erkanntes weiterzuverbreiten.

Theo Pinkus
(Zürich, 1978)



Egon Erwin Kisch

Gemälde: Rudolf Schlichter (1928)

bis heute noch als unerreichte Meisterleistungen des Journalismus –, so phantastisch und gemischt aus Dichtung und Wahrheit waren seine Anekdoten und Erzählungen, die er beim berühmten Kaffee von Gisela seinen zahlreichen Freunden und Besuchern zum Besten gab. Diese kamen aus der ganzen Welt. So traf ich bei ihm die alte Vorkämpferin der sozialistischen Frauenbewegung in der Schweiz, Gertrud DUBY, die zur Zeit der Emigration von Kisch in Mexiko dort die Stadt verließ und zu den Indianern ging. Sie

tionären Arbeiterbewegung verbunden. In der gewerkschaftlichen Arbeit im Schutzverband befreundete er sich mit meinem Vater. Die Freundschaft übertrug er auch auf den Sohn. Bald nach Errichtung der Hitler-Herrschaft, es war wohl 1934, sah ich Kisch wieder in Zürich. Auf einer großen Solidaritätskundgebung für die deutschen Antifaschisten sollte er reden. Der Schweizer Bundesrat verbot ihm aber, das Wort zu ergreifen. Kisch stand stumm am Rednerpult, sein Genosse verlas

Ukrainisches Märchen

Marussja ist eine Ukrainerin, die ich von meinem linken Volksfest aus der thüringischen Stadt Suhl mit nach Hause gebracht habe. Sie wurde dort von Leuten des Arbeitslosenverbandes gegen eine Spende angeboten. Marussja guckte mich so durchdringend an, daß ich einfach nicht widerstehen konnte. Inzwischen ist sie zur Lieblingspuppe der Enkelin geworden, sie bezeichnet sie als ihre Schwester. Mir hat Marussja folgendes Märchen erzählt:

Es war einmal ein Lehrer, der liebte nichts so sehr wie Kinder und die Lehren eines Mannes namens Lenin und dessen Partei, die für die bittere Wahrheit und nicht für die verzuckerte Lüge stritt. Er war ziemlich unversehrt aus dem großen Krieg zurückgekehrt, den ein Mann namens Hitler und seine Volksgenossen gegen die Menschen seines Landes geführt hatten, und er sah sich nicht nur großer Not in vielerlei Gestalt gegenüber, er sah auch in viele blasse und verhärmte Kindergesichter, oft mehr von Kummer und Leid gezeichnet, als man es sonst bei

Kindern findet. Und da beschloß der Lehrer, diesen Kindern von nun an eine freudvolle und erlebnisreiche Kindheit zu verschaffen, und er hatte dazu mancherlei schöne und ungewöhnliche Einfälle.

Zuerst einmal wurde er mit den Müttern oder Vätern oder Großeltern oder Tanten darüber einig, daß die Kinder nicht erst dann zur Schule kommen sollten, wenn es das Gesetz verlangte – also mit sechs Jahren – sondern schon ein Jahr früher. Und der Unterricht sollte auch nicht in den doch immer ein wenig dumpfen Klassenzimmern, sondern draußen unter freiem Himmel stattfinden. Den blauen Himmel, den Garten, das Dorf, die Sonne zu betrachten und den Abend zu erleben, dabei Märchen und Lieder zu erfinden, schien ihm die richtige Weise, um den Kindern das Lernen über den Weg des Staunens und des Sich-Freuens zu erschließen. „Schule der Freude“ nannte er das, in der es auch so etwas wie einen „Garten der Gesundheit“, „Grüne Klassen“, „Insel der Wunder“, „Winkel der Schönheit“, den „Tag des ersten Brotes“ und andere die Phantasie, das Gefühl und die Verantwortung schulende Erfindungen gab.

Und eine Menge Fragen dachte sich der kluge Lehrer aus, etwa solche: Weshalb ist die Sonne morgens rot und mittags glühend? Weshalb dreht die Sonnenblume ihre Blüte nach der Sonne? Weshalb setzen sich die Tauben nie auf einen Baum? Weshalb leuchten nachts die Glühwürmchen? Weshalb sind die Schneeflockchen so hübsch? Weshalb hat die große Kuh nur ein Kälbchen und das kleine Schwein mehrere Ferkel? Weshalb gräbt sich das Kaninchen eine Höhle und der Hase nicht? Wie kommt es, daß ein Mensch in Moskau spricht, und bei uns im Zimmer ist es durch das Radio zu hören? Unmöglich kann ich hier alle die vielen Fragen mitteilen, die sich der kluge Lehrer ausdachte, aber bekennen muß ich, daß ich auf viele auch heute keine

Antwort wußte, und ich bin doch schon mehr als zehnmal sechs Jahre alt.

Aber dieser Lehrer war eben kein gewöhnlicher Schulmeister sondern einer, der sich mehr wie ein Dichter oder Clown zu den Kindern verhielt. Selbst sagte er: Wie ein Forschungsreisender, der in ferne, unbekannte Länder aufbricht, in die Augen seiner Gefähr-



Wassili Suchomlinski mit aufmerksamen Zuhörern

ten schaut, so schaute ich in die Augen meiner kleinen Schützlinge. Das war am 31. August 1952. Dieser Lehrer wollte unbedingt, daß die Kinder nicht einfach abrufbares Wissen wertfrei vermittelt bekamen, das zu lernen vielen ja auch keinen Spaß macht, sondern daß sie gefühlsmäßig die Schönheiten der Welt und Natur, den Fleiß der werktätigen Menschen und den Wert der Arbeit in ihrer schöpferischen Form schätzen lernen sollten. Dabei war ihm bewußt, daß im Leben nicht alle Pflichten gleich interessant sind und man auch Anreize für gute Leistungen benötigte, und der Lehrer nicht zum Hampelmann der Schülerinnen und Schüler noch dazu der lernunwilligen werden dürfe. Er wußte sehr genau, was von der Erziehung im Kindesalter abhing, und daß pädagogische Fehler und Versäumnisse sich später bitter rächen. Güte müsse zur Gewohnheit werden, schrieb er, und hielt sich selbst daran. Beispielsweise gab er keine schlechten Zensuren – tatsächlich, das gab's bei ihm nicht. Hatte ein Kind eine gute Leistung vollbracht, bekam es eine gute Zensur; hatte es eine schwache Leistung gezeigt, wurde ihm bedeutet, daß es dafür noch keine Zensur bekommen könnte. Zumeist, und ich will es ihm gern glauben, war das ein besserer Anstoß zum Bessermachen als eine schlechte Zensur, mit der sich ein schlechter Lehrer an einem Kinde oder jungen Menschen auch rächen kann. Ich gebe zu, bei diesem Lehrer handelte es sich um keinen gewöhnlichen; das hatte ich schon gemerkt, als ich las, daß er das Binden eines Feld- und Wiesenblumenstraußes durch die Kinder für einen schöpferischen Vorgang hielt. Freilich ließ er in seinen Erzählungen die schwere Vergangenheit, welche die Kinder größtenteils in irgendeiner schlimmen Weise erlebt hatten, nicht aus. Beispielsweise beschrieb in der dritten Klasse Serjosa Suchenko den Tag des Sieges so: An diesem Tag war der Krieg zu Ende. Unsere Sowjetarmee hatte die Faschisten besiegt. Es

fielen keine Bomben mehr. Jetzt freuen sich die Menschen jedes Jahr an diesem Tag, sie marschieren durch die Straßen mit Fahnen und Bildern von Lenin. Wladimir Iljitsch Lenin hat unsere Kommunistische Partei gegründet und den Menschen gesagt: Lebt einmütig miteinander, Ukrainer, Russen, Weißrussen, Grusinier und Moldauer, dann kann euch niemand besiegen. Dieser Lehrer hat ein Buch geschrieben, das von seinen Erlebnissen mit Kindern erzählt. Er hat es einem Lehrer gewidmet, der sich in der DDR bemühte, viele der Lehrmethoden seines ukrainischen Freundes auf eigene Weise anzuwenden. Nicht immer brachte ihm das Zuspruch; aber das war ihm egal, ihm ging's um eine möglichst phantasievolle Erziehung der Kinder und nicht um gute oder schlechte Noten, die er sich vielleicht im Pädagogischen Rat dafür holen konnte. Der deutsche Lehrer hieß Jürgen Polzin und sein ukrainischer Kollege Wassili Suchomlinski. Letzterer war sogar Professor, aber das tut nichts zur Sache, denn ich kenne manchen

Professor – nicht nur unter Lehrern – der nichts kann, und manche Mutter oder Großmutter, die instinktiv besser weiß, wie man mit Kindern umgeht.

„Die Schule der Polzins“ hieß eine Reportage, die Helmut Sakowski Anfang der siebziger Jahre für eine Illustrierte verfaßt hatte. Am Hallenser Theater erarbeiteten wir zu der Zeit eine „Anregung für Lehrende und Lernende“. Auf Anregung der Ministerin für Volksbildung machte ich aus Sakowskis Reportage eine Spielvorlage, die Horst Schönemann – zusammen mit Texten von Benito Wogatzki, Horst Salomon, Volker Braun und einer Reihe anderer Autoren – sehr phantasievoll in Szene



Suchomlinski
Mein Herz
gehört
den Kindern
Aufzeichnungen eines Erziehers

setzte. Polzin erzählte darin von seinem ukrainischen Berufskollegen Suchomlinski, den er sehr bewunderte. Dadurch wurde ich neugierig auf diesen Lehrer, den ich ohne Polzin, ohne Sakowski und ohne Margot Honecker wahrscheinlich nie kennengelernt hätte. Es hat eine ganze Weile gedauert, bis der ukrainische Lehrer in die DDR kam, hier Freundschaften schloß und sich unter Leuten dieses Landes wohl zu fühlen begann. Das hatte einen Grund, den ich nicht verschweigen will. Während er damals als junger Soldat gegen die deutschen Faschisten kämpfte, brachte seine Frau Vera – ebenfalls eine Lehrerin – im Folterkeller der Nazis ihren Sohn zur Welt. Man versprach ihr, das Kind am Leben zu lassen, falls sie Verrat

beging. Sie tat es nicht und mußte erleben, wie vor ihren Augen der wenige Tage alte Säugling getötet wurde. Dann stachen die deutschen Barbaren der Mutter die Augen aus und quälten sie noch zwei Tage lang, bevor sie sie im Gefängnishof erhängten.

Der Lehrer leugnete nicht, daß es sehr schwer für ihn war, selbst viele Jahre danach auch in den Teil Deutschlands zu reisen, der sich DDR nannte. Nach einigen Wochen, in denen er das Leben der Menschen und die Kinder des Landes kennengelernt hatte, atmete er erleichtert auf. Wörtlich schrieb er: „Die DDR ist eine neue Welt, eine Welt des Sozialismus, eine Welt der unveröhnlichen Feindschaft gegenüber dem Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen. Ich

bin froh, in der DDR viele Freunde – Pädagogen, Wissenschaftler und Kinder – zu haben. Solltest du, liebe Leserin, lieber Leser, im Antiquariat oder auf dem Trödelmarkt ein Exemplar des Buches „Mein Leben gehört den Kindern“ liegen sehen, dann nimm es mit, lies dann zu deinem Nutzen und zum Nutzen deiner Kinder und Enkel, und laß dir dieses ukrainische Märchen nicht ausreden, auch wenn die Welt, in der es entstand, alles andere als märchenhaft war und es sie heute nur noch als Wunschbild gibt, das aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinscheint und in dem das, was wir in die Zukunft projizieren, mit enthalten sein kann.

Armin Stolper, Berlin

Vor 65 Jahren starb der Schulreformer Max Kreuziger

Allen Kindern gleiche Bildung!

Noch immer existiert in der BRD das Bildungsprivileg. Während für die Masse der Kinder aus den armen und, wie manche heute sagen, „bildungsfernen“ Schichten eine modifizierte Art der früheren Volksschule vorgesehen ist, stehen den Söhnen und Töchtern der Reichen und Besserverdienenden die Gymnasien, Hochschulen und Universitäten offen. Dort werden sie zu Führungskräften in Verwaltung und Justiz, für Wirtschaftslenkung und Wissenschaft, für Sicherheitsbehörden und fürs Militär qualifiziert.

Bereits vor einhundert Jahren kritisierten fortschrittliche, vor allem linke Pädagogen und Erzieher dieses ungerechte und diskriminierende Bildungssystem. Sie plädierten für eine einheitliche weltliche Schule, die allen Kindern gleiche Chancen bietet. Aber sie erhoben nicht nur diese Forderung, sondern versuchten auch, sie an verschiedenen Orten zu praktizieren. So waren es in Berlin solche bedeutenden Schulreformer wie Paul Oestreich, Robert Alt, Wilhelm Heise, Wilhelm Paulsen und Max Kreuziger. Sie gründeten Aufbau- und Sammelschulen, um vor allem Arbeiterkindern eine bessere Ausbildung zu vermitteln. Sie hatten dabei manche Schwierigkeit zu überwinden, denn ihre Pläne, Ideen und Vorstellungen stießen auf heftigen Widerstand der staatlichen Schulbürokratie, der christlichen Kirchen und der im Philologenverband organisierten deutschen Studienräte.

Einen besonderen Platz innerhalb dieser Reformschulen nahm die 1922 von Max Kreuziger gegründete und von ihm bis 1928 geleitete Lebensgemeinschaftsschule am Leopoldplatz im Arbeiterbezirk Wedding ein. In dieser Bildungseinrichtung nahm er Kinder aus kommunistischen und sozialdemokratischen Familien, aber auch andere aus unterprivilegierten Schichten auf. Die Mädchen und Jungen wurden befähigt, sowohl wissenschaftliche Aufgaben zu lösen als auch praktische soziale Arbeit zu leisten, zu der die Eltern der Kinder ebenfalls hinzugezogen wurden. Ein festes Gebäude stand ihm für diese Lehranstalt nicht zur Verfügung, folglich richtete

er sie in zehn Baracken ein. Der Schule angeschlossen waren auch eine Küche, in der für die Kinder gekocht wurde, und sogar ein Kindergarten.

Als Sohn eines Schneiders am 13. August 1880 in Berlin geboren, hatte Max Kreuziger das seltene Glück, ein Lehrerseminar besuchen und ab 1902 als Lehrer arbeiten zu können. 1914 aber brauchte das deutsche Kapital weniger Lehrer, dafür mehr Kanonenfutter, und so zog Max Kreuziger in den Krieg. An der Front lernte er Sozialdemokraten kennen, so daß er unmittelbar nach der Demobilisierung noch 1918 der SPD beitrug. Von nun an wurde Kreuziger auch parteipolitisch aktiv. 1921 gehörte er der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg von Groß-Berlin an. Die fortschrittlichen Lehr- und Erziehungsprinzipien, die er im Wedding erfolgreich praktizierte, fanden Aufmerksamkeit beim Magistrat, der ihn 1928 zum Stadtschulrat für die Hauptstadt ernannte. Ein Jahr später holte ihn der preußische Kultusminister Adolf Grimme als Referent für weltliche Schulen in sein Ministerium. Drei Jahre arbeitete er dort, kehrte dann aber in seinen Beruf als Lehrer zurück.

Natürlich wollten die Nazis den sozialdemokratischen Schulreformer nicht in ihrer „Volksbildung“ belassen. Schon im September 1933 entließen sie ihn aus dem Schuldienst, erteilten Berufsverbot und stellten ihn unter Polizeiaufsicht. Um die Existenz seiner Familie zu sichern, eröffnete Kreuziger eine kleine Buchhandlung, die zum Treffpunkt ehemaliger SPD-Genossen wurde. Von dort aus unterhielt er auch Kontakte zu Widerstandsgruppen, besonders zum Kreis des später von den Nazis hingerichteten Ernst von Harnack. Ein Spitzel verriet ihn an die Gestapo, die ihn im Sommer 1944 in das KZ Sachsenhausen brachte. Freunden gelang es Ende des Jahres, ihn dort herauszuholen. Ein ehemaliger Lehrerkollege versteckte ihn bis Kriegsende.

Max Kreuziger stellte sich dem Neuaufbau sofort zur Verfügung, zunächst als stellvertretender Bezirksbürgermeister im Prenzlauer Berg, dann aber sah er nun reale

Möglichkeiten, seine Ideen und Vorstellungen für ein anderes, besseres Volkssystem zu verwirklichen. Gemeinsam mit den fortschrittlichen Pädagogen Ernst Wildangel und Paul Oestreich arbeitete er ein Einheitsschulgesetz für Berlin aus und führte es in die Praxis ein. Schon im Januar 1947 trug er es auf einer Berliner Lehrertagung vor, und im September desselben Jahres erläuterte er es auf dem II. Pädagogischen Kongreß der sowjetischen Besatzungszone. Dieser engagierte Einsatz für eine neue, eine antifaschistisch-demokratische Schule hatte zur Folge, daß ihn Paul Wandel, der Leiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, in diese Behörde berief. In dieser Funktion gab er auf dem 3. Pädagogischen Kongreß, der im Juli 1948 in Leipzig stattfand, den Rechenschaftsbericht über den Aufbau des Schulwesens in der SBZ. Dieser Kongreß stellte die Aufgabe, eine neue Lehrerschaft heranzubilden und Elternausschüsse an der Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu beteiligen.

Das Kriegsende war für Max Kreuziger zugleich der Beginn einer neuen politischen Aktivität. In seiner Partei, der SPD, wurde er zu einem der Fürsprecher für die Vereinigung mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei. Dafür stimmte er auf dem 40. Parteitag der SPD, und auf dem Vereinigungsparteitag wurde er in die Programmkommission gewählt.

Nachdem im November 1948 reaktionäre Politiker von CDU, SPD und FDP Berlin gespalten und sich damit für das bürgerlich-kapitalistische Bildungsprivileg und gegen eine Einheitsschule entschieden hatten, arbeitete Max Kreuziger als Stadtrat und Leiter der Abteilung Volksbildung, also als Stadtschulrat, im demokratischen Berlin. Drei Jahre später mußte er aus gesundheitlichen Gründen seine Arbeit aufgeben. Er starb am 12. März 1953 in Berlin. Zuvor war er vom Präsidenten der DDR Wilhelm Pieck als „Verdienter Lehrer des Volkes“ ausgezeichnet worden.

Günter Freyer, Berlin

Zur Dialektik von Vertrauen und Kontrolle

Wer als Westdeutscher nie auch nur eine einzige Zeile von Lenin gelesen hat, kennt doch zumindest den ihm zugeschriebenen Spruch „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“* und hat ihn vielleicht selbst schon bei passender oder unpassender Gelegenheit im Munde geführt. Dieser Satz soll im folgenden interpretiert und kritisch untersucht werden.

Die These besteht aus zwei Teilen: Sie beginnt mit dem positiven Urteil „Vertrauen ist gut“, das – wie nach einer kurzen Besinnungspause – durch den Zusatz „Kontrolle ist besser“ sogleich relativiert wird, wobei der Komparativ den Wert des Vertrauens herabstufte. Das heißt (da das Bessere der Feind des Guten ist und vor diesem den Vorrang hat) bei der Wahl zwischen Vertrauen und Kontrolle ist die Kontrolle dem Vertrauen als das bessere Andere vorzuziehen.

Wieso ist und bleibt nun Vertrauen, wenn auch auf niedriger Stufe, gleichwohl gut? Hierauf gibt die Psychologie eine Antwort. Sie spricht nämlich vom „Urvertrauen“, dessen der Mensch bedarf, da er im Leben sonst keinen einzigen Schritt mit Zuversicht tun könnte, keine einzige Entscheidung treffen könnte, von deren Richtigkeit er überzeugt wäre, keinen erfolgversprechenden Plan entwickeln und niemals eine beherzte Tat vollbringen könnte. Wer das Glück hatte, in seiner frühen Kindheit, vor allem in den ersten drei Lebensjahren und darüber hinaus, vertrauenswürdige, zuverlässige Bezugspersonen zu haben, die ihn mit steter, intensiver und liebevoller Zuwendung umsorgt haben, dem wird dieses Urvertrauen gleichsam als ein soziales Geschenk zuteil, und paart sich dieses Vertrauen zu anderen Menschen mit einem gesunden Selbstvertrauen, das heißt mit einer realistischen positiven Einschätzung der eigenen Kräfte, so ist der in dieser Weise Begünstigte zu beglückwünschen, denn er bringt die beste Voraussetzung dafür mit, sein Leben zu meistern. Das Vertrauen, das er aufgrund seiner frühen Lebenserfahrungen seinen Mitmenschen entgegenbringt, ist die bestangemessene Reaktion auf deren Zuverlässigkeit und bestärkt sie in ihrer Vertrauenswürdigkeit, so sie denn ihrerseits moralisch integer sind, das in sie gesetzte Vertrauen zu schätzen wissen und nicht der Versuchung erliegen, es zu mißbrauchen.

Doch, ach, dieser Idealfall ist nicht immer gegeben! Was uns als Grundregel allen sozialen Lebens vor Augen steht, das, was selbstverständlich sein sollte, versteht sich nicht immer von selbst, denn alle Erfahrung lehrt: Die Seele des Menschen ist fähig zum Guten wie zum Bösen. Wer nur an das Gute im Menschen glaubt und keinen Blick für das Böse hat, ist auf einem Auge blind – man öffne beide Augen und sehe sich um: Lug und Betrug sind hierzulande wie überall in der Welt an der Tagesordnung, Gesetzeswidrigkeiten, von der kleinsten Ordnungswidrigkeit bis zum größten Verbrechen (Vergewaltigung, Raub, Mord und Totschlag) sind unleugbare Realität, und alle nur denkbaren Delikte werden oftmals gerade von jenen Personengruppen

begangen, die ein besonders hohes Sozialprestige genießen und nicht müde werden, ihre eigene moralische Integrität zu beteuern.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Fakt ist: Eltern vernachlässigen, quälen und töten Kinder; Ärzte erbringen überflüssige, medizinisch nicht indizierte Leistungen, um sie ihren Patienten oder den Krankenkassen in Rechnung zu stellen – ebenso verfahren Krankenhäuser und Kliniken aller Art; Weltfirmen wie VW betrügen ihre Kunden (Abgas-Skandal); Trickbetrüger nutzen Online-Banking und Internet, um an Konto- und Pin-Nummern zu gelangen und fremde Konten abzuräumen; Handwerker stellen überhöhte Rechnungen aus oder Rechnungen über Leistungen, die sie gar nicht erbracht haben; Buchhalter fälschen Bilanzen (oft im Auftrag ihrer „Arbeitgeber“), um Steuergelder zu ergaunern; Banker verkaufen wertlose „Wertpapiere“; Makler und Banken vermitteln den Verkauf von Schrottimmobilien; Pharmaunternehmen bringen unwirksame oder gar gesundheitsschädliche Medikamente auf den Markt; Priester vergehen sich an Kindern; Zeugen, Schöffen und Richter lassen sich bestechen; Kontrollbehörden (z. B. Jugendämter) sehen „keinen Handlungsbedarf“; Geheimdienste zetteln Bürgerkriege an und unterstützen korrupte Regenten; Diktatoren beuten ihre eigenen Völker aus, plündern die Staatskasse und transferieren Staatsgelder in Höhe von Millionen und Milliarden auf ihre Privatkonten im Ausland – und, um in Deutschland zu bleiben: Die Regierung Merkel, statt Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, macht sich zum Erfüllungsgehilfen privater Wirtschaftsunternehmen, verschleiert und fördert den Lobbyismus, bedient Partikularinteressen von Wirtschaftsbossen und stellt das öffentliche Interesse des Volkes hintan, begünstigt auf dem Weg der Gesetzgebung die Reichen zum Nachteil der Armen und beklagt gleichzeitig den Vertrauensverlust und die Politikverdrossenheit der Bürger.

Hier drängt sich die Frage auf: Wenn angesichts des hier Geschilderten Kontrolle (Überwachung, Verfolgung und Bestrafung) verantwortliche Personen oder Institutionen ganz offensichtlich dringend geboten ist, warum weigern sich die angeblich zu Unrecht Beschuldigten (natürliche oder juristische Personen, Politiker, Parteien, Ministerien, Regierungen) dann so beharrlich und mit fadenscheinigen, oft an den Haaren herbeigezogenen, geradezu grotesken Begründungen, diese Kontrolle durch staatliche Kontrollbehörden zuzulassen? – Die Antwort kann nur lauten: Weil sie ein schlechtes Gewissen haben und befürchten müssen, daß Machenschaften zutage gefördert werden könnten, die ihre Vertrauensunwürdigkeit erweisen würden. Sie bangen um ihren zu Unrecht erworbenen Besitz, befürchten den Verlust von Ansehen und Macht, vor allem jener Macht, die sie dazu befähigt, weiterhin unbehindert gegen Recht und Gesetz zu verstoßen.

Damit berauben sie sich natürlich selbst jeder Möglichkeit, verlorenes Vertrauen

zurückzugewinnen und neues Vertrauen zu begründen, und so fallen sie verdienter Verachtung anheim, indem sie immer wieder aufs neue beweisen, wie eng moralische Korruptheit mit psychologischer Dummheit gepaart sein kann.

Aufs Ganze gesehen, läßt sich sagen: Wer betrügerischen und anderen kriminellen Machenschaften in allen Bereichen des sozialen Zusammenlebens so sicher wie nur irgend möglich entgehen will, der beherzige den eingangs zitierten Ausspruch. Dem vermeintlichen oder tatsächlichen Übeltäter aber sei gesagt: Wer Kontrolle zuläßt, begründet Vertrauen – wer sich der Kontrolle zu entziehen sucht, weckt Argwohn.

Theodor Weißenborn

* Der Satz geht auf eine alte russische Redewendung zurück: „Доверяй, но проверяй!“, Vertraue, aber prüfe nach!

Wo ist die Freiheit?

Wo ist die Freiheit, wo kann ich sie finden?

Sag mir, wer ist frei?

Wenn Freiheit keine Grenzen findet und sich auf Chaos gründet. Wenn wir leben aus dem Vollen und handeln, wie wir wollen, ohne Rücksicht auf die andern, die mit uns durchs Leben wandern. Kann das Freiheit sein?

Wo ist die Freiheit, wo kann ich sie finden?

Sag mir, wer ist frei?

Es künden alle Religionen die Freiheit für Millionen. Freiheit selbst für jene Staaten, die das Menschenrecht verraten. Und die Freiheit wird zur Phrase – eine bunte Seifenblase. Wer ist wirklich frei?

Wo ist die Freiheit, wo kann ich sie finden?

Sag mir, wer ist frei?

Ich leb' in einem jungen Lande, mich halten feste Bande. Diesem Lande will ich nützen, es mit meiner Hand beschützen. Statt zu träumen, will ich fragen, statt zu schweigen, will ich sagen: Das erst macht mich frei!

So ist die Freiheit, So kann ich sie finden.

Das erst macht mich frei!

Knut Kiesewetter und Oktoberklub
(1967)

Knut Kiesewetter schrieb diesen Titel Mitte der 60er Jahre. Er wurde besonders durch die Ostermarschbewegung populär. 1967 entstand im Oktoberklub die um eine dritte Strophe erweiterte Textfassung.

WANDERUNGEN DURCH WESTDEUTSCHLAND (2)

Insel der gegenwärtigen Vergangenheit

Aufgewachsen in Westdeutschland, bis in die 70er Jahre unterrichtet von Nazi-Lehrern, belegt mit Ausbildungsverbot, entdeckt der Verfasser negative, aber auch positive Seiten an diesem Land. In loser Folge berichtet er über Entdeckungen auf seinen Wanderungen durch Westdeutschland.

Vom Bodensee zieht es den Wanderer in östliche Richtung an ein anderes Wasser. Im tiefsten Bayern gelegen, nicht weit von der österreichischen Grenze entfernt, liegt der Chiemsee, sommers von Touristen

Nicht erst später im westdeutschen Bundestag, sondern bereits damals im Parlamentarischen Rat saßen etliche Mitglieder mit faschistischer Vergangenheit, die sich nun Demokraten nannten. Das seinerzeit beschlossene Grundgesetz, so unvollständig und mangelhaft es war, unterschied sich deutlich vom heute gültigen, das in den vergangenen 70 Jahren über 150 Änderungen über sich ergehen lassen mußte.

Der Wanderer hält inne auf dem Klosterfriedhof, an diesem Ausgangspunkt der Spaltung Deutschlands. Und da fallen einige

Jodl? Der Jodl, Generaloberst im Oberkommando der faschistischen Wehrmacht, verantwortlich für die Angriffe auf Dänemark und Norwegen – dort Befehlsgeber von Massenevakuierungen – sowie für die Planung des Vernichtungsfeldzugs gegen die Sowjetunion? Jodl, der Verfasser des „Kommissarbefehls“, nach dem sämtliche kommunistischen Funktionäre sofort nach Gefangennahme liquidiert werden sollten und dem rund 120 000 sowjetische Kriegsgefangene zum Opfer fielen? Jodl, der die Massendeportationen und Massenmorde

an Juden als „staatliche Notwendigkeiten“ bezeichnet hatte? Jener Jodl, der im Oktober 1946 in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher hingerichtet wurde? Wurde seine Asche nicht in die Isar gestreut?

Tatsächlich handelt es sich um ein sogenanntes Kenotaph, ein Schein- und Ehrengrab ohne sterbliche Überreste, während seine zwei Ehefrauen tatsächlich auf Herrenchiemsee begraben sind. Ein Ehrengrab? In der Tat wurde Jodl im Zuge des kalten Krieges 1953 in einem politisch motivierten Spruchkammerverfahren posthum rehabilitiert – nachdem in Bayern etwa 900 KPD-Mitglieder aus den Spruchkammern entfernt worden waren. Otto Weinkamm (CSU), „Minister für politische Befreiung“ und Justizminister, bestätigte die Rehabilitierung.

2018, so heißt es, werde Jodls Familiengrab auf Herrenchiemsee aufgelöst. Ob dies geschehen ist oder noch geschieht, ist dem Wanderer unbekannt. Aber es paßt: Der nie vom Volk gebilligte Parlamentarische Rat, mehrheitlich Grundsteinleger des Nachkriegs-Antikommunismus (von 70 Mitgliedern gehörten nur zwei

der KPD an), tagte über dem „Ehrengrab“ eines faschistischen Hauptkriegsverbrechers. Ungebrochene Traditionen. Mit großen Schritten verläßt der Wanderer die idyllische Insel.

Hans Dölzer

Als der engste Kriegsberater Hitlers, der unmittelbare Mitarbeiter bei der Vorbereitung und Ausführung aller blutigen Angriffspläne Hitlerdeutschlands nimmt der Angeklagte Jodl mit Recht seinen Platz in der Reihe der deutschen Hauptkriegsverbrecher ein.

R. A. Rudenko,
sowjetischer Hauptankläger im
Nürnberger Prozeß 1946



Für Hauptkriegsverbrecher findet sich häufig ein Ehrengrab.

Fotos: H. Dölzer

umlagert, falls sie sich die teuren Unterkünfte leisten können. Wer dort gar am Ufer wohnt, gehört ohnehin zu den Reichen und (nicht immer) Schönen.

Auf der größten der Inseln im See, genannt Herrenchiemsee, und damit durch eine Wassergrenze getrennt vom Volk, fand im August 1948 eine folgenreiche Versammlung statt. Im dortigen Kloster tagte der sogenannte Parlamentarische Rat der Westzonen. Ohne gewählt worden zu sein, beschloß er das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das als Verfassungsentwurf ebenfalls nicht der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurde, im Gegensatz etwa zur Verfassung der DDR. Präsident des Rates war Konrad Adenauer, der auch durchsetzte, daß nicht Frankfurt am Main, sondern das katholische Nest Bonn die BRD-Hauptstadt wurde.

Gräber auf, deren Namensaufschriften ihm bekannt vorkommen. „Kapitänleutnant Werner R. Fresdorf, 9. 11. 1908–9. 10. 1939. Er starb für Deutschland.“

Das Symbol sowohl der Wehrmacht als auch der Bundeswehr, ein Eisernes Kreuz, „ziert“ das Grabmal. Fresdorf war ein faschistischer Kommandant des U-Boots U17, das am 5. Mai 1945, kurz vor Kriegsende, von seiner Besatzung versenkt wurde, damit es nicht in die Hände des „Feindes“ geriet. Fresdorf war allerdings bereits im November 1937 von Bord gegangen. Er starb nicht im Wasser, sondern in der Luft: Er kam im Oktober 1939 bei einem Flugzeugunfall ums Leben. Dicht neben dem Grab Fresdorfs fällt dem Wanderer ein weiterer Name auf: Alfred Jodl. Auch mit dem „Eisernen Kreuz“ markiert, steht ein hohes steinernes Grabmal in der Mitte zweier Frauennamen, Irma und Luise.

Wie Rußland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist

Gabriele Krone-Schmalz muß man nicht vorstellen. Wie vielleicht nur noch Gerd Ruge hat sie das Rußland-Bild der deutschen Fernsehzuschauer als Korrespondentin in der zusammenbrechenden Sowjetunion geprägt. Sie ist auch nach ihrer Tätigkeit im ARD-Studio Moskau dem Thema Rußland treu geblieben: als eine Autorin, die quer zu den aktuellen Konjunkturen der Feindbildpflege der deutschen Öffentlichkeit zu stehen kam. Heute gilt sie als „Rußland-Versteherin“, als wäre das ein Vorwurf und nicht die Voraussetzung, um sich qualifiziert über dieses Land zu äußern. Auch über die Feststellung, daß Rußland heute dämonisiert werde und daß dies gefährlich sei, muß man nicht streiten. Gabriele Krone-Schmalz hat mit ihrem Buch „Eiszeit“ eine Fleißarbeit geleistet, die ihre Schrift noch für lange Zeit zum unentbehrlichen Nachschlagewerk für all jene machen wird, die sich mit dem Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen beschäftigen: Sie hat sich – nach Kenntnis des Rezensenten als erste – tatsächlich einmal die Mühe gemacht, das unübersichtliche Konvolut der über Wikileaks an die Öffentlichkeit gelangten US-Geheimdeschen im Detail durchzuarbeiten. Und was sie an Beispielen diplomatischer Doppelzüngigkeit und verlogener Informationspolitik zutage fördert, sprengt den Rahmen dessen, was man in einer Buchbesprechung referieren könnte. Da hilft nur Nachlesen. Mit einer geradezu bewundernswerten Sachlichkeit entwirrt sie Details von Rüstungskontrollverhandlungen, die auch der halbwegs eingearbeitete Beobachter schon wieder vergessen hat, zumal ja ohnehin nichts dabei herausgekommen ist. Sie zeichnet Schritt um Schritt nach, wie USA und NATO russische Kooperationsangebote ignoriert oder nachträglich desavouiert haben – etwa in der Auseinandersetzung um den amerikanischen „Raketenabwehrschirm“. Der kann – das macht Krone-Schmalz mehr als deutlich – kaum gegen eine Bedrohung aus dem Iran gerichtet sein, die es (zumindest: noch) gar nicht gibt, desto eher aber gegen die russische Zweitschlagskapazität. Wer aber

den Zweitschlag des unterstellten Gegners unmöglich machen will, der strebt nach der Fähigkeit zum Erstschlag. Gabriele Krone-Schmalz schildert dies alles minutiös, untermauert mit Hunderten von Quellenachweisen, die der Verlag übrigens, da viele davon aus dem Internet stammen, als separate Datei mit Hyperlinks zum Download anbietet, um die Nachprüfung ihrer Thesen zu erleichtern. Ein ausgesprochen begrüßenswertes Verfahren, das sich andere Verlage zum Vorbild nehmen sollten. Obwohl Krone-Schmalz über 200 Seiten eine konsequent verfolgte westliche Eskalations- und Ausgrenzungspolitik gegenüber Rußland beschreibt, erweckt sie auf den letzten 30 Seiten ihres Buches den Eindruck, das müsse alles gar nicht so sein, nimmt also ihre eigenen Ergebnisse nicht ernst. „Liegt das alles nur an der Paranoia der anderen? Könnte man (...) nicht auch mal auf den Gedanken kommen, am eigenen Verhalten etwas zu ändern?“ redet sie der westlichen Politik wie eine Paartherapeutin ins Gewissen. Sie stellt fest, mit welchem Nachdruck sich der Westen gegen Rußland positioniert, und fragt, ob das alles wirklich unvermeidbar sei. Selbst der gesunde Menschenverstand muß als Argument herhalten: „Gibt nicht normalerweise der Klügere nach? Wir halten uns doch eindeutig für die Klügeren, die moralisch Überlegenen, oder nicht?“ An dieser Stelle merkt man: Krone-Schmalz bewegt sich nicht aus dem Bezugsrahmen des nationalen „Wir“ heraus, sie interpretiert ihn nur anders als der Mainstream. Ihr Vorbild ist eingeständenermaßen die sozialdemokratische Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre, die Bahrsche Strategie des „Wandels durch Annäherung“. So ließe sich doch die Demokratisierung Rußlands viel besser bewerkstelligen als durch Konfrontation, die – da hat die Autorin wiederum recht – in Rußland auch nur Wasser auf die Mühlen der Mißtrauischen leite und die inneren Verhältnisse des Landes verhärtete. Um das berühmte Wort des DDR-Außenministers Otto Winzer zu variieren: Krone-Schmalz geht es um einen

Regime-Change auf Filzlätschen. In der Überzeugung, der Westen habe die Berufung, Rußland nach seinen Vorstellungen und Werten umzugestalten, unterscheidet sie sich nicht von dem US-amerikanischen Messianismus. Den kritisiert sie an anderer Stelle als plump und gefährlich, aber eben auch nur als das. Rußland einfach in Ruhe zu lassen, geht auch für sie nicht.

Gleichwohl: Die Stärke, die diesem Buch nicht zu nehmen ist, ist die Fülle des aufgearbeiteten Materials. Wer gerne mit Fakten argumentiert und diskutiert, der sollte das Buch lesen!

Reinhard Lauterbach (jW)

Gabriele Krone-Schmalz: *Eiszeit. Wie Rußland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist.* C. H. Beck, München 2017, 304 Seiten, 16,95 €



► Unser Zeichen ist die Sonne ...

Mitsingeveranstaltung der „RotFuchs“-Singegruppe mit Hartmut König (weitere Teilnehmer und Aktivisten aus der Singebewegung der DDR sind eingeladen)

Freitag, 20. April, 16.30 Uhr

Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1 (Bürogebäude), 10243 Berlin

► Diese Welt wolln wir uns mal von nah besehn

Konzert zum 120. Geburtstag von Hanns Eisler
Teilnehmer: Brecht-Eisler-Koor, Brüssel; Erich-Fried-Chor, Ernst-Busch-Chor und Hans-Beimler-Chor, Berlin

Sonntag, 22. April, 16 Uhr,

Kammermusiksaal der Philharmonie, H.-v.-Karajan-Straße 1, 10785 Berlin

► RF-Festveranstaltung zum 200. Geburtstag von Karl Marx

- Vortrag von Prof. Dr. Götz Dieckmann
- Die wilden Lieder des jungen Marx. Berliner Premiere des neusten Programms der Bremer Gruppe „Die Grenzgänger“

Freitag, 18. Mai, 16 Uhr,

Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1 (Bürogebäude), 10243 Berlin

Vom Schlaraffenland und meinen Träumen

Als Kind war mein liebster Ort das Dorf mit der immer gütigen Tante, die das schmalbrüstige Stadtkind in den Ferien nach dem Krieg mit frischer Milch, Bratkartoffeln, Speck und saftigen Birnen aufpäppelte. Und es war der Duft der Pferde vor dem Wagen, wenn wir das Heu hochge-
türmt einfuhren.

Später habe ich viele wunderbare Plätze kennengelernt. Ich schwärme noch heute von der seidenweichen von Zitrusdüften gesättigten Luft Zyperns, dem durchdringenden Zikadenton in der Weite der abenddurchglühten Sahara, den tiefhängenden wechselnden Wolken über liladunklem schottischem Hochland, der in der Ferne im Lößstaub sich verlierenden chinesischen Mauer, den mit Adonisröschen besäten Hängen an der Oder, dem ruhig fließenden Strom. Und immer habe ich den starken Zug der Ostsee gespürt. Ich mag die See, wenn sie strahlend blau am Ende des vertrauten Birkenweges wie in einem Fenster auftaucht, sie gefällt mir, ob sie nun auf schmalen Sandstrand die Füße umspielt oder ob mich ein starker Wind beutelt und mit Gischt übersät. Ist das Schlaraffenland dabei?

August Heinrich Hoffmann von Fallersleben schrieb darüber:

*Und von Kuchen, Butterwecken,
sind die Zweige voll und schwer;
Feigen wachsen in den Hecken,
Ananas im Busch umher.
Keiner darf sich mü'h'n und bücken,
alles stellt von selbst sich ein
Oh, wie ist es zum Entzücken,
ei, wer möchte dort nicht sein!*

Ich nicht. Und das gibt es auch nicht, dieses Land, wo dem Faulen die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Wäre es erstrebenswert, dort zu leben? Bin ich nicht glücklich, wenn ich ein Ziel erreicht, eine Aufgabe gemeistert, mich mit Gleichgesinnten ausgetauscht habe?

Ich bin nicht naiv und weiß, es gibt Leute, die sich verhalten, als hätten sie alle Reichtümer der Welt gepachtet, als stünde es ihnen zu, sich auf Kosten anderer zu mästen. Wenn sich dann noch nicht selten Kapital mit Macht paart, werden sie unersättlich. Kommt Dummheit dazu, entsteht eine gefährliche explosive Mischung.

So weit haben Hoffmann von Fallersleben und andere sicher nicht gedacht, wohl aber Karl

Marx und Friedrich Engels, die schon vor langer Zeit die Zusammenhänge durchschauten und Trump noch nicht einmal kannten. Also nicht Schlaraffenland als gewünschter Ort, nicht einmal im Urlaub! Ja, wohin dann? Ernst Busch und Hans Eisler hatten eine Vision, mein Chor hat sie auch, wenn wir singen:

*Es soll nunmehr ein Lied gesungen werden,
das Kunde bringt von einer neuen Zeit,
und einem wunderbaren Land auf Erden,
das leuchtend stieg aus der Vergangenheit.*

*Wo ist das Land, das Wunderland gelegen,
von dem das Volk in seinen Liedern singt.
und was gereichte diesem Land zum Segen,
das aller Welt so frohe Botschaft bringt?*

*Nicht in der Ferne sehn das Land wir liegen,
in unserm Herzen liegt's, in unsrer Hand;
hier liegt es, bis es leuchtend uns entstieg.
In jedem Land liegt solch ein Wunderland.*

*Laßt von dem Land, dem Wunderland uns
singen,
das sich vor allen Ländern glücklich preist!
Und gute Taten gilt es zu vollbringen,
daß dieses Land auch einmal Deutschland
heißt.*

Edda Winkel

Fertig zum Versand

Ca. 5 Millionen „RotFuchs“-Seiten werden jedes Jahr gedruckt, verpackt, verschickt ...



Maxim Gorki zum 150. Geburtstag

Sturmvogel der Revolution

Der französische Dichter Anatole France sagte 1905: „... Gorki gehört nicht nur Rußland, sondern der Welt!“ Er hatte recht. Für Gorkis Größe war selbst das riesige zaristische Rußland zu klein. Alle mußten ihn kennen, alle mußten seine Stimme vernennen! Denn Gorkis große, selbstgestellte Aufgabe bestand darin, „der Geburtshelfer des Neuen und der Totengräber der alten, verfaulenden Welt der Menschausbeuter zu sein“. Der Beginn seiner literarischen Tätigkeit ist nicht zu trennen von der proletarischen Bewegung in Rußland. Er erkannte die zukunftsweisenden, entscheidenden Züge der Arbeiter. Er sah das Proletariat als Sieger. Enge Freundschaft verband ihn mit Lenin. Seine Einstellung zum Proletariat und dessen Zukunft aber ist entscheidend für die neue sowjetische Literatur und deren Methode, den sozialistischen Realismus. Als klassische Werke des sozialistischen Realismus gelten sein Roman „Die Mutter“ und sein Schauspiel „Die Feinde“.

Gorki gestaltete auch in seinen Märchen die wesentlichsten Konflikte seiner Zeit. So schilderte er uns z. B. in der Gestalt des „Danko mit dem brennenden Herzen“ aus der Erzählung „Die alte Isergil“ einen glühenden Kämpfer für das Volk, der uns unsere ganze Liebe abnötigt. Wie erbärmlich wirkt dagegen Larra, der Kämpfer für sich selbst, den man in Wirklichkeit so häufig antraf und zum Teil noch antrifft! Oder nehmen wir das „Lied vom Falken“: Hier veranschaulicht uns Gorki in der Gestalt des Falken den zu Tode verwundeten, doch vom edlen Kampf beseelten nimmermüden Revolutionär im Vergleich zur Natter, dem Typ des feigen, bequemen, beschränkten und selbstzufriedenen Kleinbürgers. Und in dem „Lied vom Sturmvogel“ bringt uns Gorki als Vergleich für die revolutionär gestimmten Volksmassen das Bild des tobenden Meeres. Während sich die dummen und feisten Pinguine vor Angst verkriechen, ruft der stolze Sturmvogel, der Verkünder der nahen Revolution: „Immer stärker, tobe Sturmwind!“ Und Gorki selbst wurde der „Sturmvogel der Revolution“ genannt.

Es nimmt daher nicht wunder, wenn alle Werke in kurzer Zeit zu Welterfolgen wurden. Die Proletarier des In- und Auslandes lasen seine Bücher wie Offenbarungen. Sie lernten aus ihnen den Weg zu Glück und Freiheit.

Er selbst war ein leidenschaftlicher Leser, der sich seine Qualitätsmaßstäbe erst erarbeiten mußte. Viele Werke befriedigten ihn jedoch nicht, denn er verglich unwillkürlich jedes Buch mit der ihn umgebenden Wirklichkeit und erkannte die Verlogenheit falscher Romantik. Um so ergriffener war er, als er in einem echten Buch, in dem Roman „Eugénie Grandet“ von Balzac, gleichsam ein Stück eigenen Lebens wiederfand. So ein Buch schien ihm ein Wunder, und er wählte in Zukunft seine Lektüre sorgfältig aus. Nun lernte er außer Balzac auch Flaubert, Puschkin und Gogol, Walter Scott und Beranger,

die Märchen von Hans Christian Andersen und die Fabeln von La Fontaine kennen. Die Liebe zum Buch wurde immer größer; denn er erkannte, daß man aus jedem guten Buch Wahrheit und Wissen schöpfen kann. Alexej Maximowitsch las in einer Zeitschrift, daß der berühmte englische Gelehrte Michael Faraday ein Arbeiter gewesen

Menschen das Recht auf Bildung besitzen sollten. So beschaffte er sich einen Revolver und schoß sich in die Brust. Er behielt davon zeitlebens eine kranke Lunge. Doch über die Verzweiflung triumphierte die Erkenntnis, daß man als Revolutionär die Welt verändern muß, und er fand als Schriftsteller seinen Platz in der vordersten Reihe



Maxim Gorki

Gemälde: Boris Grigorjew (1926)

war und neben seiner Tätigkeit in einer Buchbinderei physikalische Vorlesungen besucht hatte. Ferner erfuhr er, daß auch Stephenson, der Erfinder der Lokomotive, ein Arbeiter gewesen war. Das bestärkte ihn in seinem Verlangen, selbst studieren zu können. Alexej Maximowitsch versuchte alles, um an die Universität und die Studenten heranzukommen. Er trug Brötchen aus, arbeitete als Hauswart und als Gärtner, freundete sich mit einigen Studierenden an, fand auch Zugang zu ihren geheimen Zirkeln, erfuhr von Hegel und Marx, doch die Tore der Universität blieben für ihn, den Proletarier, verschlossen. Er verfiel in eine schwere Krise und wollte sich das Leben nehmen. Als Grund dafür nannte er die „Zahnschmerzen im Herzen“, die der Dichter Heinrich Heine „erfunden“ hatte. Mit jenen Zahnschmerzen meinte Alexej Maximowitsch nichts anderes als das bohrende Gefühl der Ungerechtigkeit, das er darüber empfand, daß nur die reichen

der Kampffront des Proletariats. Er wollte, daß alle Armen sehend würden wie er. Und so entstanden zuerst Erzählungen und Märchen, dann Romane und Schauspiele. Bald fiel sein Talent auf, und seine großen Zeitgenossen Leo Tolstoi, Anton Tschechow und Wladimir Korolenko unterstützten ihn mit schriftlichen und mündlichen Ratschlägen. Gorki wuchs über seine Lehrmeister hinaus und wurde zum Begründer der neuen Literatur des sozialistischen Realismus.

Seine wichtigsten Werke, außer den obengenannten, sind die autobiographische Trilogie „Meine Kindheit“, „Unter fremden Menschen“, „Meine Universitäten“ (1938–1940 von Mark Donskoi großartig verfilmt!), ferner die Romane „Foma Gordejew“, „Das Werk der Artamonows“, „Das Leben des Klim Samgin“ sowie die Dramen „Nachtasyl“ und „Jegor Bulytschow und die anderen“, „Dostigajew und die anderen“ und „Somow und andere“.

Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspressagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichten wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt (und für uns) war.

Prof. Igor Markevitch (1912–1983)
Dirigent, Italien

Seit vielen Jahren bin ich dem Kultur- und Musikleben der Deutschen Demokratischen Republik verbunden – und das mit Anerkennung und Herzlichkeit. Immer wieder konnte ich am Pult Ihrer hervorragenden Orchester stehen, die internationalen Ruf genießen. Ich denke dabei an das Berliner Rundfunksinfonieorchester, an die Dresdner Staatskapelle vor allem, an das Gewandhausorchester – um einige zu nennen. Ihnen allen gehört meine Zuneigung und große Wertschätzung, weil ich jedesmal eine Gemeinschaft prächtiger Musikerpersönlichkeiten, alle einem hohen künstlerischen Ziel verbunden, erlebte. Und nicht nur bei den Musikern selbst empfand ich die schöpferisch-intensive Aufgeschlossenheit, die das Musizieren zur Freude, zum Genuß werden läßt. Auch Ihr Publikum ist von großer Reife und würdigt die künstlerischen Bemühungen. Hierin spürt man, welchen Platz die Kunst im Alltagsprogramm der Menschen hat. Davon konnte ich mich auch überzeugen, als ich 1975 ein Seminar für Orchesterdirigieren während des Internationalen Musikseminars der DDR in Weimar leitete.

Seit 1948 befasse ich mich immer wieder mit der Leitung von Dirigierkursen, unter anderem in Salzburg, Mexiko, Spanien, Monte Carlo. Aber was ich an künstlerischem Ernst, an Verantwortung für den Dirigentennachwuchs in Weimar erlebte, war beispielhaft. Es ist auch zu bewundern, daß junge Dirigenten in der DDR echte Perspektiven haben und viele, auch die kleinsten Orchester, mit einem so großen Radius arbeiten.

Konzerte für Schulen im Lehrplan, für Arbeiter, in Kulturhäusern auf dem Dorfe und in kleinen Orten sind wahrlich eine wunderbare Sache und ein Zeichen, wie vielseitig man sich bemüht, vielen Menschen die Schönheit der Musik zu erschließen. Die zahlreichen beeindruckenden Begegnungen mit den lebendigen Kulturtraditionen der DDR regten mich vor Jahren an, die Schulklasse meines Sohnes Oleg in einem kleinen Bus zu einer „Kulturreise“ nach Weimar, Dresden, Leipzig, Berlin einzuladen. Und die unvergeßlichen Eindrücke, die Begeisterung der dreißig Schüler nach ihrer Rückkehr waren für mich die schönste Belohnung.

Prof. Werner Egk (1901–1983)
Komponist, BRD



Wenn ich in aller Kürze zusammenfassen soll, was mich als Opernkomponisten in der DDR besonders beeindruckt hat, denke ich in erster Linie an die Vielzahl von starken Persönlichkeiten, welche die Oper dort geprägt haben. Gemeinsam ist allen der Respekt vor dem Kunstwerk und die Respektierung des Publikums, für das sie arbeiten. Eine ganze Generation von Regisseuren ist inspiriert, geformt und gefordert von der großen Erscheinung Felsensteins – auf dem Weg zur Weltgeltung.

Die Übernahme der Komischen Oper durch Joachim Herz als Nachfolger Walter Felsensteins erwies sich als Glücksfall. Seine erste Inszenierung im neuen Haus, die Einstudierung der Oper „Mahagonny“, bestätigte das ungewöhnliche analytische Vermögen, die Aussagefähigkeit und Aussagekraft des neuen Mannes und seine unerschöpfliche szenische Phantasie. Der Operndirektor der Dresdener Staatsoper Harry Kupfer enthusiastierte kürzlich in Bayreuth mit seinem „Holländer“ das Publikum und überwältigte mich durch eine stupende Fähigkeit der Übersetzung der groß gesehenen Visionen des Werkes in die Wirklichkeit der Bühne. Die Inszenierung meiner Oper „Peer Gynt“ in dem prachtvollen neuen Leipziger Opernhaus (1977) durch den Chefregisseur der Deutschen Staatsoper, Professor Erhard Fischer, begeisterte Autor und Publikum durch eine ungewöhnliche, neue, dem Werk aber sinnvoll angemessene szenische Gestaltung.

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß die „Genieliste“ damit nicht vollständig ist, ich spreche nur von Regisseuren, die ich unmittelbar erlebt habe.

Viele persönliche Erfahrungen, die ich bei Besuchen oder Gastspielen in der DDR gemacht habe, sind in meinem Gedächtnis festgehalten. In Erinnerung an meine „Abraxas“-Einstudierung an der Komischen Oper (1966) schrieb ich damals: „Hier ist alles anders als an den meisten Theatern, die mir bekannt sind. Hier gibt es keine Hierarchie, der Chef ist kein in den Wolken thronender Halbgott, sein Büro kein von Vorzimmerengeln abgeschirmtes Heiligtum. Von sich aus respektiert jeder, der an diesem Theater arbeitet, die ungeheuerliche Arbeitsleistung von Walter Felsenstein.“ Sehen konnte man, daß der von der Welt bewunderte Regisseur so bescheiden war, bescheiden wie jedes echte Genie.

Prof. Preben Kirkegaard
Präsident des Internationalen Verbandes der Bibliothekarvereine, Dänemark

Als ich nach dem Kriege zum erstenmal nach Berlin kam, wollte ein Freund mir ein kleines Café zeigen, in dem er als Student oft gegessen hatte. Dieser Freund hatte Anfang der dreißiger Jahre an der Humboldt-Universität studiert. Hernach, als Hitler an die Macht kam, ist er zweimal verhaftet worden, und schließlich hat er es vorgezogen, doch lieber nach Dänemark zurückzukehren.

Ja, und nun, Anfang der fünfziger Jahre, als wir beide wieder in die Nähe der Humboldt-Universität kamen, erinnerte sich mein Freund also an sein kleines Café, in dem er oft ein bitterlich schmeckendes Getränk, die Berliner Weiße, getrunken hatte. Er versicherte mir, das Café müsse sich hinter der Universität befinden. Aber wo? Wir irrten kreuz und quer durch gespenstisch dunkle Straßen. Ruinen ausgebrannter Häuser ragten auf. Vierbeiner huschten über den Weg, und aus den Ruinen erfolgte uns der Katzenjammer. Als wir schließlich auf ein fließendes Gewässer stießen, gab mein Freund die Suche auf. Die von ihm angepriesene Berliner Weiße haben wir am nächsten Tag irgendwo anders getrunken.

Unlängst, als ich wieder einmal in Berlin war und im Hotel „Unter den Linden“ wohnte, geriet ich bei einem Abendspaziergang unversehens in die gleiche Gegend, in der wir seinerzeit das unauffindbare Café gesucht hatten. Aber wie anders war die Stimmung! Alte Bauwerke fand ich sorgfältig restauriert, junge Pärchen flanierten vorüber, im Wasser vom Kupfergraben, an dem wir damals unsere Suche abgebrochen hatten, widerspiegelte sich das Licht der Straßenlampen. Seinerzeit, als wir in der gespenstischen Ruinenlandschaft umherirrten, war die Deutsche Demokratische Republik in der ersten Phase ihrer Entwicklung, jetzt geht sie auf ihren dreißigsten Jahrestag zu. Es ist unübersehbar, daß sich mittlerweile das Gesicht des Landes sehr stark verändert hat.

Als Präsident der IFLA fühle ich mich natürlich meinen Bibliothekarkollegen besonders eng verbunden. Als alte Bibliothek in neuem Haus habe ich die Berliner Stadtbibliothek kennengelernt. Eine Bibliothek mit hochmodernem Service, die außer ihrem sehr umfangreichen Buchbestand auch eine Phothothek und eine Artothek in sich vereinigt. Ich freue mich über diese schöne, zweckmäßige Bibliothek, und ich freue mich auch darüber, daß es gelungen ist, eine gute Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Bibliotheken einerseits und Volksbibliotheken andererseits durchzusetzen.

► Das „RotFuchs“-Jahresinhaltsverzeichnis 2017 kann ab sofort beim Vertrieb unter Tel. 030/53 02 76 64 oder per E-Mail an vertrieb@rotfuchs.net angefordert werden.



Noch immer tragen die meisten die Burka, Symbol der Unterdrückung: Frauen im afghanischen Jalalabad stehen bei einer Lebensmittelausgabe für Bedürftige an.

Foto: Parwiz/Reuters

Frauensleut'

Wofür hat unser Herrgott die Frauensleut'
gemacht?

Pudding kochen, Kindchen kriegen,
hübsch garniert im Eh'bett liegen,
Springers dumme Blätter lesen,
Morgenstund mit feuchtem Besen,
neues Spüli ausprobieren,
mit den Kindern exerzieren,
Arbeitstier und Unterleibchen,
halb ein Mensch und halb ein Weibchen.
Und im tiefsten Herzen wissen:
Irgendwer hat sie beschissen.

Denn so ist die Ordnung:

Erstens. Die Frau erfrischt ihren Mann,
daß er abends was hat, wo er auch mal treten
kann –

wie ihn der Unternehmer.

Zweitens. Die Frau ihr Mann bringt sich um
für den Konsum
in der freien Wirtschaft.

Drittens. Die Frau hilft sparen, von ihr
werden die Kinder erzogen. Der Staat ist dafür,
kost' ihn ja nix!

Viertens. Die Frau soll lernen, aber nicht zu doll,
weil sie auch die Kinder anlernen soll,
für den Kapitalismus.

Fünftens. Die Frau hat ihren Platz in der Familie,
sonst knallt's!

Sechstens. Sie ist höflich gebeten, sich sexuell
zu befreien,

um so weniger merkt sie
ihre verzweifelte Lage, das stärkt sie
für die Sozialpartnerschaft.

Siebtens. Die Frau führt den Haushalt in eigener
Verantwortung. Sie ist berechtigt,
erwerbstätig zu sein, soweit dies
mit ihren Pflichten in
Ehe und Familie vereinbar
ist. (Paragraph 1356 des Bürgerlichen
Gesetzbuches)

Also, wenn mal eine größere Anschaffung kommt:
Stumpf an der Maschine drehen
oder tausend Kragen nähen,
bestenfalls noch Briefchen tippen,
zwischendurch am Kaffee nippen,
über dir die große Leiter,
Männer, Männer undsoweiter,
schlechtere Bezahlung kriegen,
wenn es hart auf hart geht, fliegen
und im tiefsten Herzen wissen:
irgendwer hat dich beschissen.

Denn so hat unser Herrgott die Frauensleut'
gemacht.

Nützlich sind sie
wie Ameisen, Würmer und Bienen, weil
sie leisten im stillen ihr Teil
und dienen
erstens zu billiger Verrichtung
in Industrie und Gewerbe,
zweitens als Lückenfüller
in Zeiten der Konjunktur,
drittens zum Drücken der Löhne der Männer,
mit denen sie leben,
viertens dienen sie überhaupt,
außer sich selber.

Denn so hat unser Herrgott die Frauensleut'
gemacht.

Doch scheint's, er hat bei alledem
an eine nicht gedacht:
Die Elly Schmidt
kämpft Seit' an Seit'
mit ihrem angetrauten Mann,
und abends versorgt er die Kinder, wenn sie
Versammlung hat oder sonst nicht kann.
Denn schließlich, es geht um gleichen Lohn
und besseren Lohn,
Kinderkrippen, Kindergärten,
Ganztagsschulen,
Mitbestimmung in Schule und Fabrik und Politik
und gegen

Mietwucher, Preisanstieg, Profitwirtschaft,
gegen Sozialpartnerei,
gegen den Rüstungsplunder,
gegen die falsche Verwendung des Reichtums,
den wir alle schaffen.

Und darum weiß die Elly
und weiß es auch ihr Mann,
was man aneinander im Kampfe haben kann,
das macht, sie sind nicht nur Mann und Frau,
sie sind auch Genossen seit je
in einer marxistischen Arbeiterpartei,
also nicht in der SPD.

Dieter Süverkrüp (1972)



Bei der Restaurierung
des Wandbildes am
Dresdner Kulturpalast

Zum Internationalen Frauentag

Erinnern Sie sich? Den 8. März als Internationalen Frauentag haben wir Frauen der Deutschen Demokratischen Republik immer feierlich und fröhlich begangen. Insbesondere an diesem Tag wurde uns öffentliche Wertschätzung entgegengebracht, wurden unsere hervorragenden Arbeitsleistungen in Politik, Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, in Kunst und Kultur und vielen anderen Bereichen mit hohen staatlichen Auszeichnungen gewürdigt. Denn wir waren anerkannt, gleichberechtigt, stolz auf unsere Leistungen, traute uns was zu – und man traute uns etwas zu. In den Arbeitskollektiven wurde gefeiert, und neben den staatlichen Auszeichnungen erhielten wir Frauen oft auch Buchpräsentate als Auszeichnung. Und so steht auch in meinen Bücherregalen Literatur mit dem Einkleber „Wir gratulieren Dir zum Internationalen Frauentag ...“ Einige von den Schriftstellerinnen waren selbst auch Trägerinnen hoher staatlicher Auszeichnungen, und ich bin stolz darauf, diese Bücher zu besitzen.

Erinnern Sie sich z. B. an diese Namen und diese Titel: Elfriede Brüning: Partnerinnen / Roswitha Geppert: Die Last, die Du nicht trägst / Dorothea Kleine: Das schöne bißchen Leben / Eva Lippold: Haus der schweren Tore / Irene Oberthür: Mein fremdes Gesicht / Helga Schubert: Judasfrauen / Karin Simon: Drei Häute aus Eis / Gisela Steineckert: Gesichter in meinem Spiegel / Ruth Werner: Sonjas Rapport / Christa Wolf: Medea / Inge von Wangenheim: Station 5

Die Aufzählung ist natürlich unvollständig. Viele sind ungenannt, aber nicht unbekannt. Als Leserin habe ich in diesen Büchern die ganze Palette des menschlichen Daseins mit all seinen Höhen und Tiefen gefunden. Die Geschichten waren aus dem wirklichen Leben entstanden, und die Leserin konnte sich mit vielen Handlungssträngen identifizieren. Und zog daraus auch Kraft, mit den Problemen des eigenen Lebens fertig zu werden. Starke Frauen haben diese Bücher für und über starke Frauen geschrieben. Es sind wertvolle Bücher, keine Wegwerf-Massenproduktion, und ich greife mitunter nach diesem und jenem Buch und erinnere mich an vergangene Zeiten, an verlorene Illusionen, an Siege und Niederlagen und finde so in diesem Spiegel auch mein eigenes Leben.

Ich dachte, daß es ein guter Zeitpunkt wäre, zum Internationalen Frauentag an Schriftstellerinnen des Staates DDR zu erinnern, die ihren Leserinnen ein umfängliches Werk hinterlassen haben, welches auch nachfolgenden Generationen noch viel Stoff zum Nachdenken bietet.

Neuester Anlaß, zu einem dieser Bücher zu greifen, war der im Feuilleton des

Januar-„RotFuchs“ erschienene Beitrag „Hand aufs Herz“ von Gisela Steineckert. Ihre seit Januar 2014 Monat für Monat hier veröffentlichten Beiträge sind tiefgründig, nachdenklich, ehrlich wütend und traurig – und sie sind eine Bereicherung für die Leserinnen und Leser. Diese Schriftstellerin und Lyrikerin



Grafik aus „The Peoples Voice“, Kanada

rin begeistert ihr Publikum noch immer mit alten und neuen Texten. Sie ist unermüdlich unterwegs, obwohl sie nicht mehr die Jüngste ist. Wer ihren Veranstaltungskalender des ersten Quartals dieses Jahres liest, kann nur staunen.

An ihr Leben und vor allem ihr gesamtes künstlerisches Schaffen zu erinnern, betrachtete ich als Hommage für alle Schriftstellerinnen der DDR.

Gisela Steineckert hat neben allgemeinen Texten vor allem Liedtexte für Interpreten der DDR geschrieben. Bekannt gemacht haben sie Sängerinnen wie Angelika Neutschel, Veronika Fischer oder Sänger wie Frank Schöbel, Dirk Michaelis und Jürgen Walter. Mit letzterem, für den sie um die 400 Titel geschrieben hat, und mit Dirk Michaelis ist Gisela Steineckert oft zu Konzert-Lesungen unterwegs und findet immer ein aufgeschlossenes, begeistertes Publikum.

Wenn ich behaupte, daß fast jede Familie in der DDR die LP „Weihnachten in Familie“ mit Frank Schöbel und Aurora Lacasa im Schrank hat oder zumindest einige Lieder daraus kennt, ist das vielleicht nicht übertrieben. Der Text stammt von Gisela Steineckert. Diese LP wurde millionenfach verkauft, auch in der damaligen Bundesrepublik.

Wer kennt nicht das Kinderlied „Komm, wir malen eine Sonne ...“, gesungen von Frank Schöbel? Auch dieses Lied ist von ihr.

Dieter Birr, der Sänger der Puhdys, gehört neuerdings zu den Interpreten ihrer Texte. Der Song „Vor dem Krieg“ geht unter die Haut. Ihr Text „Der einfache Frieden“ ist zu einem Volkslied geworden. Das ist überhaupt ihr Thema! Krieg und Frieden, die Beziehungen zwischen den Menschen und den Völkern dieser Welt treiben sie um. Sie ist eine Mahnerin und plädiert heißen Herzens für gegenseitige Verständnis und Toleranz.

Neben der umfangreichen Liedtext-Sammlung gibt es da auch noch die Mitarbeit an Filmen der DDR wie z. B. „Auf der Sonnenseite“ oder „Die sieben Affären der Doña Juanita“.

Ihre Bücher und Gedichtbände wie „Das Schöne an den Männern“, „Das Schöne an den Frauen“, „Und mitendrin das dumme Herz“ oder „Aus der Reihe tanzen – Ach Mama. Ach Tochter“ sind einzigartig. Kein Wunder, daß sie schon in der DDR hoch geehrt wurde. Betrachtet man ihr Gesamtwerk, meint man, sie müßte Tag und Nacht gearbeitet haben.

Gisela Steineckert war und ist noch immer nah an den Menschen, in der DDR oft bei den jungen Leuten in den Anfängen der Singebewegung, wie z. B. dem Oktoberklub, denen sie mit Rat und Hilfe zur Seite stand. Daraus hat sie vielleicht auch manche Inspiration für die vielen Liebeslieder bekommen, die sie geschrieben hat.

Sie war aktiv gesellschaftlich tätig, viele Jahre als Präsidentin des Komitees für Unterhaltungskunst der DDR. Manchem Interpreten hat sie auf die Bühne geholfen. Ich schätze sehr, daß sie sich nicht abgewendet hat von ihrem Leben und Wirken in der DDR. Sie ist parteilich geblieben, parteilich im Sinne eines Standpunktes, parteilich im Sinne von Einmischung, wenn es darum geht, den Finger in die Wunde zu legen, parteilich im Sinne der internationalen Solidarität mit den Schwachen, Ausgegrenzten, Flüchtlingen. Sie ist sich selbst treu geblieben.

Sozusagen als gemeinsames Credo für alle Frauen und Männer zum Internationalen Frauentag möchte ich den letzten Vers des Gedichts „Das Schöne an den Frauen“ von Gisela Steineckert zitieren:

Frauen können sich gelingen
wenn man sie läßt
wenn Mann sie läßt
wenn man sie in Frieden läßt
wenn Mann sie im Frieden läßt.

Herzlichen Glückwunsch allen Frauen!

Erinnern wir uns an die schönen Dinge des Lebens! Aber auch daran, daß der weltweite Kampf der Frauen um ihre Gleichbehandlung, ihre Gleichberechtigung gar, noch lange nicht abgeschlossen ist.

Waltraud Käb, Berlin

Gisela Steineckert – Hand aufs Herz

Ein schönes Wort habe ich gehört. Ein lange vermißtes, das sich gerade gefallen lassen mußte, in eine Ecke abgeschoben zu werden, wo sonst nur die alten Besen hingelangen. Was für ein schönes Wort. Es setzt sich zusammen aus *Sammlung* und *Bewegung*. Bei mir weckt es die Vorstellung von Inhalten und dann Aufbrechen. Ja, wir werden uns treffen, um wieder einmal aneinander und miteinander klüger zu werden, uns auszuhalten, zu widerstehen, ins Wort zu fallen und mit Lust zu widersprechen. Dem Gedanken zuliebe, der alles enthält, was die derzeitigen grauen Gemüter wieder mit Frische füllen könnte. Eine *Sammlungsbewegung*, das wäre es. Wäre das mögliche Ende von Knietisch und Knatsch, Postengejage, von übertreibendem Egoismus und hochgehetzter Sorge um die eigenen Beete, ebenso wie ein Riß durch die Liste mit den Namen aller, die man sowieso nicht akzeptiert.

Ich glaube nur nicht, daß derzeit der Run auf die Schuhschränke begonnen hat: daß die Füße der Menge bereit sind, in die abgelatschten Schuhe zu schlüpfen, um ja nicht Treffpunkt und Uhrzeit für einen großen Beginn zu verpassen. Dazu müßte jedes einzelne Individuum aufblicken, aufblicken können von dem eigenen Alltag und den Plänen für seine nächste Etappe. Jetzt ist es so, wie es einigen wenigen Entscheidern vorgeschwebt hat. Was sich daraus entfaltet hat, geht jeden einzelnen Menschen an. Auch den, der früher unzufrieden auf Teile davon geguckt hat, bis er sich an einem bestimmten historischen Punkt alter Sorgen entledigt fühlte und die neuen noch nicht für dauerhaft möglich hielt. Es wäre schön, wenn wir wieder einmal Wörter, Begriffe denken oder sogar aussprechen würden, die derzeit in den Bereich Kitsch abgeschoben worden sind: Bewegung, sich sammeln, aufeinander zugehen, die Gedanken tauschen, edle Losungen wahrnehmen und sich vielleicht sogar um Dinge raufen, die für alle wichtig sind. Wer sind „alle“? Nun ja, die kleinen und die großen Mitbürger, die spielenden und die grübelnden, die mit dem Finger nah bei der Macht und die, die sich ausgeschlossen fühlen.

„Wenn ich könnte, wie ich wollte, dann würde ich ...“ das habe ich mit zehn Jahren gedacht, als meine Mutter mit einer Lötlampe die Wannen im Eisenbett besiegte. Ich stand daneben, ekelte mich und konnte gar nichts tun. Aber etwas in mir glaubte, oder bildete sich ein, daß ich alles ändern könnte, unser ganzes Leben auf den Kopf stellen, wenn man mich nur ließe. Meine Mutter war eine gute Ausrede, jegliche Handlung zu unterlassen. Und der alte Lehrer in der Berufsschule auch. Er leierte sein Wissen über die Befähigung von Industriekaufleuten langweilig herunter. Das gab mir gar keine Kraft, denn es interessierte mich null. Ich schaffte es mit Hilfe von Desinteresse und Verweigerung, nur versuchsweise versetzt zu werden. Und mischte doch als Sechzehnjährige mein eigenes Leben munter auf, indem ich mich mit anderen in einer Kreis genannten losen Vereinigung um die Schülerelbstverwaltung für Groß-Berlin

mühte, wir eine Schülerzeitung herausgaben, und ich mit dem später berühmten Hauptdarsteller des Films „Das kalte Herz“ aufregende Debatten über Filmkunst in die Länge zog. Damals habe ich für Lutz Moik geschwärmt, und trotzdem bin ich dabei ein Stück meines Weges streng und mit der ersten kleinen Hoffnung auf eine Zukunft gegangen. Trotz Stromsperre, Hunger und Untröstlichkeit über das so furchtbar zerstörte Berlin. Aber ich hatte die Volksbibliotheken entdeckt. Die Luft stank noch nach Brand und Leichen, und ich trug durch sie schwere Stapel von Büchern nach Hause. Lange verbotene Literatur, deren Verfasser mich immer an den nächsten, noch nicht entdeckten, weiterreichten.

„Wenn ich könnte ...“ habe ich damals gedacht, als mir ein erwachsener Mann eine andere Weltanschauung aufzwingen wollte, aus der ich ihm mit Kleinkind an der Hand entliefe. Nicht einfach, nicht einfach so, und nicht, weil ich für Alltag und Unterhalt vorgesorgt hätte. Das Vernünftige habe ich damals unterlassen: in die Illusion gar nicht erst reinzulaufen, sie nicht in mir zum Altar aufzubauen, vor dem ich dann beinahe zu lange die Augen verschloß.

Wenn ich könnte, wie ich wollte, würde ich dafür sorgen, daß manche im deutschen Bundestag als immerhin Gewählte das Maul nur dann aufmachen dürfen, wenn sie in aller Angemessenheit eine eigene Meinung äußern und sie zum Austausch anbieten wollen. Das sollten sie tun dürfen, da es sie vermutlich ein weiteres Mal ihrer Inkompetenz überführt. Ich würde mir selber nur eine einzige Wahlstimme zugestehen, denn auch die reifsten Jahre berechtigen nicht zur Amtsanmaßung. Nein, so sehr ich mir das wünsche: wir werden, in von mir noch absehbarer Zeit, einander keinen Treffpunkt zurufen, von dem aus wir eine Meile gehen, ehe wir uns ins Gras setzen und anfangen zu reden oder einstimmen in Lieder, die uns unterwegs das nächste Stück mit mehr Kraft und Lust gehen lassen. Uns werden nicht über Nacht die Ohren wachsen zu Eingängigkeit und Lust, jede Meinung erst einmal zu hören, ehe wir uns zu leidenschaftlicher Bejahung oder kraftvollem Dagegen aufrappeln.

Ich will die Füße nicht stillhalten und weiß ja, wo die Schuhe stehen, in die zu schlüpfen wäre, erinnere sogar mit Lust solche Gesichter, in die ich, mit angemessener Lautstärke, über meine Erfahrungen und Schlußfolgerungen berichten würde. Nie mehr und solange ich lebe, werde ich vergessen, wie mir jüngst zumute war, als eine hübsche Dame im Bundestag ihre schmale, tüchtige Hand die Luft zerschneiden ließ, um Hunderten von erfahrenen Erwachsenen mitzuteilen, was alles so nicht weitergehen könne und in ihrem Sinne ab sofort verändert werden müßte. Wer bist du, habe ich gedacht. Sicher eine Einserin beim Abitur und mit Auszeichnung im Studium, also in den für die Karriere entscheidenden Prüfungen. Aber das Leben, das Leben hat dir nach meinem Eindruck versagt, dich einmal, ein einziges Mal, selber in Frage zu stellen, dir einmal zuzuhören. Wo immer ich

bei der Arbeit oder im Alltag Vorschlägen von dir begegne, ich werde sie ablehnen, weil du mir zu früh geöffnet hast, was sich in Hirn und Seele als Weltanschauung bei dir niedergelassen und gefestigt hat. Du wirst niemals für mich eine Persona grata sein. Und die Partei, der du deine grelle Stimme leihst, und für die du eintrittst, die wird sich erstens nirgendwo einfinden, wo es um das Überleben der anderen geht, und zweitens wird sie sich, die ersten Anzeichen gibt es schon, sie wird sich übernehmen und im Grau abgetaner Vergangenheit verschwinden. „Ach, die“, werden wir sagen, „die haben uns damals gerade noch gefehlt.“ Sie drohten uns mit schlimmen Beispielen aus der Geschichte, an den Haaren herbeigezogen, und es lauerte neue Unbill für die ganz normalen Leute mit ihren ganz normalen Unzufriedenheiten, Sehnsüchten und jenem Schuhschrank, aus dem wir nach noch mehr Erfahrungen mit tiefem Seufzer ja doch vielleicht irgendwann ein paar jener kampfgeprobten Schuhe holen, die am ehesten passen würden, um erst mal loszugehen. Dorthin, wo andere Verstärkung erhoffen, und um uns endlich mal zu sagen, was wir tun müssen, weil wir es doch können. Vor den Weg hat die Erfahrung allerdings ein bißchen mehr Bestärkung gesetzt, eine, die uns fehlt, eine, die es aber im Leben doch geben muß.



Hier wo ich lebe, werd ich nie
und werd an keinem Tag verschont
und schein off Sisyphos
dem sich am End die Mühe wohl nicht lohnt.

... hier, wo ich lebe, will ich sein,
der aus der blassen Asche steigt
und nie der Januskopf, der nur die schöne
Hälfte zeigt.

Wie ehrlich damals, wie ehrlich gemeint!
Nein, ich glaube nicht daran, daß wir uns jetzt
sammeln. Aber irgendwann vielleicht doch.
Und dann, ihr klugen Weiber, ihr Wegbegleiterinnen,
dann werden wir ...

Gruß zum 8. März!

„RotFuchs“-Veranstaltungen im März

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 2. März um 18 Uhr spricht der Korrespondent der russischen Nachrichtenagentur Sputnik/RIA-Novosti, Armin Siebert, zum Thema **Rußland und seine Wahrnehmung in der westlichen Welt**

Ort: Liebknechtshaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

■ Regionalgruppe Teterow

Am 7. März um 16 Uhr spricht Simone Oldenburg, Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Landtag MV, zum Thema **Die Verantwortung der Fraktion bei der Durchsetzung eines sozial gerechten Lebens der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 10. März um 10 Uhr spricht Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke, zum Thema **Die Linke vor dem Leipziger Parteitag**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am 10. März um 10 Uhr spricht Prof. Dr. Helga Hörz zum Thema **Die Rolle der Frauen bei der Gestaltung einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung**

Ort: Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 10. März um 11 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema **Der „RotFuchs“ wird gebraucht. Was ist zu tun, um ihn zu stärken?**

Ort: Gaststätte „Dahlie“, Roßblauer Straße 1, 99086 Erfurt

■ Regionalgruppen Berlin Lichtenberg und Zentrum

Am 14. März um 18 Uhr spricht RA Hans Bauer, Vorsitzender der GRH e. V., zum Thema **Das Grundgesetz der BRD – wer verteidigt es?**

Ort: Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Seminarraum, 10243 Berlin

■ Regionalgruppe Suhl

Am 15. März um 17 Uhr sprechen Reiner Kotulla (Autor) und Brigitte Dornheim zum Thema **Frieden mit Rußland – Warum? Mit Rußland in kritischer Freundschaft**

Ort: Gaststätte „Suhler Weibervirtschaft“, Bahnhofstraße 1, 98527 Suhl

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 16. März um 15 Uhr spricht Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, zum Thema **Wie weiter mit der Partei Die Linke?**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt/Oder

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 20. März um 18 Uhr spricht Prof. Dr. Helga Picht zum Thema **Der Koreakrieg ist noch nicht zu Ende**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahn Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Falkensee

Am 20. März um 19 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema **Digitalisierung 4.0 – Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bürger**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe Berlin Treptow-Köpenick

Am 22. März um 16 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema **Ist China ein sozialistisches Land?**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Bernau

Am 22. März um 18 Uhr spricht das RF-Vorstandsmitglied Karl Rehbaum zum Thema **NATO, EU und Trump sind keine Friedensboten**

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16231 Bernau

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 22. März um 14 Uhr spricht die Vertreterin von „Cuba Si“ Miriam Näther zum Thema **Kuba und die linken Bewegungen in Lateinamerika im Kampf gegen USA-Imperialismus und innere Reaktion**

Ort: Kulturhaus, Puschkinplatz 3 (Konferenzzimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 22. März um 14 Uhr spricht Edmund Peltzer, Vorsitzender der Regionalgruppe Leipzig, zum Thema **Der Drang nach Osten – Aktuelles und Historisches zum Feindbild Rußland**

Ort: Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

■ Regionalgruppe Rostock

Am 22. März um 15 Uhr spricht der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Klaus Blessing zum Thema **Der 200. Geburtstag von Karl Marx und 95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 24. März um 10 Uhr spricht Eva-Maria Schreiber, Mitglied des Bundestages der Partei Die Linke und Mitglied des Ausschusses des Bundestags für Entwicklungspolitik, zum Thema **Entwicklungspolitik und politische Einflußnahme der BRD in Afrika und Lateinamerika**

Ort: Seniorenbüro, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg



Sieger nach Punkten



Als ich im vergangenen Jahr meinen 95. Geburtstag beging, freute ich mich über einen Text, den die Redaktion des „RotFuchs“ als Gratulation formuliert hatte. Zugleich erschreckte mich eben diese Formulierung auch – denn ich wurde darin zum Kommunisten geadelt. Mir fielen gleich eine Reihe von Kriterien ein, die der ehemalige Minister für Volksbildung der UdSSR, Michail Iwanowitsch Kalinin, für einen Kommunisten seinerzeit vorgegeben hatte. Da hieß es u. a., daß ein Kommunist ein hochgebildeter Mensch wäre, ein Mensch, der das Produkt seiner Arbeit immer in höchster Qualität abliefern würde, ein Mensch, der sein Ehe- und Familienleben immer sauber hielt, der ständig hilfsbereit gegenüber anderen Menschen sein sollte, der sich aktiv für Frieden und Völkerfreundschaft einsetzt usw. Diese Maßstäbe machten mich nachdenklich. Würde ich ihnen gerecht werden? Zu meinem engeren Freundeskreis gehört seit vielen Jahren auch ein Ehepaar, das den deutschen Adelstitel „von“ in seinem Familiennamen trägt. Meine Freunde teilen meine politischen Ansichten nicht in jedem Fall, aber ich bin ja kein Sektierer. So sandte ich denn ein August-Heft des „RotFuchs“ zusammen mit den Kriterien Kalinins an ihre Adresse. Und Elisabeth von W. antwortete postwendend. Sie schrieb u. a.: „Wir freuen uns für Dich über diese Auszeichnung und denken wohl, daß alle diese Kriterien, die einen Kommunisten ausmachen, bei Dir vorhanden sind. Also auch von uns: Herzlichen Glückwunsch! Wenn jemand fest zu seiner Meinung steht, ist das doch sehr anerkennenswert.“ Wen wundert’s, daß ich mich auch über diese Wertung sehr gefreut habe? **Helmut Helle, Berlin**

Zu dem Gespräch mit Stanislaw Retinskij (RF 240, S. 3)

Es ist gut, daß der „RotFuchs“ dieses Interview mit Genossen Retinskij, dem Sekretär der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik, gebracht hat. Wir müssen den Lügen, die über die Situation in der Ukraine verbreitet werden, wo immer es geht, entgegentreten. Es ist ja nicht so, daß die beiden Volksrepubliken im Osten der Ukraine einen Marsch auf Kiew planen, sondern die Kiewer Machthaber führen mit massiver militärischer und finanzieller Unterstützung des Westens eine Aggression gegen ihre eigenen Landsleute durch, die viele Opfer gefordert hat und weiter fordert. Rußland hat die Ostukraine nicht okkupiert, unterstützt aber selbstverständlich die Volksrepubliken in ihrem Abwehrkampf. Es muß auch immer wieder gesagt werden, daß die Krim nicht annektiert wurde, sondern daß die

Bevölkerung sich bei einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Rußland entschieden hat.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Carsten Hanke berichtet in einem Leserbrief (RF Nr. 239) u. a. über die im Oktober vergangenen Jahres in Berlin durchgeführte Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die als Konferenz angekündigt worden war. Seine Euphorie bezüglich Verlauf und Inhalt der von DKP, SDAJ und „RotFuchs“ getragenen Zusammenkunft teile ich allerdings nicht. Ich würde sie eher als Gedenk- oder Festveranstaltung deklarieren. Die abschließende Podiumsdiskussion im „Babylon“ beschäftigte sich ohnehin nur mit Tagespolitik.

Mit der Bezeichnung „Konferenz“ verbindet sich bei mir eine (wissenschaftliche) Tagung, an deren Ende zumindest eine Schlußfolgerung, ein Ergebnis – gewonnen aus Erfahrung, Analyse und neuen Erkenntnissen – stehen sollte, auf die man weiter aufbauen kann. Das war aber kaum möglich, denn dazu hätte es einer bereits im Vorfeld geführten breiten Diskussion bedurft. So aber ist mir nichts Neues im Gedächtnis hängengeblieben.

Gerade die Oktoberrevolution bietet aber für Diskussionen eine gute Grundlage. Dazu muß man sich jedoch stets die besonderen Umstände, unter denen sie stattfand, sowie Probleme, welche die Oktoberrevolution nicht gelöst hat bzw. nicht lösen konnte, vor Augen halten.

Als Lenin seine Revolutionstheorie entwickelte, war im russischen Volk infolge der Auswirkungen des russisch-japanischen Krieges eine erhöhte revolutionäre Bereitschaft vorhanden, die aber nicht ausreichte, um dieser Theorie zum Durchbruch zu verhelfen. Anders im Revolutionsjahr 1917. Krieg, Not, Entbehrung und zaristische Unterdrückung führten dazu, daß die revolutionäre Stimmung anschwellte und die Oktoberrevolution zum Sieg geführt werden konnte. Ganz ähnlich verliefen die revolutionären Umgestaltungen in einigen Ländern Osteuropas und Ostasiens nach dem 2. Weltkrieg. Man muß aber auch einschätzen, daß der revolutionäre Schwung in der Sowjetunion und den europäischen Volksdemokratien relativ schnell abebbte. Die Ursachen hierfür wären noch zu untersuchen.

Festzuhalten bleibt, daß die Oktoberrevolution wie auch die ihr nachfolgenden revolutionären Umgestaltungen unter außergewöhnlichen Umständen stattfanden. Welchen wechselvollen Schicksalen der Anlauf zu einer Umgestaltung der Verhältnisse aus „normalen“ Bedingungen heraus, also ohne vorausgegangene Kriege mit den unvermeidlich hohen Opfern, unterworfen ist, können wir derzeit in Lateinamerika beobachten.

Helmut Müller, Berlin

Am 19. Oktober 2017 jährte sich zum 51. Mal der Tag, an dem zwei sowjetische Militärflieger des Flugplatzes Altenburg/Nobitz mit einer MiG 21U bei einem Übungsflug nahe dem heutigen Geithainer Ortsteil Syhra tödlich verunglückten. Flugzeugführer Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow verzichteten darauf, sich rechtzeitig per Fallschirm aus der havarierten Maschine zu retten, um die Menschen im Dorf Syhra durch deren Absturz nicht zu gefährden. Die damals 43 bzw. 35 Jahre alten Piloten kamen ums Leben, da die dann noch verbliebene Flughöhe nicht ausreichte,



um die Rettungsfallschirme vollständig zu öffnen. Das ihnen zu Ehren errichtete und in die Kreisdenkmalliste als „sowjetisches Fliegerehrenmal – Denkmal aus zeitgeschichtlichen Gründen“ aufgenommene Denkmal ist jedoch seit Jahren sanierungsbedürftig. Inzwischen ist der Zustand bedrohlich für die weitere Existenz des Ehrenmals. Die Kosten für eine denkmalgerechte Sanierung werden mit ca. 6500 € veranschlagt. Der Ortsverband Geithain der Partei Die Linke und die Geithainer Stadträte der Partei, die das Umfeld des Denkmals seit vielen Jahren pflegen, bitten deshalb um Unterstützung, zumal der Erhalt einer staatlichen Zuwendung ungewiß ist. Unsere seit Dezember 2017 örtlich und in den Gliederungen der Partei Die Linke auf Bundes-, Landes- und Kreisebene bisher durchgeführte Spendensammlung erbrachte bis zum 12. Januar eine Summe in Höhe von 2860 €.

Wer mithelfen will, die selbstlose Tat der beiden Piloten durch den Erhalt des Ehrenmals nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, kann eine Spende (jeder noch so kleine Betrag hilft!) überweisen auf das Konto des Kreisverbands Westsachsen der Partei Die Linke

Sparkasse Leipzig
IBAN: DE85 8605 5592 1100 7244 15
BIC: WELADE8LXXX
Zahlungsgrund: Viktor

Bernd Gnant, Geithain

Man kann es nicht vergessen! Ich stehe hinter den Gardinen am Fenster und schaue dem ersten Schnee in diesem Jahr 2018 zu, der in großen Flocken leise aus den Wolken fällt. Was für ein friedliches Bild! Nicht so vor 74 Jahren.

Am 25. Januar 1945 gab der Lagerkommandant des KZs Stutthof den Befehl, das Lager zu räumen. In Trupps zu 1000 bis 1500 Personen wurden die Häftlinge bei Schneetreiben, Frost und ohne Nahrung in Richtung Westen getrieben. Viele starben an Entkräftung, und nicht wenige wurden deswegen erschossen oder erschlagen. Die Geschundenen blieben einfach am Straßenrand liegen.

Auch als Zehnjähriger stand ich in Labuhn, Krs. Lauenburg, in Hinterpommern hinter den Gardinen am Fenster und schaute auf das Schneetreiben.

Auf der Straße vor dem Haus lagerte so ein Trupp erbarmungswürdiger Menschen, sie hatten Hunger, und sie froren sichtbar in ihrer dünnen Kleidung.

Wegen eines kleinen Stückchen Brots gab es Streit zwischen zwei Häftlingen. Ein Wachmann schlug mit einem dicken Stock auf beide Menschen ein.

Blut kam beiden aus Mund und Ohren. Vor Entsetzen habe ich laut geschrien. Am nächsten Tag lagen zwei Häftlinge tot im Graben beim Dorfausgang. Keiner wollte die Leichen anfassen. Auf dem Friedhof durften sie nicht bestattet werden. Der

greise Totengräber aus dem Dorf und mein älterer Bruder beerdigten die beiden Unglücklichen am Waldrand außerhalb des Dorfes.

Immer, wenn der erste Schnee fällt, kommt das Grauen wieder und erinnert mich an die Schande, die Deutsche auf sich geladen haben.

In solchen Augenblicken der Erinnerung werden die Verbrechen der Wehrmacht, der SS und ihrer Helfershelfer in ihrer Unfaßbarkeit wach. Angst erfaßt mich, wenn ich an die gegenwärtige Ukraine-Politik der Bundesregierung denke.

Gerhard Perlick, Bützow

Alle Fraktionen im Regionalausschuß Langenhorn-Fuhlsbüttel haben in ihrer Sitzung am 29. Januar in einem gemeinsamen Beschluß den Hamburger Senat aufgefordert, die Benennungen der Theodor-Fahr-Straße, der Heynemannstraße und des Oehleckerings durch das Staatsarchiv überprüfen zu lassen und, falls unsere Vorwürfe gegen die drei Mediziner zutreffen, die Umbenennungen in die Wege zu leiten! Da bei derselben Sitzung eine Historikerin ausführlich die drei Mediziner und ihre Tätigkeit in der Zeit des Faschismus vorgestellt hat, hegen wir keinen Zweifel daran, daß die drei Namenspatrone Franz Oehlecker (Chirurg, 1874–1957), Theodor Heynemann (Gynäkologe, 1878–1951) und Theodor Fahr (Pathologe, 1877–1945) von den Straßenschildern verschwinden werden.

René Senenko (Willi-Bredel-Gesellschaft), Hamburg

„Trump ist der Kopf einer Gang“, schreibt der US-Investigativ-Journalist David Cay Johnston in seinem neuen Buch, das seit Mitte Januar 2018 auch auf Deutsch vorliegt.

Johnston reißt Trump gnadenlos die Maske vom Gesicht: „Ein Trickbetrüger und bössartiger Narzißt mit der emotionalen Reife eines Dreizehnjährigen.“ Er bezahle seine Schulden nicht, haue Leute übers Ohr, sei ein Meister windiger Geschäftemacherei und pflege beste Verbindungen zur Mafia. Darüber hinaus sei er eine gestörte Persönlichkeit, rachsüchtig, ahnungslos von jeglicher Politik und der internationalen Lage. In seiner Präsidentschaft gehe es ihm einzig und allein um sich selbst.

Die USA seien zu einer Kakistokratie verkommen, einer Herrschaft der Schlechtesten einer Gesellschaft.

„Er hat wiederholt gesagt, daß er Krieg mag und daß er Atomwaffen ‚natürlich‘ einsetzen werde. Wenn der Einsatz einer taktischen Atomwaffe seine Präsidentschaft retten würde – Trump würde das im Handumdrehen tun“, hebt Johnston hervor.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Das Verteidigungsministerium teilte mit, daß im vergangenen Jahr mit 2128 ein Höchststand von minderjährigen Rekruten erreicht worden ist. Selbst nach der sechsmonatigen Ausbildung waren immer noch 90 Soldatinnen und Soldaten unter 18 Jahre alt.

Die Bundesrepublik kritisiert andere Länder zu Recht und kämpft für die Ächtung des Einsatzes von Kindersoldaten, und selbst befördert sie diesen. Wie glaubhaft ist denn eine solche Politik? Außerdem ist fraglich, ob diese Praxis nicht internationales Recht bricht wie etwa die UN-Kinderrechtskonvention gegen eine Anwerbung von Jugendlichen zum Dienst an der Waffe. Nicht ohne Grund wird die BRD regelmäßig vom UN-

Ausschuß Recht für Kinder gerügt. Es ist schon mehr als verwerflich, daß Erziehungsberechtigte ihre Kinder als Kanonenfutter für Auslandseinsätze zur Verfügung stellen, aber ebenso verwerflich ist es, daß die Bundeswehr an Schulen aggressive Werbekampagnen durchführen darf.

Sieht so eine glaubwürdige Friedenspolitik aus? Bundeswehr raus aus den Schulen! Schützt unsere Kinder – dies sollte in jedem Staat ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein.

Carsten Hanke, Lambrechtshagen

In Sachen politischer Heuchelei und Zynismus sind die Steigerungsformen unendlich. Die Politik entdeckt plötzlich, daß ein „Antisemitismus-Beauftragter“ notwendig sei, der den Kampf gegen Judenhaß führen soll. Antisemitismus in der Form des Judenhasses ist eine bedrückende, skandalöse, fast täglich anzutreffende Erscheinung, die seit vielen Jahren bekannt ist. Was wurde bisher ernsthaft dagegen getan, was soll ein Beauftragter gegen wen bewirken? Vielleicht wäre erwähnenswert, daß Antisemitismus, Judenhaß, eine Form des Rassenhasses ist, der wahrlich nicht nur die jüdische Rasse betrifft. Warum nicht einen Antirassismus-Beauftragter? Es ist unschwer zu erraten, worum es geht. Das besonders Ekelhafte besteht darin, den Antisemitismus als Judenhaß nutzbar zu machen gegen Islam und Muslime und jede Kritik an der Politik des Staates Israel, seiner Herrschenden, als Antisemitismus zu verurteilen. Zugleich werden der vorhandene Judenhaß, die Ermordung von Juden und ihre Verfolgung relativiert. Es wird ein Gesetzeswerk geschaffen, eine Definition, die ein Rassenproblem konstruiert, was sich bestens eignet, Interessen der politischen Eliten zu bedienen. Erleben wir doch fast täglich, welcher Antisemitismus in historischer Unkenntnis und auf Naziideologie beruhend, Normalität ist, keine Konsequenzen hat, geduldet, verharmlost und nicht verfolgt wird. Wird das jetzt ganz anders?

Roland Winkler, Aue

Schon 1953, als der Iran unter dem linken Premier Mossadegh die Ölindustrie verstaatlicht hatte, beteiligte sich die CIA an dessen Sturz. In der folgenden Schah-Zeit von Reza Pahlevi waren dann der Iran, die USA, Großbritannien und nicht zuletzt die BRD seine treuen Verbündeten. In der BRD wüteten die „Jubelperser“ gegen Anti-Schah-Demonstranten. Bei seinem Besuch in Westberlin wurde am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg angeblich in „Notwehr“ von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen – aus eineinhalb Meter Entfernung in den Hinterkopf. Der Mörder ging straffrei aus. Die Polizei weigerte sich anfangs sogar, einen Krankenwagen zu rufen.

Falk Moldenhauer, Bochum

Anfang 1990 habe ich mich oft gefragt, was die „friedlichen Revolutionäre“ in zwanzig, dreißig Jahren sagen werden, wenn die Resultate der Restauration des Kapitalismus – Ausbeutung und Kriegseinsätze sind auf das Territorium der DDR zurückgekehrt – unübersehbar sind. Der Hamburger „Spiegel“ (2/2018) macht eine Teilantwort möglich.

Sechs „Bürgerrechtler“, die nach „rechts driften“, darunter drei bekannte Dresdner, durften sich über ihre Befindlichkeit äußern: der sächsische Weltbürger Siegmund Faust, der vereinsamte Werner Molik in Cottbus, die Berliner Mitbegründerin der

DDR-SDP Angelika Barbe, die sich wegen des Sitzes im Bundestag in die CDU abgesetzt hat, der Psychiater Hans-Joachim Maaz, der nach 1990 die DDR-Bürger auf die Couch gelegt hatte, der Dresdner Michael Beleites, der sich verstoßen fühlt, und die Nummer Eins der Dresdner „Bürgerrechtler“ Arnold Vaatz, der eine bemerkenswerte Karriere in der CDU absolvierte und unter Biedenkopf Minister war. Daß die sechs repräsentativ für die DDR-Bürgerrechtler stehen, darf angenommen werden. Was hatte alle sechs während der „Wende“ geeint? Der Haß auf die DDR, in der sie sich unterdrückt fühlten, und die Forderung nach Freiheiten, wie sie sie interpretierten. Die Meinungsfreiheit und die Reisefreiheit standen an vorderer Stelle. Für sie organisierte Arnold Vaatz den „Sturm auf die Stasi“.

Was ist aus den Forderungen geworden? Was die Meinungsfreiheit betrifft, sind die Kronzeugen des „Spiegels“ bitter enttäuscht. Hier einige Urteile: Der Dresdner Michael Beleites verkündet: „Wer die Probleme öffentlich artikuliert, wird von einer gleichgeschalteten – oder sich so gebenden – Presse als Nazi denunziert.“ Es herrsche ein „Klima der Angst“.

Arnold Vaatz ist pessimistisch: „Es wird nicht die geringste Korrektur geben ... Die Medien sind sich ihrer Sache so sicher, daß sie jeden Abweichler bis auf die Knochen abnagen werden, als sei er im Amazonas in ein Piranha-Nest gefallen.“ Der Cottbuser Werner Molik behauptet, die Medien seien so gleichgeschaltet wie in der DDR. „Nur daß man damals zum Westfernsehen umschalten konnte.“ Hat Molik nicht einmal die Freiheit, abzuschalten?

Wäre es nicht interessant, per Befragung festzustellen, wie stark die Fraktion derjenigen ist, die ihr damaliges Auftreten bedauern? Ich erinnere mich, daß nach 1945 die meisten Deutschen beteuerten: *Das habe ich nicht gewollt und gewußt. Geschichte wiederholt sich – als Farce.*

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Zwei Leserzuschriften im Januar-„RotFuchs“ veranlassen mich, zur „Feder“ zu greifen. Peter Truppel, Cottbus, und Wolfgang Reinhardt, Nordhausen, haben sich zu einigen innerparteilichen Problemen der Linken geäußert. Ich stimme ihnen vorbehaltlos zu.

Es ist in der Tat so, daß in den Reden einiger Funktionäre der PDL die Begriffe Sozialismus, Kommunismus, sozialistische Demokratie, auch die Lehren von Marx, Engels und Lenin, deren Erkenntnisse, insbesondere zum Wesen des Kapitalismus, kaum oder gar nicht mehr vorkommen. Wie will man da Bewußtsein erzeugen? Ob sie es wollen oder nicht: Die an Regierungen beteiligten Linken sind Vollstrecker der Politik der Konzerne – eine Erfahrung, die nicht nur in Deutschland gemacht wurde. Wo ist die PDL in letzter Zeit massiv gegen die zunehmende Verarmung vieler Bürger aufgetreten? Wo bleiben Aktionen gegen die Rüstungspolitik, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr – gerade jetzt bahnt sich ein neues Problem in Jordanien an. Wo bleibt der Protest gegen die Ausweitung der NATO-Grenzen bis nach Rußland u. a. m.? Dagegen hört man nur von innerparteilichen Auseinandersetzungen. Das Gerangel um Posten und Funktionen scheint wichtiger zu sein.

Die Linke muß sich ernsthaft Gedanken machen, wie es weitergehen soll, wen und was sie vertreten will.

Oberst a. D. G. H.

Meinen 60. Geburtstag nehme ich zum Anlaß, nicht nur zu feiern, sondern zugleich auch auf mir wichtige Ereignisse und persönliche Entwicklungen zurückzublicken.

Ich bin ein Kind der Chile-Solidaritätsbewegung, wiewohl ich bereits 1972 an einer Demonstration gegen Berufsverbote teilgenommen habe – von den Bremer Mai-Kundgebungen an der Hand meines Vaters einmal abgesehen. Aber erst 1973, mit dem Putsch der Generalsmarionetten um Pinochet gegen die Regierung Allende und der über Jahre anhaltenden Bewegung der Solidarität mit Chile hat sich mein politisches Bewußtsein geprägt. Wie oft habe ich mich in den vergangenen Jahrzehnten auf diese Erfahrungen berufen!

Gelehrt hat mich das Beispiel Chile, anscheinend eindeutigen Erläuterungen sozialer Wirklichkeit und den herrschenden Verhältnissen grundsätzlich skeptisch gegenüberzustehen. Einige Sätze aus dem Jahr 1973 haben sich mir tief eingebrannt, wie der vom CDU-Abgeordneten Bruno Heck: „Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm“ – gemeint war das KZ-Stadion in Santiago, in dem ab September 1973 Tausende Regimegegner eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. Oder die Lüge des Kriegsverbrechers Henry Kissinger: „Die CIA hatte mit dem Coup nach meinem besten Wissen und Gewissen nichts zu tun.“ Dagegen stehen aber auch mich bis heute bewegende Bekenntnisse wie das in der letzten Rede Allendes vom 11. September 1973: „Die Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie machen.“ Der „Canto General“ von Mikis Theodorakis nach Texten von Pablo Neruda stellt über diese beiden die Verbindung her vom damaligen Chile (und Südamerika) zur Situation in Griechenland (und überhaupt zu allen für ihre Rechte Eintretenden in der Welt). Über die Jahrzehnte hat mich dieser Canto – eines der größten Werke der Kulturgeschichte überhaupt – wie ein roter Faden begleitet. Im Mittelpunkt: die Natur, der Mensch und der feste Glaube an seine Befreiung.

Michael Joho, Hamburg

Zu Horst Jäkel: „Sie nannten mich Benjamin“ – Erhard Stenzel (RF 239, S. 23)

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag über Erhard Stenzel gelesen.

Von 1953 bis 1958 war ich im VEB Geräte- und Reglerwerk Teltow und von 1960 bis 1972 im Institut für Faserstoff-Forschung der Akademie der Wissenschaften der DDR, Teltow-Seehofer, später umbenannt in Institut für Polymerchemie „Erich Correns“ tätig. Institutsdirektor war der Ehrenbürger von Teltow, Prof. Dr. Erich Correns, der auch Präsident des Nationalrats der Nationalen Front der DDR war. Nach ihm wurde Prof. Dr. Hermann Klare – der spätere Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR – Direktor des Instituts.

In dieser Zeit war ich von 1960 bis 1972 u. a. auch Stadtverordneter der Stadt Teltow und Vorsitzender der Kommissionen Kultur, Jugend und Sport, und danach Inneres, VP und Justiz. Erhard Stenzel war von 1960 bis 1970 Parteisekretär und Stadtverordneter Teltows, und wir arbeiteten, mit Albert Wiebach (wie Erhard Stenzel auch aktiver Widerstandskämpfer gegen den Faschismus), Bürgermeister Pape und der stellvertretenden Bürgermeisterin, Ellen Wisniewicki, eng zusammen mit dem Ziel, die

vielen Aufgaben dieses doch großen Industriegebietes und Wissenschaftszentrums (ca. 50 000 Einwohner) zu meistern.

Immerhin gehörten solche Großbetriebe dazu wie die VEB Geräte- und Reglerwerke, der VEB Halbleiterwerk „Carl von Ossietzky“, das o. a. Seehofer-Institut, das Institut für Halbleitertechnik Stahnsdorf und viele weitere wichtige Betriebe und Einrichtungen Teltows, Stahnsdorfs, Kleinschnow, Ruhlsdorfs und Güterfeldes dazu. Dabei mußten vor allem die Aufgaben und Probleme, die sich mit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin am 13. August 1961 ergaben, gelöst werden.

Erhard Stenzel war in diesen Jahren mit seiner Erfahrung und seinen Ideen ein außerordentlicher Ratgeber, ein Genosse und Freund.

Am 17. Januar 2018 konnte ich mit ihm telefonieren und alte Erinnerungen auffrischen, aber auch erfahren, daß er immer noch aktiv tätig ist. Wir verabredeten weitere Kontakte, und ich wünsche ihm von Herzen Kraft und Gesundheit.

Dr. sc. phil. Heinz Heikenroth, Berlin

Im vergangenen Jahr erschien das Buch „Marx – der Unvollendete“ von Jürgen Neffe. Auf 600 Seiten wird eine Würdigung von Karl Marx präsentiert, die alle seine Lebensphasen, Wirkungsorte und Leistungen erfaßt: die Heimatstadt Trier, Familie, Persönliches ebenso wie Fragen der Ökonomie, Philosophie und der Klassenkämpfe. Neben seinen Werken – den Feuerbach-Thesen, dem Manifest, dem Kapital und vielen anderen ist sein Leben geprägt von Persönlichkeiten wie seiner Frau Jenny und seinem Freund Friedrich Engels. Auch seine Antipoden treten auf: Bakunin, Lassalle, Kautsky und andere. Die Kampfplätze für Sieg und Niederlagen werden nachgezeichnet, ein internationalistischer Mensch und Revolutionär wird lebendig.

Mehr als 40 Jahre arbeitete ich in der DDR auf dem Gebiet der politischen Bildung, vor allem an Hochschulen im In- und Ausland (Aden). Natürlich waren die Werke von Marx Pflichtlektüre, in der Regel mit Gewinn für das bewußte Handeln der Menschen. Aber in einem Punkt erreichten wir selten das Niveau unseres Vorbildes – in der streitbaren Auseinandersetzung mit bürgerlichen und antikommunistischen Ideologien.

Über Jahre wirkte ich mit an der Programmarbeit der Linkspartei, auch über die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Erfurter Programm wurde die Transformations-Idee zum Vorrangigen, besonders für das parlamentarische Wirken der Linken – heute ist das kaum noch zu spüren. Ein Bezug zu Marx über den Begriff der „revolutionären Realpolitik“ wäre hilfreicher gewesen. Dieser wird von Marx als Losung politischer Offensive betrachtet, aufgegriffen von Rosa Luxemburg und Lenin. Linke Politik muß Realpolitik sein im Interesse der betroffenen Menschen, besonders der Arbeiter. Revolutionär sein bedeutet Nah- und Fernziele linker Politik miteinander zu verbinden. Revolutionäre Realpolitik wird so zum Maß offensiver linker Politik in einer Welt, in der Menschen in Unterdrückung, Ausbeutung und auf der Flucht leben müssen.

Dr. Heinz Sonntag, Magdeburg

Mit großer Freude habe ich das neue „Rotfuchs“-Exemplar entgegengenommen und Lutz Jahodas Hommage für meinen Mann entdeckt. Schön, daß Sie außer dem Foto meines Mannes auch

einige Titel seiner Bücher mit abgebildet haben! Für das noch ganz frische Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer Tätigkeit und dem „RotFuchs“ eine wachsende Leserschaft.

Sigrid Schmitz, Berlin

Liebe RotFüchse,
herzlichen Glückwunsch zum „jugendlichen Zwanzigsten“. Weiter so im Sinne meines Verses:

*Wenn sie auch spucken Gift und Galle,
die „RotFuchs“-Gegner dieser Welt,
kein roter Fuchs geht in die Falle,
die ihm in den Weg gestellt.*

*Hellwach sind Auge, Ohr und Krallen,
sein schlauer Geist die Dunkelheit erhellt.*

Manfred Wild, Berlin

Nur wenige Medien trauten sich, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, daß im Dezember vergangenen Jahres im Bundestag erneut ein Beschluß zur Erhöhung der Diäten von nunmehr über 9000 € monatlich über die Bühne ging.

Dennoch konnte nicht verhindert werden, daß sich dieser skandalöse Akt schnell herumsprach. Wen wundert's, wenn Wut und Empörung der Bürger über die Gier der Parlamentarier nach Posten, Macht und Geld wachsen? Wochen und Monate braucht man, um eine neue Regierung auf die Beine zu stellen, was die Volksvertreter nicht daran hindert, sich schnell noch die eigenen Taschen vollzustopfen. In meinen Augen ist das moralisch höchst verwerflich und ein unglaublicher Skandal.

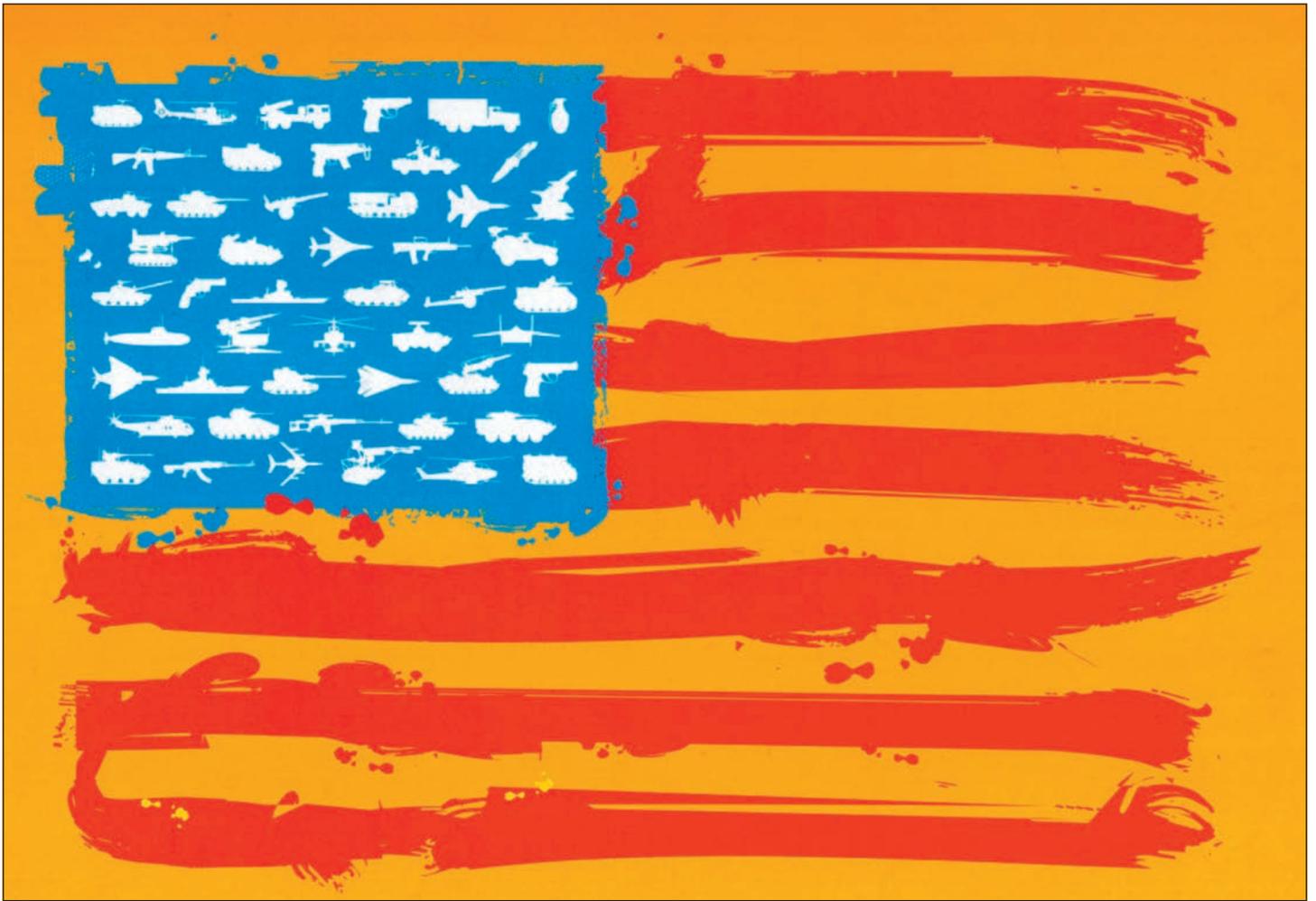
Damian Schittko, E-Mail

Ich bin 82 Jahre alt und lebe allein. Das fällt mir zunehmend schwerer. Ich wäre deshalb gern in ein neu eröffnetes Seniorenheim gezogen. Auf meine Anfrage an die Betreiber des Heimes erhielt ich jedoch folgende Antwort: „Wenn Sie monatlich garantiert 1440 € aufbringen können, ist ein Einzug in unser Haus möglich.“ Da mir das mit meiner Rente von 822 € – trotz 45jähriger Arbeitszeit – nicht möglich ist, habe ich also keine Chance. Da frage ich mich, wo die Merkel-Regierung und ihre Vorgänger uns Ossi nur hingebracht haben – ins Armenhaus! Wir leben in einer Zweiklassengesellschaft, in der die Zahl der Obdach- und Mittellosen, die unter Brücken kampieren müssen und auf eine Suppenküche angewiesen sind, ständig wächst. Wo bleibt das Gewissen der Bundestagsabgeordneten, die sich ohne Scham und Ehrgefühl erneut, wie ich kürzlich im Radio hörte, ihre Diäten eigenmächtig aufstockten und nunmehr mit mehr als 9000 € monatlich nach Hause gehen! Meine Meinung habe ich in einem Leserbrief auch der „Volksstimme“ Magdeburg mitgeteilt, die eine Veröffentlichung wegen „unverantwortlichen Inhalts“ ablehnte.

Christel Rahn, Magdeburg

Berichtigung

In dem Beitrag „Verdienstvoller Dienst hinter Gittern“ (RF 240, S. 28) ist ein bei der Korrektur entstandener Fehler zu berichtigen. Im letzten Abschnitt sollte es heißen: „Seine Altersbezüge für die Zeit seiner Tätigkeit als Stellvertreter des Ministers und als Chef der Volkspolizei wurden fallbeilartig auf 1,0 PEP gekürzt.“



Krieg hat eine Flagge

Nach einer Idee von Juan Carlos Polo (Kuba)

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 24. März um 10 Uhr spricht Heiko Kosel, MdL Fraktion Die Linke Sachsen, zum Thema **Welche Ursachen gibt es für rechtsnationalistische Entwicklungen in Polen und Tschechien?**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 28. März um 15 Uhr spricht Oberst a. D. **Bernd Biedermann** zum Thema **Wie gefährlich ist die NATO?**

Ort: Restaurant Kaminfeuer, Bistede 1, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 28. März um 18 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema **Anzustrebende gemeinsame Positionen der Linken** im Karl-Marx-Jahr 2018

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Straße 1 b, 13051 Berlin

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Wolfgang Metzger (V.i.S.d.P.),
Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

Redaktionsanschrift:

Bruni Steiniger
Klopstockstr. 19, 12623 Berlin
Tel. 030/561 34 04
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
wometzger@aol.com

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Bunter Hund
Internet: www.rotfuchs.net
facebook.com/Zeitschrift.RotFuchs

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobra
Dr. Peter Elz
Bernd Fischer
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Ralf Jungmann
Christa Kożik
Marcel Kunzmann

Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Horst Schneider
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Peter Steiniger
Marianne Walz
Johann Weber
Theodor Weißenborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Konstantin Brandt, Glanzstraße 6,
12437 Berlin, Tel. 030/53 02 76 64
vertrieb@rotfuchs.net

oder Sonja Brendel
Tel. 030/5 12 93 18

Heiner Brendel, Gerald Umlauf,
Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele
Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELA2333

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.